

ao

aktuelle
ostinformationen



60 Jahre GESW - Die Feier

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

zwar sind wir bereits im letzten Heft der „aktuellen ostinformationen“ auf unser 60jähriges Jubiläum eingegangen, allerdings widmen wir uns diesem Ereignis in der vorliegenden Nummer noch einmal, indem wir die Ansprachen maßgeblicher Förderer, Kooperationspartner und Freunde des GESW abdrucken.

In ihnen erfolgt nicht nur eine von außen gespiegelte Bestandsaufnahme unserer langjährigen wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit in Vlotho sowie eine Würdigung der Gesamtleistung unseres Instituts, sondern es werden auch wichtige Desiderate für die Zukunft der politischen Bildung und die Existenz des Verbunds der Ost-West-Institute formuliert.

Es handelt sich dabei um Texte zum europäischen Sozialstaat, zur Vernetzung von Bildungsstätten und Bundespolitik, zur Bedeutung politischer Bildung im Allgemeinen und im Besonderen und zur langen Tradition deutsch-polnischer Partnerschaftsarbeit im GESW. Den Rednerinnen und Rednern, die trotz mannigfacher Verpflichtungen die Zeit fanden, nach Vlotho zu kommen, sei an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich gedankt.

Einen weiteren – aktuellen Ereignissen gewidmeten – Schwerpunkt bilden zwei Beiträge zum anhaltenden Konflikt zwischen Europäischer Union und Russischer Föderation, die sich mit den Zielen russischer Außenpolitik und dem autoritären Politikstil Wladimir Putins beschäftigen.

Dem Umgang mit Erinnerungsorten im deutsch-polnischen Kontext sowie der Problematik einer adäquaten, aussagekräftigen Messung von Wirtschaftswachstum sind zwei weitere Artikel gewidmet, die einen engen Bezug zur Arbeit unseres Instituts haben.

Ferner wird an den in diesem Jahr verstorbenen bedeutenden Lyriker Tadeusz Różewicz sowie an die langjährige, sehr erfolgreiche Kooperation des GESW mit dem Schillergymnasium in Münster erinnert.

Schließlich geben zwei Seminarberichte und mehrere Rezensionen Auskunft über einen Ausschnitt unsere pädagogischen Arbeit und unserer wissenschaftlichen Interessen.

Viele Spaß beim Lesen!

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Ansprachen

<i>Angelica Schwall-Düren</i> Die EU als Sozialunion	4
<i>Stefan Schwartze</i> Zur politischen Bildung im Kinder- und Jugendplan.....	12
<i>Ina Bielenberg</i> 60jähriges Jubiläum des GESW in Vlotho.....	15
<i>Prof. Dr. Ulrich Eith</i> 60 Jahre GESW in Vlotho	20
<i>Hubert Luszczyński</i> Deutsch-polnische Partnerschaft und Versöhnung.....	24

Beiträge

<i>Theo Mechtenberg</i> Putin – Vollstrecker eines „historischen Auftrags“	30
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Historisch-politische Bildung, Opferkonkurrenzen und dialogisches Erinnern...	35
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Das Bruttoinlandprodukt – eine Frage der Glaubwürdigkeit	48

Berichte

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Innere und äußere Sicherheit in Europa	55
<i>Jan Schoenmakers</i> Bericht vom Seminar „Welche Energiewende wollen wir?“	60

Dokumentation

<i>Adam Szostkiewicz</i> Das Kruzifix Putins.....	66
--	----

Erinnern

<i>Theo Mechtenberg</i> Tadeusz Różewicz in memoriam	71
<i>Manfred Sellmayer</i> Schillergymnasium Münster: 23 Jahre deutsch-polnischer Schüleraustausch..	77

Rezensionen

<i>Mircea Cărtărescu: Die Flügel</i>	82
<i>Szczepan Twardoch: Morphin</i>	85
<i>David Albahari: Mutterland</i>	87
<i>Wassili Golowanow: Die Insel</i>	88
<i>László Darvasi: Blumenfresser</i>	89
<i>Andrzej Bart: Knochenpalast</i>	91
<i>Swetlana Alexijewitsch: Secondhand-Zeit</i>	93
<i>Andreas Wehr: Der europäische Traum</i>	95
<i>Hainz A. Richter: Der Krieg im Südosten – Gallipoli 1915</i>	97
<i>Franz Preissler: Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik</i>	99
<i>Alfred Eisfeld, Konrad Maier: Loyalität, Legitimität, Legalität</i>	102

Ansprachen

*Angelica Schwall-Düren*¹

Die EU als Sozialunion

Rede anlässlich des 60. Jubiläums des Gesamteuropäischen Studienwerks Vlotho, am 5. September 2014



Dr. Angelica Schwall-Düren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Dr. Mechtenberg,
sehr geehrter Herr Dr. Wilkiewicz,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GESW,
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich Sie herzlich beglückwünschen zu Ihrem 60. jährigen Jubiläum! Seit zwei Generationen beschäftigen Sie sich nun schon mit den politischen, ökonomischen und sozialen Fragen unserer Zeit. Dabei haben Sie vor allem seit 1990 den Schwerpunkt auf die europäische Integration gelegt.

I.

In den letzten Jahrzehnten wurde auf europäischer Ebene viel erreicht: nach dem EU-Beitritt von der Grenzöffnung über die Niederlassungsfreiheit, das Verbot von Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit, bis hin zu der – für die „Generation Erasmus“ besonders bedeutenden – erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbener Studien- und Berufsqualifikationen hat Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern in zahllosen Bereichen großen Nutzen gebracht, den ich hier aus Zeitgründen nur schlaglichtartig benennen kann.

Ich bin der Meinung: Unser Land ebenso wie unser Kontinent Europa haben sich durch all diese zusätzlichen Möglichkeiten positiv verändert. Und gerade die Binnenmigration in der Europäischen Union hat unseren Wohlstand vergrößert, sie macht uns zu einem weltoffenen Land und bereichert das Leben jedes Einzelnen.

Zum Wohlstand in Deutschland hat auch der europäische Binnenmarkt beigetragen. Dessen Auswirkungen, gerade auf ein exportorientiertes Land wie unseres, kann man kaum überschätzen.

Und nicht zuletzt: die Bedeutung der Friedenssicherung, die nach zwei zerstörerischen Weltkriegen die entscheidende Motivation für die Europabegeisterung der ersten Nachkriegsgeneration und damit die treibende Kraft der europäischen Integration war, wird uns gerade in diesen Tagen wieder besonders deutlich vor Augen geführt. Ich bin

¹ Dr. Angelica Schwall-Düren ist Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

überzeugt: wir müssen das Projekt fortführen, damit das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird, wie wir es in anderen Teilen der Welt – und auch am Rande der EU (in der Ukraine, also in Europa) – zur Zeit erleben.

Heute vermissen allerdings immer mehr Menschen – und jetzt komme ich zum Kern meines Vortrags – eine stärker sozial ausgerichtete Europäische Union. Denn die soziale Dimension findet in der konkreten Politik leider viel zu wenig Berücksichtigung. Daher freue ich mich besonders, hier zum Sozialen Europa zu Ihnen sprechen zu dürfen. Für mich ist dies seit langem ein politischer Schwerpunkt.

Mir ist es – und da weiß ich mich eins mit der Landesregierung als Ganzer – ein Kernanliegen, dass neben den allgegenwärtigen Themen Wettbewerbsfähigkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit nicht vergessen wird, dass der Vertrag über die Europäische Union als Ziel ausdrücklich eine „soziale Marktwirtschaft“ anstrebt.

II.

Denn die EU war von Beginn an eben nicht nur eine reine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern hatte auch eine soziale Dimension. Schon die Präambel der Römischen Verträge von 1957 definierte als Ziel die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer. Die Verträge enthielten ein Sozialkapitel, nach dem die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in sozialen Fragen gefördert werden sollte.

Echte Rechtsetzungskompetenzen in diesem Bereich wurden der Gemeinschaft allerdings nur in wenigen Bereichen – ich nenne hier den Arbeitsschutz – übertragen. Ein Schwerpunkt lag auf dem freiwilligen voneinander Lernen, heute würde man neudeutsch von „Best practice“ sprechen.

Die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war auf die Herstellung des Binnenmarktes konzentriert, die soziale Dimension verstand man im Wesentlichen als Flankierung des gemeinsamen Marktes.

Zur Stärkung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten wurden Handelsbarrieren, Grenzkontrollen, aber auch andere Hindernisse abgebaut. Im Ergebnis fielen diesem Abbau von Barrieren auch in manchen Fällen Regelungen zum Opfer, die sozialschützenden Charakter hatten. Eine echte positive Integration in der Sozialen Dimension, die eine marktkorrigierende Wirkung hätte, erfolgte dagegen in Ermangelung gesetzgeberischer Kompetenzen der EG/EWG/EU nur in sehr begrenztem Umfang. Die Sozialpolitik als solche ist in den Händen der Mitgliedstaaten geblieben.

Dennoch bekennt sich die Europäische Union seit 2009 im Lissabon-Vertrag ausdrücklich zur „sozialen Marktwirtschaft“, die auf „Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt“ abzielt. Sie bekämpft „soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz“. Der Lissabon-Vertrag hat das Soziale als Querschnittsklausel etabliert, die Union muss das bei all ihren Maßnahmen mit berücksichtigen.

Dennoch fallen die Kompetenzen in der Sozialpolitik verglichen mit den wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten immer noch eher schwach aus. Die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Kompetenzen in diesem politisch sensiblen und

fiskalisch bedeutsamen Bereich auf die europäische Ebene zu übertragen, ist nach wie vor gering.

Diese Arbeitsteilung – Europa ist für die Schaffung eines Binnenmarktes zuständig, die Mitgliedstaaten hingegen für dessen soziale Flankierung – muss überdacht werden. Denn sie ist mit der Realität der Bürgerinnen und Bürger Europas nicht vereinbar. Wirtschaftspolitische Entscheidungen können von sozialen Folgewirkungen nicht entkoppelt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass eine gemeinsame soziale Verantwortung auf der europäischen und der nationalen Ebene besteht. Das Soziale muss daher in allen Aktivitäten der Gemeinschaft mitgedacht werden. Dies kann eine stärkere Verankerung sozialer Belange bei der Rechtsetzung in der EU implizieren. Oder Zurückhaltung der Gemeinschaft bei bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, falls diese die sozialpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten konterkarieren können.

Hier denke ich insbesondere an den Fiskalpakt und die Rettungsprogramme in den sogenannten „Krisen-Staaten“, die mit massivem Druck der aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bestehenden Troika zur Reduzierung von Sozialleistungen einhergingen. Der vermeintliche Zuchtmeister Europas – Deutschland – wird abwechselnd bewundert und gehasst. Und auf keinen Fall trägt eine Politik der ausschließlichen Austerität dazu bei, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik, in die Demokratie, in die EU wächst. Ganz im Gegenteil, wie die Europawahlergebnisse in Griechenland, Frankreich und Großbritannien zeigten.

III.

Dabei haben wir in Europa eine bedeutsame Sozialstaatstradition. Ohne Frage: in seinen Ausprägungen ist der Sozialstaat in Europa durchaus unterschiedlich. Gemeinsam ist aber zumindest der allgemeine Kern des Sozialmodells: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt müssen in Europa Hand in Hand gehen.

Das heißt, es besteht eine gemeinsame Grundüberzeugung über die Notwendigkeit bestimmter Prinzipien, wie etwa:

- ein hohes Maß an sozialem Schutz
- ein staatlich gewährleisteter Mindestschutz gegen die gravierendsten Folgen von Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- grundlegende Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzbestimmungen
- bedeutsame und wirkmächtige Gewerkschaften
- Leistungen der Daseinsvorsorge für jeden in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen

Wir Europäerinnen und Europäer sind davon überzeugt, dass gerade der Sozialstaat ein Faktor des Erfolgs für Europa ist, und das Markenzeichen, mit dem sich Europa von anderen Wirtschaftsregionen, etwa China oder den Vereinigten Staaten von Amerika, unterscheidet. Seit der Wirtschaftskrise in der Eurozone ist der Sozialstaat allerdings noch mehr unter Druck geraten. Denn die Krise hat den Spardruck auf die öffentlichen Haushalte verstärkt und die Gefahr des Sozialabbaus erhöht. Die europäischen Staaten

haben sich gegenseitig zu strikter Haushaltsdisziplin verpflichtet. Staaten mit einem übermäßigen Defizit müssen sich einer rigorosen Sparpolitik unterziehen.

Natürlich ist es richtig und notwendig, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und Haushaltsdefizite abzubauen. Die einseitige Sparpolitik der letzten Jahre führte aber Staaten, die ohnehin unter einer geringen Wettbewerbsfähigkeit leiden, noch stärker in die Rezession. Die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ist durch die Sparpolitik stark reduziert worden. Öffentliche Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur, die für ein nachhaltiges Wachstum erforderlich sind, lassen die Sparprogramme nur unzureichend zu.

Dadurch ist es zu erheblichen sozialen Verwerfungen gekommen. Die Lasten der Anpassungsprogramme müssen von der breiten Bevölkerung getragen werden und wie fast immer gilt: sozial schwache Gruppen leiden besonders. Wenn – wie in Griechenland und Spanien – ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Arbeitsplatz ist, und gar die Hälfte der Jugendlichen, dann ist das alarmierend und nicht hinnehmbar. Wie sollen junge Leute Vertrauen entwickeln, wenn sie in einem Alter, wo sie höchst leistungsfähig sind und eine Familie gründen wollen, perspektivlos sind.

Vor wenigen Wochen hat die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO, 03.06.14) die Situation in ihrem „Weltbericht zur sozialen Sicherung“ erschreckend treffend beschrieben: Während viele Entwicklungsländer ihre sozialen Sicherungssysteme erfreulicherweise ausweiten, haben Länder mit vergleichsweise hohen Einkommen eine Reihe von Sozialleistungen verringert und den Zugang zu staatlichen Leistungen beschränkt. Zusammen mit anhaltender Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und höheren Steuern haben diese Maßnahmen zu mehr Armut und sozialer Ausgrenzung geführt. Davon sind in der Europäischen Union jetzt 123 Millionen Menschen betroffen, das entspricht 24 % der Bevölkerung. Die Kosten der Anpassung werden an Bevölkerungen weitergegeben, die seit mehr als fünf Jahren weniger Arbeitsplätze und niedrigere Einkommen verkraften müssen. Niedrigere Haushaltseinkommen haben einen geringeren inländischen Konsum zur Folge, was die wirtschaftliche Erholung verlangsamt. Die Errungenschaften des Europäischen Sozialmodells, das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Armut drastisch verringerte und den Wohlstand förderte, wurden durch kurzfristige Anpassungsreformen untergraben. Es überrascht vor diesem Hintergrund nicht, dass mehrere Verfassungsgerichte in Europa diese Maßnahmenbündel wegen ihrer drastischen Folgen als nicht im Einklang mit den nationalen Verfassungen eingestuft haben.

Selbst der Internationale Währungsfonds, der Mitglied der Troika ist und auf den der Austeritätskurs maßgeblich zurückgeht, hat vor kurzem (21.07.14) festgestellt, dass sich die Programmländer den Weg aus der Krise mit drastischen Lohnkürzungen, hoher Arbeitslosigkeit und einem Schrumpfen der Wirtschaft teuer (zu teuer?) erkaufen. Zwar hätten sie, wie gefordert, die Leistungsbilanz verbessert – d.h. sie exportieren nun so viel wie sie importieren. Aber das gelänge vor allem wegen des Rückgangs der Importe,

weil der Konsum einbrach. Die Studie des IWF empfiehlt den Ländern nun kurzfristig eine wachstumsfreundliche Politik, um aus der Rezession zu kommen.

Was ist nun zu tun?

Strukturenreformen sind unbestritten erforderlich und auch eine wirtschaftspolitische Steuerung in der Europäischen Union halte ich für notwendig. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung tragen sie aber zu einer Erosion des Sozialstaates bei. Die Fokussierung auf Binnenmarkt und Sparpolitik vernachlässigt die soziale Dimension in Europa. Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht ein gesundes, das heißt auch ein soziales Europa.

Durch den Abbau des Sozialstaats durch die EU wird auch die Akzeptanz der Union insgesamt gefährdet. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger empfinden es als Bedrohung, dass die gemeinschaftliche Binnenmarktpolitik einseitig auf marktliberale Maßnahmen ausgerichtet ist und zum Abbau sozialer Sicherheit führt. Eine hohe Europaskepsis ist leider die Folge.

Jaques Delors hat bereits Anfang der 1990er Jahre zu Recht festgestellt: „Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben“. Erforderlich, um eine Identität mit Europa herstellen zu können, ist daher eine Komponente, die über den Binnenmarkt hinausgeht: die Stärkung der sozialen Dimension.

IV.

Wie könnte also das zukünftige Soziale – das solidarische – Europa aussehen? Was brauchen wir? Auf jeden Fall eine sozial orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Stärkung des Sozialen über die Offene Methode der Koordinierung!

Zunächst möchte ich festhalten, dass ein europäischer Sozialstaat nicht an die Stelle der nationalen Wohlfahrtsstaaten treten kann. Eine Angleichung der Systeme der sozialen Sicherheit stünde vor unüberwindbaren technischen Anpassungsproblemen. Dafür sind die Unterschiede und Traditionen zwischen den Mitgliedstaaten zu groß. Der Grundsatz „Einheit in Vielfalt“ muss bestehen bleiben. Angesichts der unterschiedlichen finanziellen Leistungsbereitschaft der Mitgliedstaaten sehe ich im Übrigen auch keine Bereitschaft für einen echten umverteilenden Sozialstaat. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Lissabon-Urteil betont, die Existenzsicherung des Einzelnen müsse primär Aufgabe der Nationalstaaten bleiben, auch wenn eine Koordinierung bis hin zur allmählichen Angleichung der Sozialpolitiken nicht ausgeschlossen sei.

Die Aufgabe der europäischen Ebene liegt vielmehr darin, die sozialpolitischen Ziele und Grundrechte weiter zu entwickeln, rechtsverbindliche EU-weite Mindeststandards einzuführen und die sozialpolitischen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu achten. Dafür müssen die primärrechtlichen Möglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon grundsätzlich einräumt, in der europäischen Gesetzgebung konsequent umgesetzt werden. Das allein wird aber nicht reichen. Wir werden auch Vertragsänderungen brauchen.

Lassen Sie mich das an einigen Punkten konkretisieren:

1. Heute findet ein Wettbewerb zwischen den europäischen Mitgliedstaaten um niedrige Lohnkosten statt. Je niedriger die Löhne, desto größer der Wettbewerbsvorteil. In Deutschland haben wir in manchen Branchen einen so geringen Stundenlohn, dass die Beschäftigten ohne staatliche Zuschüsse nicht überleben könnten. Ich halte es deshalb für notwendig, dass jeder EU-Staat einen Mindestlohn einführt.

Dabei kann natürlich kein einheitlicher Mindestlohn in ganz Europa festgesetzt werden. In Deutschland muss er höher sein als beispielsweise in Rumänien. Er muss sich am durchschnittlichen Einkommen des jeweiligen Landes orientieren. Nach Auffassung der Gewerkschaften sollte er bei 60 % des Medianlohns eines Landes liegen. Damit würde jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer einen angemessenen Lohn erhalten und der ruinöse Wettbewerb der Mitgliedstaaten um niedrige Lohnkosten wäre um ein Vielfaches abgeschwächt.

In 21 der 28 europäischen Mitgliedstaaten gibt es einen Mindestlohn, einige sind aber zu gering, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Im Juli haben Bundestag und Bundesrat einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland beschlossen, der ab 2015 gelten wird. Das war aus meiner Sicht das wichtigste Projekt der Großen Koalition in Berlin.

Ich bin allerdings skeptisch, ob Deutschland allein dadurch zu einem Hort der Stabilität und des Wohlstands wird. Die Anzahl der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse steigt seit Jahren, mittlerweile ist jeder vierte Beschäftigte befristet eingestellt, übt eine geringfügige Beschäftigung aus, arbeitet in unterhäftiger Teilzeit oder Leiharbeit. Der Niedriglohnsektor breitet sich weiter aus, nach OECD-Kriterien ist mittlerweile fast ein Viertel der in Deutschland Vollzeitbeschäftigten Geringverdiener.

Der Mindestlohn kann hier zumindest Linderung schaffen. Aber ich sehe auch die Gefahr von Umgehungsmöglichkeiten, insbesondere bei der Manipulation von Arbeitszeiten und unbezahlter Mehrarbeit. Eine strikte Kontrolle ist unerlässlich, um zu vermeiden, dass sich die Arbeitszeiten auf wundersame Weise verkürzen, auf dem Papier Vollzeit- in Teilzeitstellen umwandeln und der Rest in unbezahlten oder schwarz bezahlten Überstunden besteht, oder eine Arbeitsstunde in der Praxis 70 Minuten lang dauert.

2. Um das gegenseitige Unterbieten von Sozialstandards zwischen den Mitgliedstaaten zu unterbinden, brauchen wir einen sozialen Stabilitätspakt. Werden die Mitgliedstaaten in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu einem Mindestmaß an sozialen Leistungen verpflichtet, wird dadurch der soziale Fortschritt in jedem Mitgliedstaat an den ökonomischen Fortschritt gekoppelt. Die Eigenständigkeit der nationalen Sozialsysteme würde bei diesem Modell gewahrt bleiben.

3. Wir brauchen eine Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene, damit der ruinöse Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten um Steuerminimierungen gestoppt

wird. In der EU muss das Prinzip durchgesetzt werden, dass Steuern dort zu zahlen sind, wo die Gewinne anfallen. Gemeinsam müssen wir in Europa die Steueroasen austrocknen und den Steuerbetrug bekämpfen. Wir müssen eine politische Mehrheit für eine Finanztransaktionssteuer bekommen, damit der sogenannte Hochfrequenzhandel mit windigen Finanzprodukten unattraktiv wird und gleichzeitig ein finanzieller Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgen geleistet wird.

4. Dann werden den Kommunen, Ländern und Mitgliedstaaten auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, um in Bildung und Infrastruktur zu investieren, also Politik für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen. Wir könnten die öffentlichen Investitionen wieder steigern. Ob es die Sanierung der Straßen oder Schienenwege ist oder die Modernisierung von Krankenhäusern, Schulen und Sportstätten – überall besteht dringender Handlungsbedarf. Eine innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik könnte in Gang gesetzt werden, die Arbeitsplätze schafft.

V.

Da Sie sich im Gesamteuropäischen Studienwerk intensiv mit den osteuropäischen Mitgliedstaaten beschäftigen, möchte ich kurz auch auf die Situation von Zuwanderern aus Osteuropa eingehen.

Die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für die 2004 zur EU beigetretenen Staaten Osteuropas liegt nun gut drei Jahre zurück. Szenarien von einer Überschwemmung des deutschen Arbeitsmarktes durch osteuropäische Billiglöhner haben sich als Panikmache erwiesen. Im Gegenteil: die Zuwanderung von jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräften aus Ost- und Südeuropa wirkt sich positiv in unseren Sozialkassen aus, denn die meisten arbeiten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Es ist nachgewiesen, dass dadurch sowohl unsere Krankenkassen wie auch Arbeitslosen- und Sozialversicherungen entlastet werden.

Nicht verschweigen will ich aber auch, dass die Zuwanderung von armen und diskriminierten Menschen insbesondere aus Rumänien und Bulgarien einige Städte in Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen stellt. Die Kommunen brauchen hier dringend finanzielle Unterstützung. Das Land Nordrhein-Westfalen tut dies, auch mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds. Notwendig ist aber eine verstärkte Unterstützung durch die Bundesregierung und die Europäische Union, weil die Integration der Zuwanderer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Unser übergeordnetes Ziel muss es aber daneben sein, die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern, denn: niemand verlässt seine Heimat leichten Herzens und ohne Not. Das europäische Problem ist nicht die Binnenmigration, sondern die Armut!

Zu einem solidarischen Europa gehört auch, dass wir Armut weltweit bekämpfen, um Konflikte, Gewalt, Flucht und Vertreibung zu unterbinden. Zu einem solidarischen

Europa gehört auch eine gleichmäßige Übernahme von Lasten. Italien fordert deshalb zu Recht eine gemeinsame Flüchtlingspolitik ein.

VI.

Menschen, die sich verunsichert fühlen, weil sie selbst in dieser schwierigen sozialen Lage sind oder weil sie sich haben einreden lassen, dass ihr Arbeitsplatz durch Zuwanderer gefährdet sei, gehen schnell den europaskeptischen Parteien auf den Leim, die den Menschen weismachen wollen, dass sie nur im Nationalstaat sicher sein können.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber nicht den Sozialstaat vor Europa schützen, sondern das Soziale in die Union tragen. Denn Sozialstaatlichkeit ist heute in einer globalisierten Welt nur noch im europäischen Kontext zu verwirklichen. Wir brauchen eine europäische Politik, die Wachstumsimpulse schafft und nicht eine, die Wachstum über Sozialeinschnitte abwürgt.

Jean-Claude Juncker, der designierte Präsident der neuen Europäischen Kommission, die am 1. November ihre Arbeit aufnimmt, hat in seinen Politischen Leitlinien versprochen, „die soziale Dimension Europas nie aus den Augen zu verlieren“. Nehmen wir ihn beim Wort!

Stefan Schwartze¹

Zur politischen Bildung im Kinder- und Jugendplan

Rede anlässlich der Jubiläumsfeier 60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho



Stefan Schwartze.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Ministerin, sehr geehrte Ehrengäste,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesamteuropäischen Studienwerkes Vlotho,

ich freue mich sehr, heute hier zu sein.
60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho.
Für mich als Vlothoer ein ganz besonderes Fest!

Die Entscheidungen, die man als junger Mensch zu treffen hat, geben seinem Leben eine Richtung. Die Belange der jungen Menschen sind mir deswegen als politischer Mensch besonders wichtig.

Als jugendpolitischer Sprecher in unserer Fraktion habe ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, ausdrücklich eine eigenständige Jugendpolitik einzubringen. Eigenständige Jugendpolitik heißt: Eine Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen. Dabei müssen alle Politikfelder, die Jugendliche betreffen, mit einbezogen werden. Jugendpolitik darf nicht defizitorientiert gedacht werden. Sie muss sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren und ihnen Chancen und Perspektiven geben.

Jugendpolitik berührt viele verschiedene Bereiche. Die politische Bildung von jungen Menschen, wie wir sie heute hier feiern, nimmt in der eigenständigen Jugendpolitik eine zentrale Stellung ein. Denn: Kinder und Jugendliche werden schon früh gefordert. Ihnen wird nichts mehr vorgegeben. Nach dem Motto: Das hat man in unserer Familie schon immer gemacht. Sondern sie sollen, und wollen, individuell ihr Leben gestalten. Gleichzeitig ändert sich, so geht es zumindest mir, vieles immer schneller. Distanzen sind nicht mehr unüberwindbar. Die Ausbildung in einem anderen Bundesland oder das Studium in einem anderen europäischen Land: Ganz normal.

Sich auskennen in multikulturellen Lern- und Lebenszusammenhängen wird also gerade zu erwartet. Und gleichzeitig soll ein Jugendlicher die wachsenden Wahl- und Informationsmöglichkeiten ständig und immer im Auge behalten. Unser Ziel ist es Jugendliche dabei zu unterstützen, sich zu orientieren, zu unterscheiden und zu entscheiden. Wir wollen eine Generation die selbstbewusst und verantwortungsbewusst ist. Eine Generation die demokratisch handelt und nachhaltige Entscheidungen trifft.

¹ Stefan Schwartze ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Petitionsausschuss

Trotz der Komplexität von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Wir wollen eine Generation, von interessierten Schülern und Auszubildenden. Menschen, die sich in Schule und Betrieb einbringen und engagieren. Politische Bildung fördert den individuellen und gemeinsamen Meinungsbildungsprozess über gesellschaftliche und politische Vorgänge. Politische Bildung fördert Selbstbewusstsein, Teilhabefähigkeit und die Lust, sich im besten Sinne einzumischen und Themen anzusprechen.

Politische Bildung vermittelt jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik. Aber der Begriff des Politischen meint nicht die so genannte große Politik in Berlin oder Brüssel. Das Politische begründet sich im Gemeinwesen, in der Lebenswelt und im Sozialraum. Hier vor Ort, hier in Vlotho. Politische Bildung zeigt die Politikrelevanz individueller Lebensführung, jugendkultureller Trends oder sozialer Bewegungen. Das eigene Urteil ist geprägt von unterschiedlichen Wertehaltungen, sozialen, religiösen oder politischen Überzeugungen. Dieses Zusammenleben ist dank eines langen Prozesses der Verständigung, der ständigen Unterhaltung, des ständigen Interesses möglich. Das ist gelebte politische Bildung.

Gelernt wird an konkreten Fragen des Lebens – dort, wo Kinder und Jugendliche in der Lage sind, etwas zu tun, sich zu engagieren und mitzuwirken – wie hier beim Gesamteuropäischen Studienwerk. Die Mittel und Methoden sind so vielfältig wie die Kinder und Jugendlichen und die Bedingungen ihres Aufwachsens: Workshops, Zukunftswerkstätten, Diskussionen und eben auch Seminare, Tagungen und internationale Begegnungen, um nur einige wenige zu nennen. Und um all dies durchführen und verwirklichen zu können, braucht man Geld. Deswegen freut es mich sehr, dass wir in Berlin für den bereits beschlossenen Haushalt 2014 mehr als eine Million Euro für den Kinder- und Jugendplan und damit für die wertvolle und engagierte Arbeit der Jugendverbände durchsetzen konnten.

Die Jugend zu stärken, bleibt auch in Zukunft unser Ziel. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die Mittel für die Jugendverbandsarbeit ab diesem Jahr jedes Jahr gezahlt werden. Sehen wir uns aber den gesamten Bundeshaushalt an, dann finden wir auch dort in vielen Bereichen Projekte und Programme zur politischen Bildungsarbeit, zum Kampf gegen Rechtsextremismus, für internationale Begegnungen und den Jugendaustausch.

Zwei Beispiele fallen mir dazu ein. Im Moment arbeiten wir beispielsweise an der Gründung eines deutsch-griechischen Jugendwerkes, das den Austausch und die Begegnung der Jugendlichen unserer Länder fördern und ermöglichen wird. Und um ein zweites Beispiel zu nennen: ich darf Ende des Monats im Auftrag des Bundestages nach Mazedonien und in den Kosovo reisen, um Gespräche mit Bewerberinnen und

Bewerbern für das internationale Stipendienprogramm des Bundestages zu führen. Genau solche Programme stärken unsere Demokratie in Deutschland und Europa, unterstützen die politische Bildung und verbessern das Verständnis der verschiedenen Länder untereinander.

Ganz besonders die Bildungsstätten stärken unsere Zivilgesellschaft im Kampf gegen Extremismus und unsere Demokratie. Eine Demokratie ist nur dann wehrhaft, wenn sich Bürger aktiv einbringen. Das haben wir in Vlotho direkt erlebt. Die Bildungsstätten haben uns vor den Rechtsextremen in unserer Stadt gewarnt. Die Bildungsstätten haben den Kampf gegen rechts aktiv vorangetrieben.

Hier im Haus haben wir zusammen gesessen und geplant, wie wir gegen das rechtsextreme Tagungszentrum Collegium Humanum vorgehen. Wir haben nicht akzeptiert, dass Ursula Haverbeck und Horst Mahler ihre Pläne und Arbeit bei uns umsetzen konnten. In den Räumen des Gesamteuropäischen Studienwerks haben wir ein Bündnis aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte geschmiedet, um gegen dieses Zentrum vorzugehen. Dieses Bündnis war erfolgreich! Die Vlothoer Bürger haben bewiesen, dass unsere Gesellschaft gegen ihre Gegner wehrhaft ist! Dies ist ein großartiges Beispiel dafür, dass politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit funktioniert und unbedingt finanziell zu fördern ist, um schließlich zu einer festen Struktur in unserer Mitte zu werden!

Nachdem sich die schwarz-gelbe Regierung wieder allein auf den linken Extremismus konzentriert hat – die Ergebnisse dieser Politik sehen wir gerade in Sachsen – ist es das Ziel der SPD, im kommenden Haushalt die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu erhöhen. Unterstützt uns dabei! Denn das habe ich in fünf Jahren Bundestag gelernt: jeder Euro muss hart erkämpft werden!

Am Ende meiner Rede ist mir noch eines besonders wichtig. Als Vlothoer Bundestagsabgeordneter weiß ich welches Ansehen das Gesamteuropäische Studienwerk genießt. Wenn ich in Berlin erzähle wo ich herkomme, dann heißt es eigentlich immer: "Kenne ich, da war ich schon zu einem wirklich gutem Seminar. Schön bei Ihnen." Sie sind ein Aushängeschild dieser Stadt! Ihre Arbeit genießt bundesweit großes Ansehen! Bleiben sie weiter jung im Denken und so stark in ihrer Arbeit.

Ich wünsche viel Erfolg für die kommenden Jahre und sage besonders Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Sie sind das Herz und Hirn der erfolgreichen Arbeit des Gesamteuropäischen Studienwerkes.

Machen Sie weiter so! Vielen Dank

Ina Bielenberg¹

60jähriges Jubiläum des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho

Sehr geehrter Herr Dr. Mechtenberg,
sehr geehrte Frau Ministerin Schwall-Düren,
sehr geehrter Herr Schwartze,
sehr geehrter Herr Stute,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen und bedanke mich herzlich für die Einladung, mit Ihnen zusammen 60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho feiern zu können, fast alle davon übrigens als Mitglied des AdB.

Ich bin gebeten worden, über die Herausforderungen für die politische Bildung zu sprechen. Nun gibt es vieles, was unter dieser Überschrift gesagt werden könnte, Stichworte in diesem Zusammenhang sind z.B. Themen wie demografischer Wandel, Rechtsextremismus und neu erwachter Antisemitismus, die Politikferne bestimmter Zielgruppen, der Wandel der Zivilgesellschaft oder auch Datensicherheit und Datenüberwachung nicht nur im Internet. Aber auch jenseits thematischer Herausforderungen warten Fragen auf uns, denen wir uns stellen müssen, z.B. die nach dem veränderten Lernverhalten und den Lerngewohnheiten unserer Zielgruppen, Fragen von Medienrezeption und Mediennutzung vor allem junger Menschen, aber auch Fragen, die die eigene Profession betreffen wie die nach der Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung. Und es gibt Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, bei denen der Spaß dann aber wirklich aufhört. Stichworte hierzu sind Margensteuer und Umsatzsteuer, Brandschutz und Denkmalschutz, Hygieneverordnung und Urheberrecht.

Aber die letztgenannten Herausforderungen möchte ich Ihnen heute wirklich nicht näherbringen. Angesichts der Kürze der Zeit habe ich mir drei ganz verschiedene Punkte herausgesucht, die für mich Herausforderungen für die politische Bildung markieren und die auf ganz unterschiedlichen Ebenen liegen: der erste Punkt betrifft die Inhalte politischer Bildungsarbeit, der zweite Punkt die Zielgruppe unserer Angebote und der dritte Punkt ist bildungspolitischer Natur.

Eine der zentralen Aufgaben der politischen Bildung sehe ich in der Vermittlung des europäischen Gedankens. Vielleicht sind Sie verwundert, dass ich gerade im Gesamteuropäischen Studienwerk dieses Thema benenne, da es doch anmutet wie Eulen nach Athen zu tragen. Aber ich möchte die große Bedeutung der europapolitischen



Ina Bielenberg.

¹ Ina Bielenberg ist Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)

Bildung gerne herausstreichen und gleichzeitig Sie hier im GESW ermutigen und ermuntern, Ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.

In einer Einrichtung wie dieser muss der Stellenwert und die Bedeutung Europas für uns alle sicher nicht begründet werden. Aber die zahlreichen Erinnerungen in diesem Jahr an die Katastrophe des 1. Weltkriegs und Anfang September an die Gräueltaten des 2. Weltkriegs sowie die erschreckenden aktuellen Ereignisse im Osten Europas unterstreichen noch einmal die Notwendigkeit, in der europapolitischen Bildungsarbeit für ein friedliches, vereinigtes, demokratisches Europa einzutreten.

Sie, davon gehe ich aus, wissen um die Wichtigkeit und Notwendigkeit, Wissen und Kenntnisse über Europa und über das demokratisch verfasste EU-Europa zu haben, um verstehen, beurteilen, mitreden, mitentscheiden oder ggf. auch protestieren zu können. Aber für die meisten Jugendlichen und auch für viele Erwachsene ist Europa noch immer weit weg. Es hat mit Ihnen nichts zu tun, sie sehen keinen Bezug zum eigenen Leben und zeigen sich deshalb dieser großen Idee desinteressiert gegenüber. Hier liegt unsere Herausforderung: Zeigen wir ihnen diese Bezüge, machen wir Europa auch im Alltag sichtbar. Fangen wir mit der politischen Bildung im heimischen Kühlschrank an, oder beim Einkaufen im Supermarkt. Beziehen wir die Reiseerlebnisse der Teilnehmenden ein oder die Möglichkeiten, im Ausland zu studieren oder zu arbeiten. Zeigen wir auf, dass Europa zum Arbeits- und Lebensalltag gehört und daher auch für alle von unmittelbarer Bedeutung ist. Diese Erkenntnis ist, so meine Überzeugung, die Voraussetzung für die Bereitschaft, sich mit Europa auch weitergehend auseinanderzusetzen und die Idee langfristig mitzutragen. „Gesamteuropa“, so schreibt Dr. Mechtenberg in den „aktuellen ostinformationen“, „ist nach wie vor ein politisches Projekt, das seine endgültige Verwirklichung noch nicht gefunden hat“. Und damit ganz oben auf der Agenda der politischen Bildung bleiben muss.

Mein zweiter Punkt zum Thema Herausforderungen bezieht sich auf die Zielgruppen unserer Bildungsangebote. Wen erreichen wir mit den Seminaren und Projekten, wen erreichen wir nicht? Um es gleich vorweg zu sagen: Ich ärgere mich sehr über Behauptungen wie diese: „Nach wie vor erreicht ein Großteil der Angebote, die von staatlicher Seite finanziert werden, ausschließlich das wohlinformierte, gutsituierte Bürgertum.“, die eine freie Mitarbeiterin der bpb in einer Fachzeitschrift der politischen Bildung gemacht hat. Für diese Aussage gilt, was für alle falschen Behauptungen gilt: sie werden durch vielfaches Wiederholen nicht wahr. Denn wenn die politische Bildung ein Problem hat, dann ist es das der unzureichenden Datenlage. Es gibt schlicht keine oder nur sehr wenige empirische Forschungen, die verlässliche Aussagen über unsere Teilnehmenden zulassen. Zudem sind generelle Aussagen kaum zu treffen, da die Pluralität der Träger und der Angebote zu sehr unterschiedlichen Einzugsbereichen und damit zu unterschiedlichen Teilnehmergruppen führt. Und zu guter Letzt ist selbstverständlich auch das gutsituierte Bürgertum Zielgruppe für unser Angebot.

Dennoch sehe ich es als Herausforderung an, noch einmal verstärkt darüber nachzudenken, wie wir unsere Einrichtungen interkulturell öffnen und vor allem Migrantinnen und Migranten besser als bisher für die politische Bildung gewinnen können. In der außerschulischen Jugendbildung sind wir in diesem Bereich so schlecht nicht aufgestellt. Im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, an dem bundesweit insgesamt 23 Bildungsstätten und Bildungsträger beteiligt sind, versuchen wir, uns auf der Grundlage der Selbsteinschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Überblick zu verschaffen, wie hoch der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist. Er liegt im Querschnitt aller Angebote bei 25 %, gemessen am Anteil von 19 % an der Gesamtbevölkerung ein sogar überproportionaler Anteil. Ein Grund dafür liegt u.a. in der Zusammenarbeit mit Schulen, die der meist genannte Kooperationspartner der Bildungseinrichtungen sind.

In der Erwachsenenbildung ist die Lage etwas schwieriger. Angebote der Erwachsenenbildung sprechen eher Menschen an, die über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen und bereits ein generelles Bildungsinteresse mitbringen. Hier hat sich der Weg, über neue Kooperationspartner (Migrantenorganisationen, Integrationsbeauftragte u.a.) neue Zielgruppen zu erreichen, bewährt. Auch müssen wir die Einrichtungen und deren Angebote bekannter machen und aufzeigen, was sie leisten. Viele Migrantinnen und Migranten wissen gar nicht, dass es Bildungsstätten, Akademien, Studienwerke und andere Einrichtungen gibt, die selbstverständlich auch ihnen offen stehen.

Oft ist im Übrigen auch der Begriff „politische Bildung“ missverständlich, er wird, je nach eigener Tradition und Erfahrung, als politische Zurichtung und Beeinflussung verstanden. Hier besteht die Herausforderung darin, noch viel mehr und verbesserte Informationsarbeit zu leisten.

Ein Aspekt ist mir in diesem Zusammenhang noch wichtig zu benennen: Die Einordnung in die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ hat lange Zeit dafür gedient und (tut es in Teilen noch), diese Menschen als Problemgruppe zu identifizieren, die bildungs- und politikfern sind, sich nicht am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen und große Wissenslücken haben, kurzum, vielerlei Defizite aufweisen. Eine solche Orientierung am Defizit ist aber nicht das Anliegen der politischen Bildung. Sie ist stärkenorientiert und interessiert sich für das, was die Teilnehmenden mitbringen, was sie wissen wollen, sie ist offen für deren Interessen und Anliegen. Dass diese Anliegen dann geprägt sein können von Migrationserfahrungen, von Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch von daraus resultierendem Wissen und Fähigkeiten, muss von den politischen Bildnerinnen und Bildnern im Setting der Veranstaltung und im Methodeneinsatz berücksichtigt werden, was im Übrigen hohe Anforderungen an die politischen Bildner/-innen setzt.

Diese hohen Anforderungen werden im Übrigen auch bei den Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildung verlangt, da die Teilnehmergruppen zunehmend

heterogen und multiethnisch zusammengesetzt sind. Aber das ist ein weiterer Punkt auf der Liste der anstehenden Herausforderungen, der gerade hier im Haus ja bereits professionell angegangen wird.

Mein dritter und letzter Punkt ist ein bildungspolitischer. Wenn in Deutschland über Bildung gesprochen wird, dann in erster Linie von Schule, Ausbildung, Universität, eventuell noch von der beruflichen Weiterbildung. Menschen lernen aber nicht nur in den Einrichtungen der formalen Bildung, sondern auch in der Familie, in der Freizeit, im Freundeskreis. Und sie lernen in außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung, in Einrichtungen wie dieser. Seit Jahren wird bildungspolitisch darüber diskutiert, ob und wie die Lernleistungen und Lernerfolge in diesem Bereich, der so genannten non-formalen Bildung, wertgeschätzt, sichtbar gemacht und dokumentiert werden können. Im Zuge dieser Diskussion sind zahlreiche Formen der Anerkennung und Zertifizierung entstanden. Sie tragen z.B. den Titel „Kompetenznachweis“ oder „Kompetenzbilanz“ und verweisen darauf, dass ein Schlüsselbegriff der Diskussion der Kompetenzbegriff ist. Er grenzt sich von der „Qualifikation“ ab, die auf definierte Handlungserfordernisse gerichtet ist, während Kompetenz auf zukünftige Handlungsmöglichkeiten zielt.

Den politischen Hintergrund für diese Debatten und Entwicklungen liefern u.a. das Konzept des lebenslangen Lernens, die Entwicklung eines Qualifikationsrahmens auf europäischer Ebene (EQR) sowie die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), deren Ziel es ist, in Europa einen gemeinsamen Bildungsraum zu schaffen und Qualifikationssysteme vergleichbar und transparent zu gestalten, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erhöhen.

Die politische Bildung hat diese bildungspolitische Diskussion lange ignoriert oder stand bzw. steht ihr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ich sehe es als zentrale Aufgabe der nächsten Jahre an, sich dieser Diskussion zu stellen und eine Position dazu zu finden.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich spreche mich, der AdB spricht sich ausdrücklich gegen eine Messung, Bewertung oder Benotung von Bildungsergebnissen in der außerschulischen und außeruniversitären politischen Bildung aus. Die Bildungseffekte der politischen Bildung entziehen sich einer standardisierten Bewertung, wie sie in der formalen Bildung üblich ist. Schulische Messbarkeitsvorstellungen widersprechen dem besonderen Auftrag dieses Arbeitsfeldes, eine mit der Bewertung notwendig einhergehende Formalisierung würde der politischen Bildung ihrer Spezifik berauben.

Aber: Wir wissen, dass die Angebote politischer Bildung den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit bieten, Wissen und Kompetenzen zu erwerben, und zwar solche spezifischen Kompetenzen, die notwendig sind, um Prozesse demokratisch zu gestalten. Dazu gehört es z.B., politische Verhältnisse als historisch gewachsen und veränderbar wahrnehmen zu können, am politischen und gesellschaftlichen Leben

teilzunehmen, kritisch zu reflektieren, unterschiedliche Perspektiven einnehmen und begründet urteilen zu können. Diese „Demokratiekompetenzen“ sind entscheidend, um als Bürgerin und Bürger aktiv und verantwortlich das eigene Leben und die Umwelt zu gestalten.

Daher sehe ich die Herausforderung darin, selbstbewusst und erhobenen Hauptes in die Diskussion einzutreten, mit dem Wissen darum, dass die politische Bildung etwas zu bieten hat, auch beim Thema Kompetenzerwerb. Wir brauchen keine zwanghafte Anpassung an einen DQR, wir sollten aber darüber nachdenken, was die Spezifik unseres Arbeitsfeldes im Hinblick auf den Erwerb von Kompetenzen ausmacht und ob es sinnvoll sein kann, diese Kompetenzen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sichtbar zu machen. Nicht in Form von Tests oder Fremdbeurteilungen, sondern im Sinne der Stärkung der Handlungs- und Reflexionskompetenz der Teilnehmenden.

Das waren in Kürze meine drei Punkte zur Überschrift „Herausforderungen für die politische Bildung“. Wie eingangs schon gesagt, könnte ich weitere wichtige und interessante Themen aufgreifen. Das ist auch gut so, denn die neuen Herausforderungen sind immer auch ein Indikator dafür, dass noch viele weitere Aufgaben auf uns warten. Zur Vorbereitung auf meinen Beitrag habe ich mit Herrn Dr. Wilkiewicz gesprochen und ihn gebeten, kurz zu erläutern, was er von meinem Beitrag erwartet. Er hat geantwortet: „Es geht mir um die grundsätzliche Frage, ob wir politische Bildung noch brauchen.“ Gestellt ist diese Frage natürlich vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die da heißen Mitteleinsparungen und Kürzungen für die politische Bildung, der Erlass von Förderrichtlinien, die eher verhindern als ermöglichen, angekündigte Verwaltungsvereinfachungen, die sich ins Gegenteil verkehren.

Angesichts des Jubiläums einer Einrichtung, die seit Jahrzehnten für eine fachlich qualifizierte und motivierte politische Bildungsarbeit steht, war es mir indes ein Anliegen, auf fachpolitische und bildungspolitische Herausforderungen einzugehen. Aber ich hoffe, dass die von mir genannten Herausforderungen auch eine Antwort auf Ihre Frage geben konnten: Ja, wir brauchen auch in Zukunft eine starke, gute, vielfältige und professionelle politische Bildung.

Prof. Dr. Ulrich Eith¹

60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho



Prof. Dr. Ulrich Eith.

Sehr geehrte Festgäste,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesamteuropäischen Studienwerks

60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho – das ist ganz ohne Zweifel eine mindestens doppelte Erfolgsgeschichte. Aus inhaltlich-pädagogischer Sicht haben es die Mitarbeitenden erfolgreich verstanden, die thematischen und didaktischen Herausforderungen und Umbrüche über die Jahrzehnte hinweg innovativ aufzugreifen und in vielen Fällen auch stilbildend entscheidend zu gestalten. Aus organisatorisch-betriebswirtschaftlicher Sicht beeindruckt die Leistung, das Jugendbildungswerk aller finanziellen Schwierigkeiten zum Trotz über all die Jahre hinweg stets als attraktive, hoch geschätzte und weithin nachgefragte Bildungsstätte in der breiten Landschaft der politischen Bildungsangebote am Markt gehalten zu haben. Als Leiter einer in vielen Punkten sehr ähnlich ausgerichteten Einrichtung der politischen Bildung, dem Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. in Buchenbach bei Freiburg, weiß ich, wovon ich hier spreche.

Ich gratuliere Ihnen heute persönlich nicht zuletzt auch deshalb ganz herzlich zu Ihrem Jubiläum, weil sich zwischen unseren beiden Instituten im Rahmen des Verbunds der Ost-West-Institute über Jahrzehnte hinweg eine sehr enge Kooperation herausgebildet hat. Immer wieder haben wir gemeinsam Veranstaltungen und Projekte organisiert und regelmäßig pflegen wir den Austausch von Dozierenden.

Gegründet wurden wir wie viele andere staatliche, zivilgesellschaftliche und gemeinnützige Institutionen der politischen Bildung in der frühen Nachkriegszeit. Angesichts der langen deutschen Tradition obrigkeitsstaatlichen Denkens galt es damals, die freiheitlich-demokratischen Fundamente und Werte der jungen Demokratie in Westdeutschland in den Vordergrund zu rücken und die Ausbreitung einer demokratischen Bürgerkultur zu befördern. Unser inhaltliches Augenmerk als Ost-West-Institute galt hierbei in besonderer Weise der Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der Aufspaltung der Welt in einen östlichen und einen westlichen Teil mit konträren politisch-ideologischen Ausrichtungen, unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und einer friedensbedrohenden, hegemonialen Konkurrenz. Unzählige Seminare und Veranstaltungen haben wir in Vlotho und auch in Buchenbach zum internationalen Wettrüsten und seinen Ursachen, zur Situation der Staaten des Ostblocks, vor allem aber zum Systemvergleich der beiden deutschen Staaten durchgeführt, zu den weltanschaulich-ideologischen Grundlagen von DDR und BRD,

¹ Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.

zum jeweils konkreten Verhältnis von Staat, Parteien und Bürgern sowie zu den Bedingungen des Alltagslebens in Ost- und Westdeutschland.

Und heute, bald 25 Jahre nach der deutschen Einheit und dem Ende des Ost-West-Konflikts der Nachkriegsjahrzehnte? Braucht es uns, die Ost-West-Institute, mit unseren Tagungshäusern überhaupt noch?

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich diese Frage – in voller Übereinstimmung mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Partnerinstitutionen – mit einem entschiedenen, gleich dreifachen JA beantworte: Wir organisieren internationale, insbesondere europäische Begegnungen und tragen so aktiv zur Verständigung in Europa bei, wir haben die Fachkompetenz, um den Teilnehmenden unserer Veranstaltungen Orientierungswissen und Anregungen zur Diskussion der aktuellen politischen Herausforderungen in einer vielfach als unübersichtlich empfundenen Welt liefern zu können und wir haben die Orte, wo sich die Teilnehmenden losgelöst von ihren alltäglichen Kontexten und sozialen Rollen mit neuen Perspektiven und Ideen auseinandersetzen, neue Erfahrungen machen und eigene Handlungsmöglichkeiten entwickeln können.

Zum ersten Punkt: Das Gesamteuropäische Studienwerk bringt bereits in seinem Namen die für uns zentrale Aufgabe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum Ausdruck. Wir sind der gesamteuropäischen Perspektive verpflichtet und davon überzeugt, dass es angesichts des Schreckens und der Verwerfungen zweier Weltkriege und der nachfolgenden Teilung Europas und der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Machtblöcke zu einem friedlichen, demokratischen und gleichberechtigten Zusammenwachsen in Europa keine Alternative gibt. Dies schließt auf der politischen Ebene die strikte Orientierung an friedlichen und partnerschaftlichen Mechanismen der Konfliktregulierung zwischen den Staaten Europas mit ein. Wir haben in Europa nicht nur eine gemeinsame Geschichte, wir haben darüber hinaus auch gemeinsame politische Werte und Vorstellungen. Als Ost-West-Institute fördern wir das gegenseitige Kennenlernen und das gemeinsame Diskutieren über politische Grundwerte und die Perspektiven einer demokratischen europäischen Politik. Wir ermöglichen Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Nationalitäten, gerade auch von Jugendlichen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Bildungsarbeit. Wir tragen bei zu einer immer engmaschigeren Vernetzung der Akteure in der Bildungslandschaft in Europa und wir begleiten wo immer möglich die demokratischen Transformationsprozesse mit Rat und Tat.

Zweitens, ganz ohne Zweifel leben wir in Deutschland in einer gefestigten Demokratie. Das allerdings macht die politische Bildung keineswegs überflüssig. Zum einen werden demokratische Verhaltensnormen und Beteiligungsmöglichkeiten nicht automatisch vererbt. Demokratie muss immer wieder aufs Neue erfahren, erlebt und erlernt werden. Junge Menschen werden in das politische System sozialisiert und hier leistet die außerschulische politische Bildung neben Familien, Schulen und Peer-Groups eine

wichtige Aufgabe. Zum anderen ist die Welt um uns herum im permanenten Wandel begriffen. Man denke nur an die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung oder die neuen Formen der kriegerischen Auseinandersetzungen, auf nationaler Ebene an die zunehmende Verlagerung der politischen Diskussionen in die Talkshows oder auch an den derzeitigen Umbau unseres bislang strikt repräsentativen politischen Systems durch vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung. Mit unserer Fachexpertise stellen wir Orientierungswissen bereit und tragen durch unsere Bildungsangebote mit dazu bei, dass diese Prozesse auch für politisch weniger Interessierte transparenter und nachvollziehbarer werden. Wir fördern die Diskussion über die Konsequenzen dieser Veränderungen und regen die Teilnehmenden unserer Veranstaltungen an, für sich demokratische Handlungsoptionen zu entwickeln. Ausreichende Kenntnisse über inhaltliche Zusammenhänge und individuelle Handlungsmöglichkeiten wirken Ohnmachtserfahrungen und Verdrossenheit entgegen und sind damit die beste Prävention gegen extremistische oder gewalttätige Versuchungen.

Drittens, für diese Bildungsarbeit braucht es Orte – und übrigens auch Zeit –, wo sich Bürgerinnen und Bürger jenseits ihrer Alltagsroutinen auf neue Themen und Fragestellungen einlassen können. Unsere Tagungsstätten ermöglichen mehrtägige Bildungserfahrungen, sei es im Zusammentreffen und Kennenlernen von bi- oder multinationalen Gruppen, sei es durch die ausführliche Beschäftigung mit neuen Themen mittels interaktiver Lehr-Lern-Methoden wie Plan- und Rollenspiele, Fallstudien und Entscheidungsübungen oder Zukunftswerkstätten und Szenario-Techniken. Es sind gerade diese interaktiven methodischen Großformen, durch die die Komplexität politischer Prozesse und Probleme für den Einzelnen am ehesten erfahrbar wird, mit deren Hilfe fachliche, kommunikative und soziale Kompetenzen erweitert und in deren Rahmen eigene Handlungsoptionen erarbeitet und ausprobiert werden können.

Allerdings, und das sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, braucht es für den Erhalt der Bildungsorte eine verlässliche Finanzierung. Gerade die politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen kann niemals kostendeckend allein auf der Basis der Seminarbeiträge der Teilnehmenden erfolgen. Außerschulische Jugendbildungsstätten stehen immer mit mindestens einem Fuß über dem finanziellen Abgrund. Wer gerade auch sozial schwächere Gruppen erreichen will, darf keine unüberwindbaren ökonomischen Hürden schaffen. Die Seminarbeiträge decken häufig nicht einmal die entsprechenden Tagungskosten, noch weniger ermöglichen sie die Bildung von Rücklagen für die regelmäßig notwendigen Renovierungen und Modernisierungen der Bildungshäuser oder auch die tariflichen Lohnerhöhungen. Wir sind den politischen Entscheidern in Bund, Ländern und Kommunen ebenso wie den Verantwortlichen in den Ministerien und Verwaltungen daher außerordentlich dankbar, dass sie unsere Arbeit aufgeschlossen begleiten und sich mit Beharrlichkeit und Erfolg immer wieder aufs Neue für die finanzielle Förderung und Absicherung unserer Bildungshäuser einsetzen.

Meine Damen und Herren, die Mitarbeitenden in unseren Instituten sind für Ihre Aufgaben inhaltlich bestens qualifiziert und zudem persönlich hoch motiviert. Das gilt

in besonderer Weise für das Gesamteuropäische Studienwerk Vlotho. Wenn darüber hinaus die politische Bildung auch weiterhin eine hohe Wertschätzung als öffentliche Aufgabe erfährt, haben wir gute Chancen, uns in zehn Jahren hier erneut zur Feierstunde zu versammeln. Bis dahin wünsche ich den Mitarbeitenden des Gesamteuropäischen Studienwerks weiterhin viel Erfolg mit ihren Bildungsveranstaltungen, eine hohe Nachfrage, Spaß an der eigenen Arbeit – und nicht zuletzt das notwendige Quäntchen Glück, damit weiterhin am Ende eines Jahres auch die betriebswirtschaftliche Seite im grünen Bereich ist.

Hubert Luszczyński¹

Deutsch-polnische Partnerschaft und Versöhnung



Hubert Luszczyński.

Ansprache in der Jubiläumsfeier anlässlich des 60. Jahres des Bestehens des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho am 05. September 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Festgäste,

das Gesamteuropäischen Studienwerk begeht heute sein 60jähriges Bestehen als europäische Bildungsstätte. Ich danke Herrn Dr. Mechtenberg und Herrn Dr. Wilkiewicz für die freundliche Einladung zu dieser Feierstunde. Es ist für mich eine besondere Ehre, daran teilzunehmen und über das Thema „Deutsch-polnische Partnerschaft und Versöhnung“, also über ein m.E. nicht so ganz einfaches Thema, zu sprechen, um schließlich eine persönliche Antwort auf die Frage zu geben, welche Funktion das Gesamteuropäische Studienwerk im Zusammenhang mit deutsch-polnischer Partnerschaft und Versöhnung erfüllt.

Also: Was macht das Thema „nicht so ganz einfach“? Während für die meisten deutsch-polnische Partnerschaft schon ein gängiger Begriff ist, scheint es immer mehr Menschen zu geben, die sich schwer tun mit dem Begriff der Versöhnung. Sie erachten ihn als geschichtlich überholt oder sogar unzeitgemäß. Denn schließlich habe die jetzt lebende Generation in den deutsch-polnischen Beziehungen keine Schuld auf sich geladen, die durch einen Akt der Versöhnung zu sühnen sei. Wie es scheint, geht es folglich beim Versöhnungsbegriff um den Widerspruch zwischen seiner Historizität und Aktualität. Und die vielen historisch denkwürdigen Jubiläen und Jahrestage des Jahres 2014 mit ihren bedeutungsvollen Versöhnungsritualen an Erinnerungsorten des Grauens vermitteln auf den ersten Blick in der Tat den Eindruck, dass die Epoche der Versöhnung geschichtlich abgeschlossen und daher ohne besondere Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft in Europa sei. Belegbar wird dieser Eindruck bei manchem Redner immer dann, wenn er sich nicht dazu in der Lage sieht, eine Verbindung zwischen dem mit dem geschichtliche Ereignis in den deutsch-polnischen Beziehungen verbundenen Versöhnungsgedanken und der Gegenwart und Zukunft eben dieser Beziehungen herzustellen, indem er z.B. auf erfolgreiche Projekte hinweist, die belegen könnten, mit welcher beachtenswerten Intensität in den letzten 25 Jahren das Zusammenwirken von Deutschen und Polen immer selbstverständlicher, partnerschaftlicher und erfolgreicher geworden ist.

Ungeachtet dessen scheint es für diese Historizitätsthese einen prominenten Repräsentanten in den deutsch-polnischen Beziehungen zu geben – Bundeskanzler Helmut Kohl. So führte er anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der

¹ Hubert Luszczyński, Ltd. Regierungsschuldirektor a.D., Eitelborn / Rheinland-Pfalz

Katholischen Universität Lublin, am 13. November 1989, u.a. dazu aus: „Junge Franzosen und junge Deutsche überqueren heute ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaften zu schließen. Sie können nur noch schwer nachempfinden, welche gewaltige historische Leistung die Aussöhnung zwischen beiden Völkern darstellt, welche ein radikaler Bruch mit einer schlimmen Vergangenheit. (...) Warum soll das ... nicht bald auch für junge Polen und junge Deutsche möglich sein?“

Das formulierte Helmut Kohl vor 25 Jahren. Sie sind, wie Sie sehen, als Gesamteuropäisches Studienwerk, was die Jubiläen angeht, in dieser bester Gesellschaft! Denn noch ein Jahr vor Helmut Kohls Rede in Lublin feierte man bei uns 1988 das 25-jährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags. 2016 werden wir uns in einem weiteren Jubiläumsjahr darüber freuen, dass der deutsch-polnische „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ ein Vierteljahrhundert alt ist. Wie auch immer: Helmut Kohl macht deutlich, dass es nach einer so langen Zeit, etwa nach einer Generation, nicht mehr so einfach sei, die „historische Leistung der Aussöhnung“ nachzuempfinden. Und gerade für dieses so wichtige Nachempfinden brauchen wir die Tradition der Jahrestage oder etwa der würdigen Eröffnung von gemeinsamen Ausstellungen über bedeutsame historische Ereignisse oder auch die jährlichen Gedenkstättenfeiern, weil sie so sehr beides sind: Erinnernde und mahnende Zeichen gegen das Vergessen von Menschenrechtsverletzungen durch die Staaten und zugleich herausgehobene öffentliche Zeichen der Dankbarkeit über das Geschenk der Versöhnung, das die Menschen immer wieder an den Jahrestagen zusammenführt. Wir sehen daran, dass die Zeit und damit die Tiefe unseres Erinnerns einen großen Wert auch für die Aktualität des Versöhnungsgedankens haben, sofern man ihn in die aktuellen politischen Zusammenhänge achtsam und mit großem Einfühlungsvermögen einzubetten versteht – also mit Gedanken, die uns noch stärker miteinander im Heute und Morgen verbinden als trennen.

Und doch bleibt Helmut Kohl nicht bei der Herausforderung stehen, die jede ältere Generation hat, wenn sie nachfolgenden Generationen erklären soll, wie es dazu kommen konnte, dass das polnische und das deutsche Volk das „leidvolle Kapitel der Vergangenheit“ abgeschlossen und den Brückenschlag zu einer gemeinsamen Zukunft gefunden hat.

Diesen Zusammenhang stellt er so dar: „...nur in gemeinsamer Freiheit in einem vereinten Europa werden junge Polen und junge Deutsche Zukunft gewinnen können. Deshalb ist es so wichtig, dass sie einander begegnen können. Wir wollen jetzt ... den deutsch-polnischen Jugendaustausch fördern, um diesem Kennenlernen, um der Verständigung und der Zusammenarbeit der Jugend unserer beiden Völker zu dienen. Ich bin davon überzeugt: Nur so wird der Wille zur Aussöhnung auf Dauer in den Herzen unserer jungen Menschen Wurzeln schlagen können.“

Das bedeutet: Die völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen im deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 und im Vertrag über das Deutsch-Polnische Jugendwerk sind erwachsen und werden getragen vom Geist der Versöhnung, sind gewissermaßen seine Emanation und damit – wenn man so will – die operative Seite eines Versöhnungsprozesses, der seinen Anfang u.a. nahm im Schreiben der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) im Jahre 1965 und im Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe vom Ende des selben Jahres. Um diese bemerkenswerte Verbindung zwischen dem Geist des Vertrags und den in den konkreten Vereinbarungen sichtbar gemachten praktischen Konsequenzen für die künftige Zusammenarbeit besser zu verstehen, lohnt es sich, den Gedankengang der polnischen Bischöfe in Erinnerung zu rufen. Denn angesichts der Gräueltaten durch Deutsche an Polen während der Zeit der Okkupation zwischen 1939 und 1945 formulierten die polnischen Bischöfe die Situation am 18. November 1965 so: „Die Belastung der beiderseitigen Verhältnisse ist immer noch groß und wird vermehrt durch das sogenannte "heiße Eisen" dieser Nachbarschaft. Die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges – zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen (auf interalliierten Befehl der Siegermächte Potsdam 1945! – geschehen). Ein großer Teil der Bevölkerung hatte diese Gebiete aus Furcht vor der russischen Front verlassen und war nach dem Westen geflüchtet. Für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging, ist es eine Existenzfrage (keine Frage "größeren Lebensraumes"!); es sei denn, daß man ein über 30-Millionen-Volk in den engen Korridor eines "Generalgouvernements" von 1939 bis 1945 hineinpressen wollte – ohne Westgebiete; aber auch ohne Ostgebiete, aus denen seit 1945 Millionen von polnischen Menschen in die "Potsdamer Westgebiete" hinüberströmen mußten.“ (...) „Und trotz alledem, trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage, gerade aus dieser Lage heraus, hochwürdige Brüder, rufen wir Ihnen zu: „Versuchen wir zu vergessen!“ Auf dieser Grundlage formulierten sie sodann den viel zitierten Kernbereich der Versöhnung, indem sie schrieben: „In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Es wird deutlich: Die Gewährung von Vergebung und die Bitte um Vergebung bilden die zentrale und entscheidende Voraussetzung für Versöhnung. Sie ist damit das ethisch-moralische Ferment des Vertrags, ihr Geist, während der Vertrag selbst völkerrechtlich verbindlich für alle staatlichen Stellen in beiden Ländern die „enge und friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten regelt.“ Es geht – so die Vertragspräambel – um Folgendes: „In europäischer Verantwortung werden sie (die Regierungen) ihre Kräfte dafür einsetzen, den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen.“

Wenn wir also vom Geist und vom Buchstaben als dem operativen Akt der Vereinbarungen im deutsch-polnischen Vertrag sprechen, dann lassen sich ab 1965 gedanklich drei Schritte als Gesamtversöhnungsprozess in die Zukunft hinein darstellen:

1. Schritt: Erst unter den neuen und gleichberechtigten Bedingungen in den beiden freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnungen des geeinten Deutschlands und Polens war es ab 1989 politisch möglich, dass sich beide Regierungen auf der ethischen Grundlage der 24 Jahre zuvor stattgefundenen gegenseitigen Vergebung auf gesellschaftlich-kirchlicher Ebene nun zu einem vertrauensvollen politischen Prozess der Versöhnung und Verständigung entschließen. Sie tun das in der Hoffnung und im Vertrauen darauf, dass allein von einem solchen Prozess eine friedensstiftende und den Frieden in Europa sichernde Wirkung ausgehen wird.
2. Schritt: Die zentralen Vertragskategorien sind die Idee der „guten Nachbarschaft“ und der „freundschaftlichen Zusammenarbeit“ unter den Bedingungen gegenseitiger Achtung, Wertschätzung und Hilfsbereitschaft – also auch dem täglichen Bemühen um eine versöhnliche Haltung – will sagen – um ein menschenwürdiges Miteinander der handelnden Personen und Institutionen bei der Realisierung der im Vertrag formulierten gemeinsamen Aufgaben.
3. Schritt: Das Vertragswerk selbst beinhaltet verbindliche Absprachen über Maßnahmen auf allen Feldern staatlichen Handelns, die von einem gemeinsamen Interesse geprägt sind. Denn nur gemeinsame Interessen erzeugen gemeinsame Aktivitäten! Sie sind letztlich der konkrete Ausfluss des Versöhnungsgedankens. Mit anderen Worten: Der Vertrag mit seinen praktischen Gestaltungsverpflichtungen atmet den Geist der Versöhnung und ist damit – wenn man so will – sein ganz spezifischer Aggregatzustand, seine Emanation. Insofern ist der Versöhnungsgedanke beides: Er ist Ideengeber für die Art des Vollzugs der vereinbarten Aufgaben durch die handelnden Personen und Institutionen und zugleich Maßstab für die Beurteilung des Kooperationsprozesses und seiner Ergebnisse – also letztlich darüber, ob der Vertrag sowohl formal als auch materiell eingehalten wird oder nicht. So ist jede Art der Erfüllung des Vertrags immer auch ein Beleg dafür, dass sich das Vertrauen in die Fernwirkung von Versöhnung gelohnt hat – während es im Falle der Nichtbeachtung des Vertrags zu einem Verlust an Vertrauen kommen kann. Seine Nichtbeachtung ist folgerichtig als Beschädigung seiner Versöhnungsgrundlage zu deuten. Dies ist in aller Regel dann anzunehmen, wenn beispielsweise die eine Seite ohne Einbeziehung der anderen neue Festlegungen trifft, weil ein solches Verfahren dem partnerschaftlichen Geist des Vertrages zuwiderläuft. Ich denke aber auch an die vielen Schülerbegegnungen in den letzten 25 Jahren, deren Auswertungen zu dem übereinstimmenden Ergebnis führten, dass sie in voller Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrags durchgeführt wurden und deshalb so erfolgreich waren. Erinnerung sei ebenfalls bei uns an die ganz unterschiedliche Einführung des herkunftssprachlichen Polnisch-Unterrichts in den

Bundesländern oder in Polen an den Rückgang der Nachfrage nach Deutschunterricht zugunsten des Englischunterrichts u.a. auch deshalb, weil Deutschland als letztes EU-Land nach dem Beitritt Polens zur EU seinen Arbeitsmarkt für polnische Arbeitssuchende geöffnet hat. Nicht selten verständigen sich daher immer mehr polnische Schüler bei Begegnungen im Schüleraustausch auf Englisch – diese Entwicklung mag vielleicht so nicht erwünscht gewesen sein, aber die Hauptsache ist, dass überhaupt eine Verständigung stattfindet und auf diese Weise die zum Teil schon lange andauernden guten schulpartnerschaftlichen Beziehungen nicht in Frage gestellt werden. Denn nur wenn eine angemessene Verständigung gewährleistet ist, kann ein sehr zentrales Anliegen des Vertrages erfüllt werden, das dort in Artikel 30 so formuliert wird: Das „...gegenseitige Kennenlernen und das gegenseitige Verstehen der jungen Generation (ist) von grundlegender Bedeutung...“, um der Verständigung und der Versöhnung ... einen dauerhaften Charakter zu verleihen.“

Aus dem Gesagten wird längst deutlich, welche eindrucksvolle Rolle die partnerschaftliche Gestaltung der Beziehungen spielt. Der Kerngedanke einer Partnerschaft findet sich bei uns in der Idee der Genossenschaft: D.h., es werden in einem solchen Zusammenwirken von Menschen Aufgaben oder Herausforderungen erledigt, die ein Einzelner kaum selbst bewältigen kann. Konstitutiv für partnerschaftliches Arbeiten – etwa in Projekten – ist die Idee der Freiheit, der Subsidiarität und der Solidarität, und damit auch der Gleichberechtigung der Partner untereinander in der gemeinsamen Teilhabe und in einem von gegenseitiger Wertschätzung getragenen Zusammenwirken in einem Projekt – letztlich an einem gemeinsamen Werk! Damit steht die Partnerschaftsethik im vollen Einklang mit der Idee der Versöhnung.

Es lässt sich daher feststellen: Deutsch-polnische Partnerschaften sind Instrumente und praktischer Ausdruck der Versöhnung und der Verständigung – ja letztlich des Friedens und der Freiheit in Europa. Erlauben Sie mir vor dem Hintergrund des Themas „Deutsch-polnische Partnerschaft und Versöhnung“ für das Gesamteuropäische Studienwerk als Bildungsstätte von europäischem Rang folgende Schlussfolgerung: Partnerschaften müssen gelebt und erlebt werden. Wir brauchen dafür mehr denn je Bildungsstätten als lebendige Begegnungsstätten, in denen Menschen erleben, wie in den deutsch-polnischen Beziehungen dank der wirkungsmächtigen Idee der Versöhnung aus Nachbarn Partner und aus Partnern Freunde in Europa werden. Das Gesamteuropäische Studienwerk hat sich in den letzten 60 Jahren als eine solche Begegnungsstätte große Verdienste für die deutsch-polnischen Partnerschaft und damit für Europa erworben. Es darum in seiner für den Frieden und die Freiheit in Europa so bedeutsamen Arbeit weiterhin zu unterstützen und zu fördern, entspricht voll und ganz dem Geiste und dem Buchstaben des deutsch-polnischen Vertrages und dient auf diese Weise der Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschland und Polen.

Wir sind daher Ihnen, den Damen und Herren, die das Gesamteuropäische Studienwerk hier in Vlotho vor 60 Jahren gegründet haben und bis heute leiten, zu großem Dank verpflichtet. Daher gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Jubiläum auf das Herzlichste. Möge Ihr Gesamteuropäisches Studienwerk zum Wohle der Menschen in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit als bedeutsame Repräsentanz der Versöhnung noch viele Jahre wachsen, blühen und gedeihen.

Beiträge

Theo Mechtenberg

Putin – Vollstrecker eines „historischen Auftrags“

Überlegungen zum Ukraine-Konflikt

Vor rund 30 Jahren nahm ich in Westberlin an einer ostpolitischen Tagung teil, auf der auch zwei Professoren der Moskauer Akademie der Wissenschaften vertreten waren, der eine Russe, der andere Ukrainer. Nach einem mit Vorträgen und Diskussion gefüllten Tag kam ich am Abend mit beiden ins Gespräch. Es ging unter anderem um die Frage, ob die Ukrainer eine eigene Nation seien, was der Ukrainer unter Hinweis auf eine reiche Geschichte und Literatur mit Nachdruck bejahte, der Russe aber vehement bestritt. Er sah in der ukrainischen Sprache lediglich einen russischen Dialekt und sprach den Ukrainern eine eigene nationale Identität ab.

Dieses Gespräch ist mir im Zusammenhang mit der handstreichartigen Annexion der Krim durch Putins „grüne Männer“ und die anhaltenden Kämpfe in der Ostukraine wieder in Erinnerung gekommen. Es zeigt, dass dem gegenwärtigen Konflikt eine weit in die Geschichte zurückreichende und tief im russischen nationalen Selbstverständnis verwurzelte Sichtweise zugrunde liegt. Anders als es die „Russlandversther“ propagieren, ist das blutige Szenarium, das sich im Osten der Ukraine abspielt, keine Reaktion Moskaus auf die westliche, Russland angeblich bedrohende Osterweiterung von EU und NATO, sondern eine von Putin angestrebte Erfüllung eines „historischen Auftrags“.

Ein und derselbe Gründungsmythos

Als die Ukraine im Verlauf des Zusammenbruchs der UdSSR am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, ersetzte sie das Emblem der bisherigen Volksrepublik von Hammer und Sichel, aufgehender Sonne und Ährenkranz durch einen auf die Kiewer Rus verweisenden goldenen Dreizack auf blauem Grund. Der steht auch im Zentrum des seit 1999 geltenden Staatswappens, links vom Lemberger Löwen, rechts von einem Kosaken flankiert, um auf diese Weise die Einheit der aufgrund historischer Entwicklungen unterschiedlichen westlichen und östlichen Landesteile zum Ausdruck zu bringen. Aber auch Russland beansprucht die Kiewer Rus als Gründungsmythos für sich. Beide Seiten sehen in der im griechischen Ritus am 28. Juli 988 vollzogenen Taufe von Großfürst Vladimir, der die Kiewer Rus von 950-1015 regierte und in seinem Machtbereich das Christentum einführte, den Ursprung ihrer nationalen wie staatlichen Existenz. Und die Tausendjahrfeier der Taufe Vladimirs wurde denn auch sowohl in Kiew als auch in Moskau feierlich begangen. Im Mai 2010 bestimmte die Moskauer Duma den 28. Juli zudem als „Tag der Taufe Russlands“ zum nationalen Gedenktag.

Es wäre allerdings irreführend, würde man in diesem Gründungsmythos den unmittelbaren Gründungsakt der Ukraine bzw. Russlands sehen. Die Kiewer Rus war

ein aus verschiedenen Teilfürstentümern bestehendes Gebilde, das sich bis zur Wolga erstreckte und damit Teile der heutigen Ukraine, Weißrusslands und Russlands umfasste. Das im äußersten Osten gelegene Moskau war zu jener Zeit noch völlig unbedeutend und besaß – anders als Kiew mit einem Metropoliten – nicht einmal einen Bischofssitz. Der rasante Aufstieg der Moskowiter erfolgte erst ab dem 14. Jahrhundert nach der Zerschlagung der Kiewer Rus durch den Mongolensturm unter der Herrschaft der Tataren, die in einer Allianz mit Konstantinopel den Ausbau kirchlicher Strukturen nicht behinderten. Die Taufe Vladimirs kann daher nur in einem entfernteren Sinn als Gründungsmythos der Ukrainer und Russen verstanden werden, insofern sich beide Völker aus der Kiewer Rus entwickelt haben.

Es war von großer historischer Tragweite, dass in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der zum „Metropoliten von Kiew und ganz Russland“ ernannte Theognostos¹ nicht in Kiew, sondern in Moskau residierte und damit die Basis für Moskaus künftigen Führungsanspruch auf das gesamte von Ukrainern und Russen bewohnte Gebiet schuf. Der schwierige Prozess nationaler Selbstfindung und Unabhängigkeit

Die „Ukraine“ ist – auch etymologisch – ein „Grenzland“. Und dies in einem doppelten Sinn: nach Westen in Abgrenzung zum lateinische Christentum und zum aufstrebenden Polen, nach Osten gegenüber den expansiven Tendenzen Russlands. Zur Spezifik dieses Grenzlandes zählte und zählt zudem die Präsenz starker Minderheiten von Polen bzw. Russen in den jeweiligen westlichen und östlichen Grenzgebieten. Diese Gemengelage machte eine nationale Selbstfindung der Ukraine aufgrund langer Phasen der Unterdrückung und Abhängigkeit von den beiden machtvollen Nachbarn äußerst schwierig und erklärt, warum den Ukrainern in der Vergangenheit ein eigenes Staatswesen weitgehend versagt blieb.

Polen und Russen waren über Jahrhunderte bemüht, den Ukrainern in ihrem jeweiligen Herrschaftsbereich ihren Stempel aufzudrücken. So erschwerten die Prozesse der Polonisierung und Russifizierung die nationale Selbstfindung, andererseits verstärkten sie auch die Kraft der Selbstbehauptung im Widerstand gegen nationale Unterdrückung. Was die Russifizierung betrifft, so ist hier die Rolle des Moskauer Patriarchats besonders erwähnenswert. Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es diesem schließlich 1685, die ukrainische Kirche gegen deren Widerstand seiner Jurisdiktion zu unterwerfen. Damit verbunden war eine massive Unterdrückung der ukrainischen Sprache. So zog die Bemühung, die Bibel auf Ukrainisch herauszugeben, 1876 das Verbot nach sich, überhaupt Bücher in ukrainischer Sprache zu drucken, ja sogar die Bezeichnung „Ukraine“ an Stelle von „Kleinrussland“ zu verwenden. Bis in die Gegenwart hinein erweist sich die russisch-orthodoxe Kirche als ein vorzügliches Instrument im Dienst der Russifizierung. So forderte der Moskauer Patriarch Kirill im diesjährigen Ostergottesdienst die Gläubigen dazu auf, für das "in der Ukraine lebende

¹ Theognostos war, wie der Name verrät, Grieche. Erst mit seinem Nachfolger Alexis hatte erstmals ein Russe dieses Amt inne.

russische Volk" zu beten sowie darum, dass der Herrgott Frieden auf ukrainischem Boden walten lasse. Und in kaum verschleierter Form warnte er vor der von Kiew angestrebten Bindung an die EU und wandte sich – in Verdrehung der Tatsachen – gegen jene, die das "Heilige Russland" zerstören wollten, indem sie die Ukraine abtrennten. So verwundert es auch nicht, dass russisch-orthodoxe Geistliche „mit Kreuzen und im schwarzen Habit“² die Militäraktion auf der Krim begleiteten. Auch der umstrittene Hilfsgüterkonvoi trat in Moskau erst seine Reise an, nachdem jeder Lastzug von einem Popen gesegnet worden war, eine durch das Fernsehen wirkungsvoll verbreitete Szene. Und auch vor zehn Jahren bezog die russisch-orthodoxe Kirche deutliche Position gegen die Orangene Revolution, indem sie den moskauhörigen Wiktor Janukowitsch unterstützte, um – wenn auch vergeblich – die Präsidentschaftswahl des von einem Attentat gezeichneten westlich orientierten Juschtschenko zu verhindern. Damals kursierte ein Aufruf, in dem es heißt: „Wir wissen aus der Geschichte, dass Fürst Vladimir der Große das Angebot der Taufe nach römischem Ritus abgelehnt hat. Heute zwingen uns die orangenen Abgesandten in unserem orthodoxen Land eine aus dem Mittelalter stammende Sittenlosigkeit und geistige Leere auf. Ihre Idole sind homosexuelle Ehen, Pornographie, vom Satanskult inspirierte Musikfestivals.“³ Ähnliche Argumente waren auch in Reaktion auf die vom Westen verhängten Sanktionen vom Moskauer Patriarchat zu vernehmen.

„Wo Russen leben, da ist Russland“

Jerzy Bahr, ehemaliger polnischer Botschafter in Moskau, berichtet folgende Begebenheit bei einem Krakauer Zusammentreffen mit russischen Generälen: „Während des Abendessens sagte einer von ihnen: ‚Wilnius, staryj russkij gorod‘ (Vilnius, altes russische Stadt). Beklemmende Stille, bis endlich einer fragte: ‚Warum?‘ Der General erläuterte gutherzig: ‚Weil dort mein Großvater geboren wurde‘. Ich konnte nicht an mich halten und warf ein: ‚Da haben aber die Amerikaner Glück, dass Ihr Großvater nicht in New York zur Welt kam.‘“⁴

Es ist diese Logik, die Putin als Rechtfertigung für die Annexion der Krim sowie für den gegenwärtigen Versuch dient, mit kriegerischer Gewalt die Ostukraine für Russland zu gewinnen. Durch ihre Jahrhunderte lange Russifizierung ist sie stark russisch geprägt. Der russische Bevölkerungsanteil der Gebiete von Lugansk und Donezk, der beiden Hochburgen der sogenannte „prorussischen Separatisten“, liegt bei nahezu 40%. Die russische Sprache ist dort vorherrschend, und das nicht nur im alltäglichen Umgang, sondern ebenso in den Medien, ja selbst im Staatsapparat. Für Putin Grund genug, die Ostukraine zu beanspruchen.

² Die Kirchenkämpfer. Interview mit dem Lemberger Jesuitenprovinzial David Nazar, DIE ZEIT 13/2014 v. 30. März 2014.

³ Adam Szostkiewicz, Ikona z Wiktorem (Ikone mit Viktor), Polityka, 05.02.2005, S. 45.

⁴ Czy Polak może zrozumieć Rosję (Kann ein Polen Russland verstehen). Interview mit Jerzy Bahr, Tygodnik Powszechny 32/2014, 10.08.2014

Die erschreckende Logik, mit der Putin seine Expansionspläne in die Tat umsetzt, wecken Ängste, zumal bei den Balten und Polen. Wann immer sie diese in der Vergangenheit geäußert haben, hat man ihnen im Westen Russenphobie und Paranoia vorgeworfen. Nun zeigt sich, wie sehr sie Recht hatten und Recht haben. Weil man im Westen mit Putins rigorosem Vorgehen nicht gerechnet hat, ist man durch die Ereignisse überrumpelt worden und weiß nun offenbar nicht, auf die Geschehnisse wirkungsvoll zu reagieren. Die Annexion der Krim wird zwar verbal verurteilt, faktisch aber akzeptiert. Die Kiewer Führung wurde lange zur Zurückhaltung gedrängt, was nicht wenig zur Stärkung der „Separatisten“ in der Ostukraine beigetragen hat. Wie wird sich der Westen verhalten, wenn es Putin letztlich gelingen sollte, die Ostukraine für sich zu gewinnen? Wenn er seine Operationen auf die Südukraine ausdehnt, um eine Landbrücke zu dem faktisch bereits russischen Transnistrien zu schaffen und Moldawien vollends zu destabilisieren? Wenn er darüber hinaus noch weitere Pläne verfolgt? Wird es lediglich bei der Verhängung von wechselseitigen Sanktionen, ergebnislosen diplomatischen Bemühungen und wirkungslosen Telefonaten von Obama und Merkel mit dem Kremlchef bleiben? Welche Optionen stehen dem Westen noch nach der Erfolglosigkeit der bisherigen Strategie zur Verfügung? Wie kann man Putin Einhalt gebieten, ohne einen weiteren verheerenden Weltkrieg zu riskieren?

Polens Ukrainepolitik – gute Nachbarschaft statt Expansionismus

Dass Polen die Unabhängigkeit seines östlichen Nachbarstaates unmittelbar nach dem ukrainischen Referendum vom Dezember 1991 anerkannt hat, und dies als erster Staat überhaupt, ist angesichts der historischen Belastungen der wechselseitigen Beziehungen alles andere als selbstverständlich. Ohne auf den weit in die Geschichte zurückreichenden polnisch-ukrainischen Antagonismus einzugehen, sei lediglich an einige Fakten der jüngeren Vergangenheit erinnert: So an den 11. Juni 1943, den „Blutsonntag“, an dem der militärische Arm (UPA) der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in Wolhynien an die hundert Ortschaften niederbrannte und ihre polnischen Bewohner ermordete. Und dies war nur der Höhepunkt einer ethnischen Säuberung, der in jenen Jahren in der Westukraine schätzungsweise 120.000 Polen zum Opfer fielen.

Eine weitere Belastung des polnisch-ukrainischen Verhältnisses ist die sogenannte „Repatriierung“ als Folge der Westverschiebung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu der bereits im sowjetischen Besitz befindlichen Ostukraine hatte Moskau auch die bis dahin polnische Westukraine seinem Herrschaftsbereich einverleibt und Millionen Polen bei breiter Zustimmung der ukrainischen Bevölkerung gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen.

Unter diesen Gegebenheiten waren freundschaftliche Gefühle seitens der Polen gegenüber ihren östlichen Nachbarn nicht zu erwarten. Zudem hielten die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Ukrainern noch Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges an. Es dauerte bis 1950 ehe die im Südosten Polens operierende UPA endgültig zerschlagen wurde. Um ihr den Boden zu entziehen, hatte die

kommunistische Regierung der Volksrepublik Polen 1947 mit der Aktion „Weichsel“ damit begonnen, die im Osten und Südosten Polens lebende ukrainische Bevölkerung zu vertreiben und verstreut in den Oder-Neiße-Gebieten anzusiedeln – gleichfalls eine Belastung der polnisch-ukrainischen Beziehungen.

Dass angesichts dieser belastenden Hypothek nach 1989 Polens demokratische Regierungen im Gegensatz zu Moskau eine ukrainefreundliche Politik verfolgten und weiterhin verfolgen, ist in erster Linie Jerzy Giedroyc (1906- 2000), dem legendären Gründer der Pariser „Kultura“, zu verdanken. Weitsichtig hatte er bereits in den 1970er Jahren auf eine Überwindung der Jalta Ordnung hingearbeitet und unter dem Aspekt einer Einigung Europas sowohl die Aussöhnung mit der Ukraine als auch ihre künftige Unabhängigkeit angestrebt. 1977 gelang es ihm, namhafte ostmitteleuropäische Emigranten, darunter auch einige Russen, für eine gemeinsame Erklärung zu gewinnen, in der es u. a. heißt: „Es gibt keine wirklich freien Polen, Tschechen oder Ungarn ohne freie Ukrainer, Weißrussen oder Litauer.“⁵ Zudem finden sich in diesem Text Äußerungen zum russischen Imperialismus, der seine Überwindung durch eine Liquidierung des kommunistischen Regimes sowie des sowjetischen Kolonialismus erfordere. Mit seiner Initiative hatte Giedroyc eine Debatte in Gang gesetzt, die wegen des Verzichts auf die Westukraine zur Londoner Exilregierung im Widerspruch stand, die unbeirrt an ihrer Zugehörigkeit zu Polen festhielt. Entsprechend wurde er damals von nationalistischen polnischen Kreisen geradezu des Verrats bezichtigt. Doch bei der Mehrheit der polnischen Oppositionellen fanden seine Gedanken ein positives Echo und bildeten in den 1980er Jahren die Grundlage für die Ostpolitik der „Solidarność“. Man hatte schnell begriffen, dass eine unabhängige, demokratisch stabile und westlich orientierte Ukraine der polnischen Staatsräson entsprach, würde doch dadurch die russische Einflussphäre von Polens Ostgrenze weitgehend fern gehalten. Entsprechend machte sich denn auch Polen gegen manche westliche Vorbehalte und Bedenken zum entschiedenen Anwalt der Ukraine im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses.

Anders als die polnische Politik setzt Putin alles daran, die Westorientierung der Ukraine zu verhindern sowie ihren territorialen Bestand und ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Letztlich dürften seine Absichten darauf hinauslaufen, die Ukraine gänzlich russischer Herrschaft zu unterstellen, um auf diese Weise dem „historischen Auftrag“ gerecht zu werden und Russlands imperialen Anspruch zu unterstreichen. Damit gewinnt der seinerzeit in der Pariser „Kultura“ veröffentlichte Aufruf neue Aktualität. Die scharfen Reaktionen in der polnischen und baltischen Öffentlichkeit auf Putins Aggression zeigen, dass man in diesen Ländern durch die gegenwärtige Besorgnis erregende Entwicklung die eigene Freiheit bedroht sieht. Dies verdeutlicht den Ernst der Lage, der – wie es scheint – in seiner ganzen Tragweite von der Europäischen Union wie von der NATO noch kaum hinreichend begriffen wird.

⁵ Jerzy Giedroyc et cetera, Deklaracja w sprawie ukraińskiej (Deklaration zur Ukrainefrage), Kultura 5/1977. Hier zitiert nach Weronika Priesmeyer-Tkocz, Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration, Dissertation 2010, www. Diss.fu-berlin.de, S. 126.

Zbigniew Wilkiewicz

Historisch-politische Bildung, Opferkonkurrenzen und dialogisches Erinnern Beispiele deutsch-polnischer Erinnerungsarbeit

Opferkonkurrenzen und „Holocaustisierung“

Erinnerungskonkurrenzen sind sowohl in der historischen Forschung als auch bei der Vermittlung historisch-politischer Entwicklungen eine selbstverständliche Erscheinung. Sie ergeben sich aus der einfachen Tatsache, dass Erinnern ein individueller Vorgang ist, der eine jeweils subjektive Wahrnehmung und Beurteilung von historisch-politischen Ereignissen und Entwicklungen voraussetzt. Opferkonkurrenzen haben in diesem Kontext sowohl einen qualitativen als auch einen quantitativen Aspekt. Es geht dabei nicht nur um die „richtige“ Erinnerung, also um einen auch idealtypisch kaum einlösbaren objektivierten historischen Wahrheitsanspruch, sondern ebenfalls um die Formulierung und Durchsetzung der jeweils eigenen Sichtweise und Interpretation von Geschehenem.

Dass Erinnern nicht als ausschließlich auf ein Individuum reduzierter kognitiver Vorgang verstanden wird, sondern dass es auch ein kollektives nationales oder auch transnationales Erinnern gibt, scheint uns allerdings auch evident. Das gemeinsame Gedächtnis beruht dabei auf gemeinsamen Riten, Symbolen und Geschichten, an denen man teilnimmt und die man sich gegenseitig erzählt.¹

Im Zusammenhang mit Opferkonkurrenzen spielen die entsprechenden Opferzahlen als Argument für Schuldzuweisungen und eventuelle Entschädigungsansprüche eine wichtige Rolle. Dabei können sich die Gewichtungen analog zu den Mäandern des nationalen bzw. transnationalen historisch-politischen Mainstreams, im Ergebnis neuer historischer Erkenntnisse oder aber durchgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen merklich verändern. Einst als unerschütterliche Gewissheiten geltende „Fakten“, Interpretationen und Rollenzuweisungen werden ernsthaft in Frage gestellt und auf ihre Stichhaltigkeit geprüft. Betrachtet man das Epochenjahr 1989, so lässt sich sicherlich feststellen, dass es zu einer spürbaren Veränderung innerhalb der europäischen Erinnerungskulturen gekommen ist, die in erster Linie der Demokratisierung des einstigen Ostblocks geschuldet war. Die unterschiedliche Beurteilung der Nazi-Diktatur und des Stalinismus sowie der Shoah in West- und Osteuropa ist hierfür ein beredtes Zeugnis. Dass es in diesem Zusammenhang im Kontext nichtjüdischer, dem Nationalsozialismus und Stalinismus geschuldeter Opfergruppen (Deutsche und Vertreibungsdebatte, Ukrainer und „Hungerholocaust“, Letten und sowjetische Deportationen) zu Versuchen gekommen ist, sie durch „Holocaustisierung“ mit den Opfern der Shoah zu vergleichen bzw. gleichzusetzen, führt(e) bekanntlich zu heftigen Auseinandersetzungen.

¹ Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München 2013, S.17

Selbstviktimsierung und Erinnerungskonkurrenz

Während die Einzigartigkeit des Genozids an den Juden in Westeuropa jedoch nicht verhandelbar ist, klagen die „vergessenen Opfer“ der Vertreibung und des Stalinismus nach 1989 eine stärkere Berücksichtigung ihrer Opferrolle ein. Dieses Anerkennen fällt dann besonders schwer, wenn – wie im Falle der durch den deutschen BDV entfachten Vertreibungsdiskussion und des Streits um ein Zentrum gegen Vertreibungen – kausale Zusammenhänge und historische Kontexte außer Kraft gesetzt werden.² Oder, wenn Angehörige klassischer „Opfernationen“ in kleinerem oder größerem Umfang gleichzeitig als Mittäter oder Täter an dem von den deutschen Nationalsozialisten geplanten und umgesetzten Genozid an den europäischen Juden beteiligt waren.³ Bei pauschaler kollektiver Wahrnehmung sind Angehörige dieser Nationen dann sowohl Opfer als auch Täter zweier totalitärer Besatzungssysteme, was ihnen besonders nach 1989 vorgetragenen Anspruch auf „Selbstviktimsierung“ in den Augen zahlreicher Westeuropäer erheblich schmälert.

Umgekehrt weist das nach 1945 allgemein feststellbare Bestreben der meisten westlichen Staatsführungen, aber auch der ausgesprochenen „Täternation“ Deutschland, ihren Anteil an der aktiven Unterstützung des Naziregimes und die unterschiedlichsten Formen der Kollaboration vergessen zu machen und aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen, ebenfalls eine eindeutige Tendenz zur Selbstviktimsierung auf.⁴ Diese Tendenz wurde im Kontext der von Erika Steinbach entfachten Vertreibungsdebatte in Deutschland spürbar verstärkt, sorgte für beachtliche Irritationen, hält angesichts weiterhin bestehender und gepflegter Opfer- und Täterkonkurrenzen im deutsch-polnischen Kontext jedoch an. Ein aktuelles Beispiel liefert in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung um den mit großem Erfolg im Frühjahr 2013 vom ZDF ausgestrahlten Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“, in dem Angehörige der polnischen Untergrundarmee (Armia Krajowa) pauschal und undifferenziert als extrem antisemitisch dargestellt werden. Diese Geschichtsklitterung und Externalisierung deutscher Schuld rief nicht nur zahlreiche polnische Proteste hervor, sondern beschädigte die Dialogpolitik der Regierung Tusk in der Tat empfindlich.⁵

Europäische Erinnerungstage: 27. Januar versus 23. August, Nazismus versus Stalinismus

Unabhängig davon bemüht sich die EU um die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur. Auf europäischer Ebene gelang dies zweifelsohne durch das im Jahre 2000 in Stockholm vereinbarte und institutionalisierte Holocaust-

² Arbeitskreis Geschichtspolitische Intervention (Hg.): Jenseits von Steinbach. Zur Kontroverse um ein Vertreibungszentrum im Kontext des deutschen Opferdiskurses. Berlin 2010. Hier besonders: Eva Hahn: Über die Holocaustisierung des Vertreibungsdiskurses, S. 11-14

³ Wir brauchen keine Opferkonkurrenz. Interview mit Salomon Korn. In: taz, 06.05.2004; das Interview bezieht sich auf die umstrittene Rede der lettischen EU-Beauftragten Sandra Kalniete in Leipzig, die sowjetische und Naziverbrechen auf eine Ebene gestellt hatte

⁴ Arnd Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945. Paderborn, München, Wien 2012

⁵ Assmann, Das neue Unbehagen, S. 198; Konrad Schuller: Sie schonen sich nicht. Polen debattiert „Unsere Mütter, unsere Väter“. In: FAZ, 22. 6. 2013, S. 38

Gedenken (27. Januar), zumal es im Lauf der letzten Jahre fast überall in Europa zu einem integralen Bestandteil des eigenen nationalen Gedenkens geworden ist und einen transnationalen Stellenwert annahm.⁶ Seit 2005 gehört der Eintritt in die Holocaust-Erinnerungsgemeinschaft einschließlich der Einführung des neuen Gedenktages zu den Beitrittsauflagen der EU. Da sich die Vereinten Nationen im selben Jahr dieser Initiative anschlossen, haben wir es mittlerweile nicht nur mit einer europäischen, sondern mit einer globalen Erinnerungsgemeinschaft zu tun.⁷ Komplizierter gestaltet sich allerdings die Frage, ob der 23. August 1939, der Tag an dem der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, zu einem allgemein anerkannten europäischen Gedenktag werden sollte. Immerhin fasste das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit am 02. 04. 2009 den Beschluss, den 23. August zu einem europaweiten Gedenktag zu erklären. Dabei wurde hervorgehoben, dass „das Verständnis für das zweifache diktatorische Erbe“ in Europa gefördert werden müsse und die Demokratisierung des Kontinents im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses eine Reaktion auf diese Erfahrungen sei.⁸ In der Begründung des Ausrufs des EP vom 23. 09. 2008 wurde überdies explizit auf ähnliche Verbrechen beider totalitärer Systeme (Verschleppung, Mord, Versklavung) abgehoben und auf die Teilung Europas zwischen den beiden Verbündeten, UdSSR und 3. Reich, hingewiesen. Die Einführung dieses Gedenktages wurde damit begründet, dass in Europa die Auswirkungen und die Bedeutung der Sowjetzeit sowie der Okkupation auf und für die Bürger der postkommunistischen Länder zu wenig bekannt seien.⁹ Während des 23. Augusts in einigen europäischen Staaten (Schweden, baltische Staaten, Polen, Bulgarien, Kroatien, Ungarn und Slowenien) inzwischen gedacht wird, gibt es in Deutschland, vor dem Hintergrund der kontrovers diskutierten Totalitarismustheorie und des Historikerstreits, ein lebhaftes Pro und Contra – besonders im Internet – sowie eine Historikerdebatte, in der die Befürchtung geäußert wird, dass es anlässlich dieses Gedenktags zu einer undifferenzierten Gleichsetzung beider totalitärer Systeme und ihrer terroristischen Besatzungssysteme kommen könnte.¹⁰ Dies stößt in Ostmitteleuropa, besonders in Polen, allerdings auf wenig Verständnis, da das Land im September 1939 fast gleichzeitig zum Opfer der Aggression und Okkupation des 3. Reichs und der UdSSR wurde. Die gegenüber der ethnischen polnischen Bevölkerung verfolgten Ziele – Ausschaltung der polnischen Elite und Zwangsumsiedlung polnischer

⁶ Gabriele Lesser: Was wissen Sie über Auschwitz? Umfragen zeigen: Im Nachbarland schwinden die Vorbehalte gegenüber Juden. In: Jüdische Allgemeine, 28. 01. 2010, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/4983>, 06.01.2014

⁷ Aleida Assmann: Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns. In: Volksbund Forum (Hg.): Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen. Kassel 2012, S. 127-154, S.134-135

⁸ Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus. In: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP/T, 23. 09. 2008>

⁹ 23. August. Einrichtung als Gedenktag: Ergebnis der neuen Betrachtung europäischer Geschichte. In: <http://www.demokratiezentrum.org/bildung-alt/gedenktaege/23aug>, 06.01.2014

¹⁰ DIE FREIHEIT, Landesverband Berlin: Gegen Opferhierarchien – Europäischer Gedenktag am Freitag, den 23. August. In: <http://www.pi-news.net/2013/08/gedenktag-stalinistischer-national>

Wolfgang Benz: NS-Zeit und Stalinismus. Ums Gedächtnis streiten. In: <http://www.tagesspiegel.de/wissen/ns-zeit-und-stalinismus-ums-gedenken-streiten/7814060.html>, 21. 02.2013

Heinrich Olschowsky: Was bringt die Zukunft? Debatten und Diskussionen über die Perspektiven unserer Zukunft. In: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hitler-stalin-pakt-der-weisse-fleck>, 18.08.2013

Niemcy: Pakt Ribbentrop-Molotow to ważny element europejskiej pamięci. In: <http://swiat.newsweek.pl/niemcy--pakt-ribbentrop-molotow-to-wazny>, 18.08.2013

Bevölkerung, um durch ethnische Säuberungen bevölkerungspolitisch endgültige Fakten zu schaffen – weisen dabei weitreichende Affinitäten auf. Während der im September 1939 in Polen einsetzende Vernichtungskrieg des 3. Reichs in der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung aber zunehmend aufgearbeitet wird, gibt es im Hinblick auf die sowjetische Besatzung Ostpolens und die in diesem Kontext begangenen Kriegsverbrechen noch eine Vielzahl weißer Flecken. In diesem Kontext sei nur an die seit Jahrzehnten währende Debatte um das Massaker von Katyń erinnert, das von einigen polnischen Forschern als Genozid eingestuft wird.¹¹ Die auf obersten Befehl vom sowjetischen Geheimdienst im Jahre 1940 vollzogene Ermordung von fast 22.000 Angehörigen der polnischen Führungselite, die zuvor in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren, sorgte bekanntlich schon während des 2. Weltkriegs für eine erhitzte Propagandaschlacht um die Täterschaft, die Goebbels vergeblich dazu benutzte, einen Keil zwischen die Westalliierten und die Sowjets zu treiben. Auch während des Kalten Krieges hielt diese Propagandaschlacht noch lange an und teilte die politischen Lager in ganz Europa. Dabei hatte die polnische Exilregierung in London bereits im Jahre 1945 eine Dokumentation herausgegeben, aus der ziemlich eindeutig geschlossen werden konnte, dass nicht die nazideutsche, sondern die sowjetische Führung für dieses kaltblütig und brutal durchgeführte Verbrechen verantwortlich war. Bis heute hält die kontrovers geführte Diskussion zwischen Russland und Polen an, ob Katyń als Völkermord einzustufen sei oder ob es sich „nur“ um ein Kriegsverbrechen handele.¹²

Unabhängig davon kam es aber im Kontext mit dem in Polen seit 2000 geführten Disput über das Massaker von Jedwabne zu einer Abkehr von dem vor allem im real existierenden Sozialismus gepflegten idealisierten Mythos von der ausschließlich widerständigen Opfertation. Auch die in nationalen Kreisen und im Exil gepflegte Meisterzählung über die Bedeutung der „Armia Krajowa“, die Heroisierung des Warschauer Aufstands (August 1944) und die aufopferungsvolle, aber nicht zielführende Kriegsbeteiligung polnischer Truppen auf Seite der Westalliierten erfuhr in der historischen Forschung eine Relativierung. So gibt es auch in Polen hinsichtlich des 2. Weltkriegs eine geteilte Erinnerung und Gedächtniskultur. Es genügt, das Konzept des 2006 eingeweihten Warschauer Aufstandsmuseums mit dem des jüngst entstandenen Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig zu vergleichen, um sich von der Zielsetzung einer nationalen bzw. universellen Opferdarstellung ein Bild zu machen.¹³ In diesem Kontext ist erwähnenswert, dass konservative polnische Politiker im Sommer 2013 ankündigten, bei einem Machtwechsel die Konzeption des Danziger Museums verändern zu wollen, da die polnische Perspektive darin vernachlässigt

¹¹ Prof. Chodakiewicz elaborates on the genocidal character of the Katyn Massacre. In: Glaukopis, 23-24 (2011-2012), S. 332-336; www.iwp.edu/.../prof-chodakiewicz-on-the-genocidal/; Gabriele Lesser: Das Gedenken von Russen und Polen in Katyn ist nur ein Anfang. Aussöhnung auf Raten. In: taz, 08.04.2010; <http://www.taz.de/!50775/>

¹² Anna Kaminsky(Hg.): Erinnerungsorte für die Opfer von Katyń. Leipzig 2013

¹³ Pawel Machcewicz, Piotr Majewski: Das Museum des Zweiten Weltkriegs – wie man einem Ort verschiedene europäische Erinnerungen zeigt. In: Arbeitskreis Geschichtspolitische Intervention, S. 16-17

werde.¹⁴ Ähnliches gilt für den zum Teil erbittert geführten und politisch aufgeladenen Disput über die Ursache des Flugzeugabsturzes in Smolensk, durch den das Thema Katyń gleichsam auf der Tagesordnung bleibt.¹⁵

Dialogische Erinnerung in der historisch-politischen Bildung

Vergegenwärtigt man sich, dass heute nicht so sehr der Held, sondern das Opfer im Zentrum unserer (deutschen/polnischen/europäischen) Geschichtskultur steht, so scheint es angemessen zu sein, mit Martin Sabrow zwischen zwei Opfertypen zu unterscheiden: dem tragischen Opfer-Held (Märtyrer), der ein selbstbestimmtes Opfer (*sacrificium*) bringt, und dem passiven Opfer (*victim*) im Sinne eines nicht selbst verschuldeten Leidens.¹⁶ Der Vorschlag Assmanns, noch eine dritte Kategorie von Opfern zu benennen, die im nationalen und europäischen Diskurs zusehends an Bedeutung gewinnt, scheint für die historisch-politische Bildung zielführend und operationabel zu sein und soll hier deshalb aufgegriffen werden: Neben Opferhelden und Leidensopfern verweist Assmann nämlich auf die Opfer der eigenen Verbrechen, also die empathisch anerkannten Opfer.¹⁷ Im Unterschied zu fest stehenden, häufig wiederholten nationalen Opfernarrativen, die der Festigung von Identität dienen, bietet die Erarbeitung empathisch nachvollzogener Opfernarrative die Möglichkeit, durch Perspektivwechsel das eigene exklusive Rollenverständnis in Frage zu stellen. Eine Chance für die nachgeborenen Angehörigen klassischer „Opfer- und Täternationen“ tradierte Rollen und Haltungen in Frage zu stellen und den eigenen Gedächtnisrahmen zu erweitern. Auf diese Weise könne man von dem manichäischen Entweder- oder zu einem Dialog und gegenseitiges Verständnis fördernden Sowohl-als-auch gelangen.¹⁸ Dies entspricht durchaus auch der Einschätzung von Bernd Faulenbach, der am Beispiel der Diskussionen der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen zum Ergebnis kommt, dass es in allen drei Nationen zu einer Pluralisierung der Diskussionen und einen Kampf der Erinnerungen gekommen sei. Dabei handele es sich zwar um explizit nationale Prozesse, aber gleichzeitig nehme man heute zur Kenntnis, was (und wie) in anderen Ländern erinnert werde.¹⁹ Im Kontext mit der umstrittenen Gewichtung der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen hatte Faulenbach als Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen (1992-1998) bereits Anfang der 1990er Jahre zwei Sätze formuliert, die es zumindest erleichtern sollten, die weiterhin bestehende Erinnerungskonkurrenz

¹⁴ Dyrektor Muzeum II Wojny Światowej: Zapowiedzi PiS niepokoją. In: <http://polska.newsweek.pl/dyrektor-muzeum-ii-wojny-swiatowej>, 02.07.2013

¹⁵ Dass das Katyń-Syndrom in der polnischen Gesellschaft weiter lebt und sie bisweilen spaltet, beweist die bis dato anhaltende, zum Teil skurrile Diskussion um die Ursache der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010, bei der der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński im Zusammenhang mit einer in Katyń geplanten Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestags des Massakers mitsamt einer aus 96 Personen bestehenden hochkarätigen Delegation polnischer Würdenträger ums Leben kam. Die Diskussion um die Hintergründe dieser Katastrophe polarisiert noch immer Teile der polnischen Gesellschaft und wird immer wieder instrumentalisiert, um den politischen Gegner zu verunglimpfen.

¹⁶ Martin Sabrow: Held und Opfer. Zum Strukturwandel deutscher Vergangenheitsverständnis im 20. Jahrhundert. In: Ulrike Jureit u.a. (Hg.): Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust. F/M 2012, S. 46

¹⁷ Assmann, Das neue Unbehagen, S. 146

¹⁸ *Ibid.*, S. 151

¹⁹ Bernd Faulenbach: Einführende Überlegungen zu den Erinnerungskulturen in Frankreich, Deutschland und Polen. In: Volksbund Forum (Hg.), S. 17-42, S. 41

zwischen Holocaust und Stalinismus in Deutschland und vielleicht auch zu in Europa zu überwinden:

1. Die Erinnerung an den Stalinismus darf die Erinnerung an den Holocaust nicht relativieren.
2. Die Erinnerung an den Holocaust darf die Erinnerung an den Stalinismus nicht trivialisieren.²⁰

Gerade im Kontext internationaler Begegnungsseminare, in denen auf drei Ebenen – Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft – der europäische Integrationsprozess rekonstruiert wird, wobei die Frage, ob die Europäer aus ihrer jüngsten Geschichte gelernt haben, den allgegenwärtigen Hintergrund bildet, spielt ein adäquater Umgang mit der jeweiligen nationalen, aber auch europäischen Geschichte eine wichtige Rolle. Die Frage, wie aus Feinden Freunde werden können, bleibt dabei durchgehend aktuell, denn es gibt keine Garantie dafür, dass der einmal erreichte, relativ hohe Grad an Freiheit und Frieden in Gesamteuropa erhalten bleibt. Die aktuelle Wirtschafts- und Systemkrise der Europäischen Union mit spürbaren Renationalisierungstendenzen und überwunden geglaubten nationalen Stereotypisierungen verdeutlicht, dass eine aktive, auf Freiheit und Frieden zielende Europapolitik unverzichtbar ist. Unabhängig davon bilden die deutsch-französische sowie die deutsch-polnische Verständigung und Aussöhnung empirisch nachvollziehbare, auf positiven Werten beruhende Entwicklungen. Hier handelt es sich sicherlich um eine Erfolgsgeschichte, die aber an ihre mit Kriegen, Völkermord und Totalitarismus verbundene Genese gebunden bleibt. Insofern ist an der Zukunft orientierte europäische Bildungsarbeit auch immer historisch-politische Bildung, die einer dialogischen Form des Erinnerns bedarf, um zentrale Erinnerungsorte der europäischen Nachbarn wahrzunehmen und etablierte (nationale) Erinnerungs- und Opfergewissheiten zu hinterfragen:

„Es ist diese Art des Erinnerns, die sich nicht nur auf das eigene Heldentum und das eigene Leiden beschränkt, sondern gerade auch das eigene (Mit)Verschulden des fremden Leidens mit einschließt, die eine negative Geschichte in positive und zukunftsweisende Werte verwandelt.“²¹

Opferkonkurrenzen und Ansätze dialogischen Erinnerns in deutsch-polnischen Begegnungsseminaren im GESW

In mehreren im GESW mit Jugendlichen und erwachsenen Multiplikatoren durchgeführten deutsch-polnischen Seminaren wurden in den letzten Jahren ausgewählte Erinnerungsorte intensiv behandelt. Im Fokus unserer Seminararbeit standen dabei drei zentrale deutsch-polnische Erinnerungsorte: Warschauer Ghetto-Aufstand (1943), Warschauer Aufstand (1944), Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstands (1970). Dabei stand die Seminarleitung vor der

²⁰ Bernd Faulenbach: Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis. Köln 1993, S. 190

²¹ Assmann: Das gespaltene Gedächtnis, S.154

Schwierigkeit, dass die Voraussetzung für ein dialogisches Erinnern ein Basiswissen um zentrale Erinnerungsorte der/des Nachbarn bildet. Da dieses Wissen aber weder an Schulen und Universitäten noch in den Medien beider Länder hinreichend vermittelt wird, muss es während des Seminars dialogisch erarbeitet bzw. abgerufen werden.²² Alleine schon deshalb, weil die monologische Vermittlung von historischen Zusammenhängen bei vielen – besonders jugendlichen Teilnehmenden (TN) – auf Widerstände stößt. Sie wird als langweilig und unergiebig empfunden. Kompliziert wird die Arbeit zudem durch die Tatsache, dass wir es bei internationalen Seminaren immer mit mehreren Perspektiven zu tun haben, mit einem jeweiligen nationalen Erinnerungskanon, der einen mehr oder minder gefestigten Platz hat. Dem sollte – dialogisch – Rechnung getragen werden, allerdings auch unter dem Aspekt, ob sich die nationalen Perspektiven und Erinnerungsorte erweitern lassen, etwa in Richtung eines gemeinsamen binationalen oder europäischen Gedenkens.²³ Mit den TN wurde vor der Arbeitsgruppenphase im Hinblick auf die drei Erinnerungsorte folgende Schwerpunkte erarbeitet und diskutiert.

Wahrnehmung des Warschauer Ghetto-Aufstands

Der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal für die Aufständischen des Warschauer Ghettos sorgte in Deutschland seit den 1970er Jahren nicht nur für sehr kontrovers geführte politische Debatten, sondern war auch Auslöser für eine deutlichere und differenziertere Wahrnehmung der jüdischen Opfer des von Deutschen verübten Genozids am europäischen Judentum. Die aufständischen Juden des Warschauer Ghettos wurden in diesem speziellen Fall nicht nur als wehrlose Opfer, sondern auch als Märtyrer, die durch ihren Widerstand und Kampf ein wichtiges Zeichen für den Überlebenswillen ihres Volkes setzten, wahrgenommen. Die wissenschaftliche, publizistische und mediale Auseinandersetzung mit diesem Ereignis nahm in den Folgejahren in Deutschland breiten Raum ein. Dies gilt auch für Polen, wo es besonders nach 1989 zu wichtigen Bucheditionen polnischer und jüdischer Zeitzeugen kam. Nicht zuletzt der von Roman Polanski gedrehte und 2005 in die Kinos gekommene Film „Der Pianist“ spielte hierbei – auch international betrachtet – eine wichtige Rolle. Inzwischen scheint der Warschauer Ghettoaufstand sowohl in der deutschen als auch polnischen Gedächtniskultur fest verankert zu sein.

Wahrnehmung des Warschauer Aufstands

Die von der Wehrmacht und den Sonderkommandos begangenen Verbrechen an polnischen, nicht jüdischen Zivilisten, mit denen am 1. September 1939 der Vernichtungskrieg eingeleitet wurde, sind nur in Ansätzen Bestandteile deutschen Erinnerns. Dies gilt ganz explizit für die im besetzten Polen betriebene rassistische

²² Dabei erweisen sich die vom DPJW in deutscher und polnischer Sprache veröffentlichten und von Jerzy Kochanowski und Beata Kosmala herausgegebenen Bände „Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg“ Potsdam/Warschau (2013) als sehr hilfreich.

²³ Zbigniew Wilkiewicz: Geschichtspolitik, Gedächtnisorte und europäische Erinnerung im deutsch-polnischen Kontext. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2011), S. 15-31, S. 26-27; ders.: Erinnerungskonkurrenzen im Rahmen historisch-politischer Bildung. Deutsch-polnische Kontexte. In: Außerschulische Bildung, 2 (2014), S.124-132

Besatzungs- und Verdrängungspolitik sowie den im Generalgouvernement herrschenden Terror, dem nicht nur Juden, sondern auch weite Teile der polnischen Bevölkerung ausgesetzt waren. Wenig bekannt sind der gegen den Naziterror gerichtete polnische Widerstand, der Warschauer Aufstand von 1944 sowie die im diesem Zusammenhang begangenen deutschen Kriegsverbrechen. Wenig bekannt sind zudem die Kooperation zwischen 3. Reich und der UdSSR beim Überfall auf Polen sowie die Zielsetzungen beider Okkupanten im Hinblick auf die Zukunft Polens und der Polen. Nur selten weiß man mit dem in Polen allgegenwärtigen Begriff Katyń etwas anzufangen.

Andererseits handelt es sich beim Warschauer Aufstand um einen polnischen Erinnerungsort, der im historischen Bewusstsein der Polen an prominenter Stelle codiert ist, einen wichtigen Bestandteil der offiziellen Meistererzählung bildet (Warschauer Aufstandsmuseum) und mit großem Aufwand gepflegt wird. Dabei spielt in der polnischen Erinnerung die Kooperation der beiden totalitären Verbündeten bei der Zerschlagung Polens eine prominente Rolle und hinsichtlich des Warschauer Aufstands die Tatsache, dass die Rote Armee am Weichselufer abwartete und die polnischen Aufständischen nicht unterstützte.

Wahrnehmung des Kniefalls Willy Brandts

Der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal der Aufständischen des Warschauer Ghettos im Jahre 1970 ist aufgrund seiner medialen Verbreitung mittlerweile Bestandteil offiziellen deutschen und polnischen Gedenkens. Das Schuldeingeständnis und die ostentative Reue des deutschen Bundeskanzlers, der als entschiedener Gegner des Nazi-Regimes an prominenter Stelle um Vergebung bat, lösten aber seiner Zeit unterschiedliche Reaktionen aus:

In Deutschland reagierte man bekanntlich kontrovers, es kam zu heftigen Debatten über die Ausrichtung der westdeutschen Ostpolitik, konservative Kreise warfen Brandt aufgrund der provisorischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze den Ausverkauf deutscher Interessen vor. Gleichzeitig gab es aber auch bei den deutschen Befürwortern der Ostpolitik und des politischen Wandels viel Zuspruch.

In Polen wurde die Geste Brandts mit Wohlwollen aufgenommen, allerdings entsprach sie in keiner Weise dem bis dato offiziell in der VR Polen propagierten Bild der BRD und den politischen Absichten der westdeutschen Führung. Es galt auf die Interessen der Führungsmacht UdSSR und des Bündnispartners DDR Rücksicht zu nehmen. Der spektakuläre Kniefall Brandts erfuhr in den Medien der VR Polen deshalb keine allzu weite Verbreitung. Allerdings wurden die BRD und die Westdeutschen im Zuge der nun zwischen der VR Polen und der BRD unterzeichneten Vertragswerke sehr viel differenzierter wahrgenommen.

Arbeitsauftrag und Arbeitsergebnisse

Die gemeinsame Erarbeitung erfolgte in gemischten deutsche-polnischen Arbeitsgruppen, die Ergebnisse ihrer Diskussionen wurden im Plenum präsentiert. Die

TN bekamen einen Arbeitsauftrag, der dem Umstand Rechnung trug, dass es unter Deutschen und Polen im Hinblick auf die drei Erinnerungsorte unterschiedliche Informationsstände und Bewertungen gibt. Mit Hilfe des Arbeitspapiers sollte überdies in Erfahrung gebracht werden, ob diese Erinnerungsorte in Schule und/oder Familie Gegenstand von gegenseitigen Informationen oder Gesprächen waren, und ob sie für die TN noch heute von Bedeutung sind. Schließlich wurde nach der Zukunft und Möglichkeit gemeinsamen Gedenkens gefragt.

Workshop: Deutsch-polnische Erinnerungsorte in Warschau

Die Geschichte der Orte

Informieren Sie sich mit Hilfe der vorliegenden Texte über den

1. jüdischen Aufstand im Warschauer Ghetto 1943
2. den Warschauer Aufstand von 1944
3. den Kniefall Willy Brandts 1970

Fassen Sie die Informationen in Stichworten zusammen.

Das Erinnern an die Orte

Diskutieren Sie in der Gruppe folgende Fragen:

1. Welche Bedeutung haben diese Orte und Ereignisse heute für Sie?
2. Wie wurden sie in der Schule behandelt und diskutiert?
3. Wurden sie in der Familie, von Freunden oder anderswo thematisiert?

Die Zukunft der Erinnerung

1. Welche Bedeutung messen Sie dem Erinnern an diese Orte und Ereignisse in der Zukunft zu?
2. Auf welche Art werden Menschen ihrer gedenken?
3. Wie kann ein gemeinsames Erinnern von Polen und Deutschen an diese Orte und Ereignisse stattfinden?

Anschließend bereiten Sie Ihre Ergebnisse in einer Präsentation auf (z.B. Plakat, Flipchart, Präsentationskärtchen) und stellen Sie den übrigen Gruppen im Plenum vor.

Gutes Gelingen! ☺

Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse

Die hier präsentierte Zusammenfassung der Ergebnisse aus den gemischten deutsch-polnischen Arbeitsgruppen folgt im Großen und Ganzen den oben gestellten Arbeitsaufträgen. Sie erfolgt auf Grundlage von insgesamt sechs deutsch-polnischen Begegnungsseminaren, wobei jeweils drei mit Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 und drei mit erwachsenen Multiplikatoren mit einem Altersdurchschnitt von etwa 45 Jahren berücksichtigt wurden. Der Altersunterschied erwies sich im Hinblick auf die grundsätzlichen Aussagen und Haltungen aller TN als unerheblich. Nach den lange

geführten Diskussionen gab es kaum Positionen, die substanziell von den unten dargestellten Grundaussagen abwichen.

Warschauer Ghetto-Aufstand: Ein gemeinsamer Erinnerungsort für Polen und Deutsche

Der Ghettoaufstand wurde von Polen und Deutschen recht unterschiedlich wahrgenommen. Während bei den polnischen TN die nationale (martyrologische) Opferperspektive relevant war, wobei der Warschauer Aufstand des Jahres 1944 eigentlicher Referenzort blieb, übernahmen die deutschen TN – als Nachkommen der einstigen Täter – nicht selten die jüdische Opferperspektive. Dies wurde als eine Folge der stärkeren Betroffenheit im Hinblick auf den Holocaust und die damit verbundene deutsche Verantwortung interpretiert.

Deutsche TN – als Nachkommen der einstigen deutschen Täter – vollziehen einen Perspektivwechsel und nehmen – in der Terminologie Assmanns – gegenüber den anerkannten jüdischen Opfern eine empathische Haltung ein. Immerhin ist der Holocaust in deutschen Schulen seit vielen Jahren wichtiger Bestandteil des Schulunterrichts und darüber hinaus fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. In den Aussagen der polnischen TN wurde deutlich, dass sie aufgrund historischer Kenntnisse und mündlicher Überlieferungen der Großelterngeneration in der Regel wissen, dass die Unterstützung der polnischen Untergrundarmee und der polnischen Bevölkerung für die Aufständischen des Ghettos bescheiden ausfiel und man sich auf polnischer Seite eher abwartend und passiv verhielt. Diese Haltung wurde bei der Präsentation von polnischen und deutschen TN mit der Furcht vor gravierenden Repressionen der nationalsozialistischen Besatzer sowie der schwierigen Versorgungslage der polnischen Untergrundarmee erklärt.

Der offenkundige Mangel an Solidarität mit dem kämpfenden Ghetto war zugleich Gegenstand kontrovers geführter Diskussionen. Für dieses Verhalten des überwiegenden Teils der polnischen Bevölkerung Warschaus wurde in Abhängigkeit vom Wissen über die Funktionsmechanismen nationalsozialistischer Besatzungspolitik und unabhängig von der Nationalität der TN mehr oder weniger Verständnis aufgebracht. Derweil gab es im Hinblick auf die Absichten und Aktivitäten deutscher Akteure und ihrer Unterstützer keine kontroversen Diskussionen, ihre Täterrolle stand eindeutig fest.

Der Erinnerungsort Ghetto-Aufstand bleibt für beide TN-Gruppen auch zukünftig wichtig, zumal es bei einigen TN bereits gemeinsame Erfahrungen gibt. Bei Austauschmaßnahmen wurde des Öfteren das Denkmal für die Aufständischen des Warschauer Ghettos aufgesucht und gemeinsam der jüdischen Opfer gedacht.

Warschauer Aufstand: Ein zutiefst polnischer Erinnerungsort

Die polnischen TN hoben in der Diskussion hervor, dass die nationale polnische Meistererzählung über den Warschauer Aufstand, der von der polnischen Exilregierung in London befohlen und von der „Armia Krajowa“ getragen wurde, in der VR Polen

weitgehend ausgeblendet blieb, zumal der Aufstand militärisch gegen die deutschen Besatzer, aber politisch gegen die Machtansprüche der Sowjetunion gerichtet gewesen sei. In der Volksrepublik Polen tabuisiert, habe es für diesen Aufstand demnach auch keinen offiziellen zentralen Erinnerungsort gegeben. Dieser sei erst 2006 mit dem Warschauer Aufstandsmuseum entstanden und institutionalisiert worden. Der brutal niedergeschlagene Aufstand wird bei unterschiedlicher Wertung als (heroischer und sinnvoller oder als tollkühner und sinnloser) Versuch gedeutet, sich von der deutschen Besatzung zu befreien und die sehr wahrscheinliche sowjetische Okkupation Polens zu verhindern, um so die staatliche Souveränität Polens zurückzugewinnen.

Im Verhältnis zu den polnischen Opfern des Warschauer Aufstands äußern deutsche TN Empathie gegenüber den polnischen Akteuren, allerdings spürbar weniger als gegenüber den jüdischen Opfern des Ghetto-Aufstands. Dies – so einige deutsche TN – habe sicherlich damit zu tun, dass man Polen im Vergleich mit Juden bisher in weitaus geringerem Maße als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen hat. Vielleicht hänge es aber auch damit zusammen, dass es sich bei dem Warschauer Aufstand um eine militärische Auseinandersetzung handelte, bei der es nicht wie beim Ghetto-Aufstand um die Alternative ging, sich wehrlos ermorden zu lassen oder mit der Waffe in der Hand um sein Leben zu kämpfen, sondern um die komplizierte, sehr riskante und umstrittene Umsetzung eines politischen Projekts, das die Unabhängigkeit einer zukünftigen polnischen Staatlichkeit garantieren sollte.

Aufgrund der Aussagen polnischer TN wurde zumeist deutlich, dass der Stellenwert der beiden Warschauer Aufstände und damit auch das Gedenken an jüdische und polnische Opfer des nationalsozialistischen Besatzungsregimes miteinander konkurrieren. Es herrschte eine stärkere Hervorhebung der eigenen, polnischen Heldenopferrolle vor. Gleichzeitig war man sich auf polnischer Seite durchaus der eindeutigen polnisch-jüdischen Opferhierarchie bewusst und unternahm keinerlei Versuche, die polnische Opfergruppe zu „holocaustisieren“. Allerdings wurde verstärkt auf die während des Aufstands begangenen Kriegsverbrechen der deutschen Truppen und ihrer Helfer hingewiesen.

Die Rolle der polnischen Akteure sowie die Bedeutung des nationalen Freiheitskampfes der Polen wurden von allen TN intensiv diskutiert. Den deutschen Besatzern sowie ihren Helfern wurde übereinstimmend und eindeutig die Täterrolle zugewiesen. Die abwartende Rolle der Roten Armee, die die polnischen Aufständischen nicht unterstützte, wurde von allen TN auf ihr rationales machtpolitisches Kalkül zurückgeführt, selten moralisierend verurteilt.

Für die polnischen TN handelt es sich beim Warschauer Aufstand um einen überaus wichtigen, zentralen Erinnerungsort, die deutschen TN nahmen ihn in der Regel zum ersten Mal wahr und äußerten sich hinsichtlich eines zukünftigen deutsch-polnischen Gedenkens zurückhaltend. Aber es kamen auch deutsche TN zu Wort, die gemeinsam mit polnischen Partnern das Warschauer Aufstandsmuseum besucht hatten. Dessen

martyrologische und den Aufstand bejahende Konzeption war sowohl unter polnischen TN als auch zwischen deutschen und polnischen TN Gegenstand kritischer Diskussionen.

Kniefall Willy Brandts: Ein Symbol für den Willen zur Versöhnung und das übergreifende Gedenken an die Shoah

Als besonders aufschlussreich erwiesen sich die Aussagen im Hinblick auf den dritten deutsch-polnischen Erinnerungsort in Warschau: Hier habe aus Sicht beider TN-Gruppen ein führender deutscher Politiker und entschiedener Nazigegner Verantwortung übernommen und seiner Empathie für die jüdischen Opfer Ausdruck gegeben.

Damit konterkarierte Brandt nach Überzeugung der TN das in der VR Polen verbreitete Stereotyp des brutalen, revanchistischen und revisionistischen Westdeutschen und setzte nicht nur in Polen einen Prozess veränderter Wahrnehmung gegenüber den Westdeutschen in Gang. Die auf Versöhnung zielende Geste Brandts wurde deshalb von deutschen und polnischen TN als signifikantes Zeichen interpretiert, um einen schwierigen, aber notwendigen Dialog in Gang zu setzen.

Für die deutschen TN handelte es sich bei dem Kniefall Willy Brandts um einen zentralen, positiv besetzten deutsch-polnischen Erinnerungsort, da der deutsche Protagonist hier nicht als Täter, sondern als reuiger empathischer Akteur auftrat, der um einen Wandel der deutsch-polnischen Beziehungen bemüht war. Zusätzlich betonte man, dass es sich bei Brandt in ganz expliziter Form um einen Vertreter des anderen, widerständigen Deutschlands handelte, der fast selbst zum Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde.

Dieser Erinnerungsort – immerhin gibt es in unmittelbarer Nähe des Ghetto-Denkmal seit einiger Zeit auch eine Gedenktafel, die an den spektakulären Kniefall Brandts erinnert – so ergaben mehrere Diskussionen – war den polnischen TN in der Regel zwar bekannt, nahm aber im Vergleich mit den beiden Warschauer Aufständen eine deutlich niedrigeren Rang ein. Er scheint auch weder im Geschichtsunterricht noch im privaten Umfeld der polnischen TN deutlicher akzentuiert worden zu sein, einige wenige hatten bisher noch nie von ihm gehört.

Polnische und deutsche TN teilten die Auffassung, dass ihm zukünftig größere Bedeutung zukommen sollte, weil er ein Symbol für den einsetzenden Wandel der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen darstellt. Gleichzeitig sei er als wichtiger, in vieler Hinsicht kontrapunktischer Bestandteil der Shoah ein wichtiges Element des übergreifenden europäischen Gedenkens an den Holocaust. Dies ermögliche es, fest verwurzelte Opferkonkurrenzen und ein statisches Opfer-Täter-Schema zumindest in Ansätzen zu überwinden.

Resumee

Im deutsch-polnischen Kontext bleiben auf den 2. Weltkrieg und seine Konsequenzen zurückgehende Erinnerungs-/Opferkonkurrenzen an der Tagesordnung. Dies ist eine

relativ normale Erscheinung, denn in ganz Europas wird überwiegend national und vor allem der eigenen Opfer gedacht. Die Ausnahme bildet das Holocaust-Gedenken, das inzwischen gesamteuropäisch verankert ist.

In der historisch-politischen Bildung, die nur einen kleinen Ausschnitt der jeweiligen Gesellschaften erreicht, sind transnationale Ansätze dialogischen Erinnerns dann möglich, wenn man mit internationalen TN-Gruppen arbeitet und sich intensiv mit zentralen nationalen Erinnerungsorten dieser Gruppen beschäftigt. Dies bildet die Grundvoraussetzung dafür, dass durch gemeinsame Erörterungen und Diskussionen die Sichtweisen und Standpunkte der Anderen herausgearbeitet und wahrgenommen werden. Dadurch können eigene, zumeist schematische Perspektiven um neue Sichtweisen ergänzt werden. Dabei geht es nicht um Geschichtsklitterung beförderndes, die eigene Verantwortung schmälern oder die Revision gesicherter historischer Fakten und Entwicklungen im Hinblick auf Opfer-Täter-Relationen, sondern um die bewusste Erweiterung des eigenen Wissens unter Einbeziehung nur wenig bekannter historischer Narrative und zentraler Erinnerungsorte der europäischen Nachbarn. Ohne deren Kenntnis und Einbeziehung in die eigene nationale Erinnerung, wodurch eine allmähliche Europäisierung des Erinnerns gefördert werden kann, wird die europäische Integration mit ihrem weiterhin verpflichtenden Narrativ der unbedingten Friedenserhaltung keine Tiefe gewinnen können.

Elżbieta Maćczyńska

Das Bruttoinlandprodukt – eine Frage der Glaubwürdigkeit

Einführung

Die Messung wirtschaftlicher und sozialer Leistungen gehört zu einer der wichtigsten und gleichzeitig schwierigsten Fragestellungen in der ökonomischen Theorie und wirtschaftlichen Praxis. Dieses Problem findet nicht nur keine befriedigende Lösung, sondern wird angesichts der fortschreitenden Globalisierung und der zunehmenden sozial-ökonomischen Komplexität immer komplizierter. Daher halten auch die Forschungen und Debatten an, die auf eine Verbesserung der Messung sowohl des Wirtschaftswachstums als auch der gesellschaftlichen Entwicklung zielen. Obschon das Wirtschaftswachstum vor allem eine quantitative Dimension hat, und deshalb etwas leichter zu messen ist als die gesellschaftliche Entwicklung, so gibt es hier zahlreiche Hindernisse und Zweifel. In noch höherem Maße gilt dies für die sozial-ökonomische Entwicklung. Diese Kategorie besteht nämlich nicht nur aus dem Wirtschaftswachstum, sondern auch aus der Verbesserung der Qualität des gesellschaftlichen Lebens und der ökologischen Situation.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist eine fundamentale, allgegenwärtige Kategorie bei der wirtschaftlichen und marktbezogenen Bewertung der Leistungen einzelner Länder, ihrer Einordnung im Hinblick auf unterschiedliche wirtschaftsgeographische Zonen, aber auch der Basismesswert, der bei der Prognose ihres Wirtschaftswachstums verwendet wird. Es handelt sich um einen Messwert, der andere wichtige Messverfahren wirtschaftlicher Leistung, inklusive des Nationaleinkommens, in den Schatten gestellt hat. Trotz der weit verbreiteten Anwendung des BIP als Messwert wirtschaftlichen Wachstums hat es seit seiner Implementierung in die statistischen Systeme tiefreichende Kontroversen hervorgefrufen. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Wirtschaft, ihrer Virtualisierung und immer dynamischerer Veränderungen nehmen diese Kontroversen nicht ab, sondern scheinen sich zu verstärken. Die Probleme, Beschränkungen sowie systembedingte, unvermeidliche Fehler bei der Messung des BIP wirken sich auch auf die Schwierigkeiten seiner Prognostizierung aus. Außerdem kann lediglich von einer Schätzung, nicht von der genauen Berechnung des BIP die Rede sein. An Aktualität gewinnt deshalb die im Jahre 2011 formulierte These des in Polen führenden Experten für die Berechnung des Nationaleinkommens, Leszek Zienkowski, dass „die Schätzmethode – denn um Schätzungen und nicht um Berechnungen handelt es sich hier – der physischen Dimension des BIP (also seines Volumens) nicht eindeutig definiert worden sind. Es gibt eine Reihe konkurrierender Methoden, von denen jede einzelne gewisse Vor- und Nachteile hat. Das System der Berechnung des Nationaleinkommens (The System of National Accounts – SNA) gibt keine klaren Empfehlungen vor, und die Lösungswege, die im European System of Accounts (ESA) empfohlen werden, lassen sich nur als provisorische praktische Hinweise verstehen. Dies gilt auch für die Praxis des Statistischen Hauptamts in Polen“.¹

¹Zienkowski L.: Co to jest PKB? Warszawa 2001, S. 61

Kontroversen hinsichtlich der Messung des BIPs

Die Probleme hinsichtlich einer adäquaten Schätzung des BIPs führen zu zahlreichen Missverständnissen, zu Kritik und Enttäuschungen, die mit dieser Kategorie verbunden sind. Die fortgesetzten Modifizierungen in Systemen der Messung des Nationaleinkommens werden nicht selten nicht nur als unabdingbare Verbesserung der Messmethodik und Optimierung der Statistik verstanden, sondern lassen im Gegenteil den Verdacht aufkommen, dass Statistiken manipuliert und politischen Interessen unterordnet werden sollen. Jüngst wurde der Vorwurf der Politisierung auch gegen die zugunsten der SNA 2008 veränderte Definition nicht materieller Aktiva (intangible produced assets) erhoben, die als Produkte des intellektuellen Eigentums (intellectual property products) definiert wurden, sowie gegen die Einbeziehung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Bereich der Investitionen. Diese Veränderung trug für das Jahr 2012 zum Anstieg des BIPs der USA um fast eine halbe Billion USD, also um über 3%, bei.² Die Kritik an der Schätzmethode des BIP findet ebenfalls in einigen Titeln und Untertiteln sowie anderweitigen Formulierungen der zu diesem Thema veröffentlichten Publikationen ihren Ausdruck (z.B. „Formel, Propaganda und Fälschungen“ oder „Etwas aus nichts“).³

Zuletzt nahmen auch in Polen die Kontroversen zum Thema der Messung des BIPs zu, was vor allem auf die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rats Nr 549/2013 vom 21. Mai 2013 zurückzuführen ist. Gemäß dieser Verordnung werden ab September 2014 die Mitgliedstaaten der EU, und damit auch Polen, dem Vorbild anderer Staaten und den Standards der SNA 2008 entsprechend, in weitaus höherem Maße als bisher illegale Aktivitäten – unter anderem Drogenhandel und Schmuggel – in ihr BIP hineinrechnen. Beim Nationaleinkommen soll prinzipiell auch die Prostitution berücksichtigt werden. Bisher wurde in den meisten Mitgliedstaaten der EU nur ein Teil der illegalen Aktivitäten im BIP abgebildet: zum Beispiel die vor staatlichen Behörden verheimlichte Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, um die Zahlung von Steuern, Zöllen, Akzisen oder Sozialversicherungsbeiträgen zu vermeiden.

Schätzungen hinsichtlich der sog. grauen Zone fanden in Polen schon früher, genauer gesagt seit 1996 Berücksichtigung.⁴ Die Einbeziehung illegaler Aktivitäten und der Prostitution ins BIP beeinflusst dessen Veränderung sowie die auf dieser Grundlage berechneten Mitgliedsbeiträge einzelner EU-Staaten und die Transfers an andere supranationale Organisationen. Diese Erweiterung der BIP-Berechnung hat zugleich auf

² Wyżnikiewicz B.: Wielkie zamieszanie wokół liczenia PKB. In: Obserwator Finansowy, 14.08.2013

³ Drozdowicz-Bieć M.: Szara strefa w PKB, czyli liczenie niepoliczalnego. In: Obserwator Finansowy, 10. 09. 2013 (<http://www.obserwatorfinansowy.pl/forma/komentarze-swiat/cos-z-niczego-nowe-metody-liczenia-pkb-w-usa/>; Bernstein J., Baker D: Coś z niczego: nowe metody liczenia PKB w USA. In: Obserwator Finansowy, 13.08.2001 (<http://www.obserwatorfinansowy.pl/forma/komentarze-swiat/cos-z-niczego-nowe-metody-liczenia-pkb-w-usa/>)

⁴ Prostyucja, przemyt i handel narkotykami wliczony do dochodu narodowego? (<http://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/prostyucja-wliczana-do-pkb-gus-bedzie-liczyl-prostyutki,341995.html>)

die Verbesserung des Indikators der öffentlichen Verschuldung, der im Verhältnis zum BIP errechnet wird, Einfluss.

Gemäß der neuen Regulierungen, die ab dem 1. September 2014 in der EU gelten sollen (wobei das BIP bis zum Jahr 1995 zurückgerechnet wird), wurde das BIP um den Bereich der sog. „nicht beobachteten“ Wirtschaft, inklusive illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten, erweitert. Der Wert von Aktivitäten, die man nicht direkt beobachten kann, wird als Bestandteil der Produktion des Nationaleinkommens erfasst. Dabei finden folgende drei Kategorien Berücksichtigung:

- a) illegale Aktivitäten, bei denen beide Seiten freiwillig Partner wirtschaftlicher Transaktionen sind;
- b) verheimlichte Aktivitäten, bei denen die Transaktionen an sich nicht illegal sind, aber nicht angemeldet werden, um amtliche Kontrollen zu vermeiden;
- c) Aktivitäten, die als „informell“ bezeichnet werden, gewöhnlich in einer Situation, in der es keine Buchführung gibt.

Zudem „versteht man unter illegalen Wirtschaftsaktivitäten nur dann Transaktionen, wenn sich alle an ihnen beteiligten Subjekte gegenseitig darauf verständigt haben. Insofern stellen der Kauf, der Verkauf oder der auf Barter beruhende Tausch illegaler Drogen oder gestohlenen Eigentums Transaktionen dar, während der Diebstahl an sich keine Transaktion ist“. (Verordnung, 2013, Paragraph 1.79). Illegale Aktivitäten „bei denen eine der Seiten nicht freiwillig teilnimmt (zum Beispiel im Falle von Diebstahl), stellen keine wirtschaftliche Transaktion dar und sind nicht Teil der Produktion“. (Verordnung, 2013, Par. 1.79). Gemäß diesen Regulierungen werden sowohl Drogen als auch Schmuggel und Prostitution im BIP berücksichtigt (Verordnung, 2013, Par. 11.23 sowie Verzeichnis der Dienstleistungen, die dem persönlichen Verbrauch zugerechnet werden, u.a. Absatz. 02.3 Drogen und Absatz 12.2 Prostitution). Wie Bohdan Wyżnikiewicz unterstreicht, haben diese für die öffentliche Meinung und zahlreiche Kommentatoren nur recht schwer nachvollziehbaren Änderungen der Methodologie des BIP zum Ziel, die Genauigkeit bei den von den Ämtern für Statistik durchgeführten Messungen des Volumens wirtschaftlicher Aktivitäten zu verbessern.

Grundsätzliche Zweifel ergeben sich allerdings hinsichtlich der Möglichkeit, illegale Aktivitäten richtig zu messen. In Frage gestellt wird ebenfalls die oben erwähnte „Verbesserung der Genauigkeit“. Eine Mitarbeiterin des Statistischen Hauptamts (SH), die gefragt wurde, wie man im SH beabsichtige, die Dienstleistungen von Prostituierten zu berechnen, stellte fest, dass: „dazu zugängliche außerstatistische Datenquellen aus Berichten der Polizei, des Innenministeriums sowie gemeinnütziger Organisationen genutzt werden sollen. Im Hinblick auf Drogen beabsichtigt das SH „einen nachfrageorientierten Ansatz“ zu verfolgen. „Man wird prüfen müssen, wie viele Menschen in Polen Drogen nehmen, um welche Drogen es sich handelt und auf welchem Preisniveau sie sich bewegen, um auf dieser Grundlage deren Produktion zu

schätzen”⁵ Von einigen Wirtschaftswissenschaftlern – wie Wyżnikiewicz und Dominiak⁶ – wird dieser Ansatz begrüßt, andere tun ihn ganz im Gegenteil als „Zählen von Unzählbarem” ab.⁷ Dabei wird darauf hingewiesen, dass der Unterschied zwischen dem qualitativen und dem quantitativen Volumen des Wirtschaftswachstums verwischt wird, was zu einer Fetischisierung des Wachstums des BIPs führe.

Die Einbeziehung von Größen, die sich der Messung entziehen, verstärkt die Verlockung, BIP-Statistiken zu politischen Zwecken zu manipulieren. Dadurch kann die Entschlossenheit einzelner Regierungen und internationaler Organisationen, eine Antikrisenpolitik zu führen, verringert werden. Zumal sich die graue und schwarze Sphäre des Wirtschaftslebens antizyklisch verhalten. Die mit der Einbeziehung illegaler Aktivitäten in das BIP verbundenen Zweifel werden zusätzlich durch das Argument gestützt, dass die für das BIP bestimmten Schätzungen der grauen Sphäre in Abhängigkeit davon, von wem und wie sie durchgeführt werden, stark voneinander abweichen. Maria Drozdowicz-Bieć geht dabei davon aus, dass „Volkswirtschaften, bei denen der Anteil illegaler Aktivitäten größer ist, vor allem für unterentwickelte, arme Länder mit unstablen politischen Systemen stehen. In hochentwickelten Ländern ist dieser Anteil entschieden geringer. Die statistische Nivellierung der Unterschiede ist der erste Effekt, den man erzielen kann, wenn man die „schwarze Sphäre” ins BIP einbezieht. Drozdowicz-Bieć weist auch auf die Stärkung der Rolle transnationaler Organisationen hin, bei denen die Mitgliedsbeiträge einem bestimmten Prozentsatz des BIPs entsprechen. „Davon profitieren vor allem die EU-Strukturen, aber auch jene Organisationen, in denen die Mitgliedsbeiträge einem ganz bestimmter Prozentsatz des BIPs entsprechen. Überdies führt die durch die Einbeziehung illegaler Aktivitäten hervorgerufene Nivellierung der Unterschiede des BIPs bei den ärmeren Volkswirtschaften zu einer relativen Erhöhung der Belastung durch Mitgliedsbeiträge, während sie sich bei den reichen Ländern verringert.”⁸ Die Autorin unterstreicht, dass in dem Maße, in dem uneindeutige Definitionen und zweifelhafte Schätzungen in die Nationaleinkommen einfließen, das BIP seinen ökonomischen Charakter verliert und zu einem philosophischen Begriff mutiert, der ebenso vergänglich sei, wie das Glück. Nicht selten wird auch kritisiert, dass die vorgeschlagenen Veränderungen bei der Messung des Nationaleinkommens geradz absurd seien. Rechne man nämlich kriminelle Aktivitäten in das BIP hinein, so müsse man konsequenterweise auch die Aktivitäten professioneller Terroristen und Mörder berücksichtigen. Dadurch erhöhen sich nicht nur die Schwierigkeiten bei der Bemessung des BIPs. Es kompliziert sich auch – was nicht minder wesentlich ist – dessen Prognostizierung. Dies trägt gewiss nicht zur Glaubwürdigkeit der Messung bei.

⁵ Ibd.

⁶ Dominiak P.: Liczyć prostytutki? In: Dziennik Bałtycki, 02.08.2013 (<http://www.dziennikbaltycki.pl/artukul/958922,liczyc-prostytutki,id,t.html?cookie=1>).

⁷ Vgl.: Drozdowicz-Bieć M.: Szara strefa w PKB

⁸ Ibd.

Das BIP reicht nicht aus – Lösungsansätze

Die Anstrengungen, die unternommen werden, um eine Messmethode wie das BIP zu optimieren, vor allem aber deren Erweiterung um diverse Marktaktivitäten, sowohl legaler als auch illegaler Art, beseitigt nicht nur nicht die Kontroversen hinsichtlich dieser Messmethode, sondern verstärkt sie sogar. Die auf eine Rationalisierung der Messung sozial-ökonomischer Aktivitäten zielenden Forschungen verweisen auf die Notwendigkeit, ein Ensemble von Kennziffern zu konstruieren, das mehrheitlich das berücksichtigt, was über den gesellschaftlichen Wohlstand entscheidet. Die Kennziffern des BIPs als Basismessung der Marktaktivitäten sollten verbessert und zugleich um weitere Indikatoren ergänzt werden. Ferner sollte bei den Analysen und Bewertungen, die auf dem BIP beruhen, in höherem Maße als bisher die statistische Größe des Median eingesetzt werden. Sie ist ein adäquateres Maß als die Mittelwerte (Indikatoren), da diese die Skala differenzierter Einnahmen verschleiern. Deshalb postulieren die Autoren des Buches *Der Fehler der Messung* „Indikatoren zu verwenden, die das breiter erfassen, was mit der Mehrheit der Bürger geschieht (Kennziffern des Einkommensmedians), was die Ärmsten betrifft (Kennziffern der Armut), was die Umwelt angeht (Kennziffern der Ressourcenerschöpfung und der Umweltzerstörung) und wie es um das ökonomische Gleichgewicht bestellt ist (Kennziffern der Verschuldung)“.⁹ Die Notwendigkeit einer solchen Analyse akzeptiert und postuliert auch die Europäische Union, was u.a. in dem an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat gerichteten Kommuniqué der Kommission vom 20. August 2009 unter dem Titel „Über das BIP hinausgehen – Die Messung des Fortschritts in einer sich verändernden Welt“ seinen Ausdruck fand. Hieraus resultierte u.a. „Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2011 hinsichtlich eines Hinausgehens über das BIP – Messung des Fortschritts in einer sich verändernden Welt“ (2010/2088, INI). Diese Resolution zielt darauf, bei der Bemessung der Wirtschaft, des Wohlstands und des sozial-ökonomischen Fortschritts der einzelnen Länder vielseitigere Methoden als die des BIPs anzuwenden.¹⁰

Obschon die Analysen, die darauf gerichtet sind, optimalere Messmethoden zur Bestimmung sozial-ökonomischer Leistungen zu finden, noch immer nicht befriedigende Lösungen bringen, und damit auch nicht die mit der Messung des sozial-ökonomischen Fortschritts verbundenen Schwächen eliminieren, so tragen sie doch mit Sicherheit zur Identifikation der Beschränkungen und Dysfunktionen der aktuellen Kennziffern bei, was eine korrekte Interpretation fördert und gleichzeitig einen wichtigen Faktor für die Rationalisierung der sozial-ökonomischen Politik darstellt.

Die Rationalisierung ausgewählter Messmethoden der sozial-ökonomischen Leistungen tragen zur Sensibilisierung der Entscheider und zu korrekten Schlussfolgerungen im Hinblick auf die sozial-ökonomischen Entwicklung und adäquate Investitionen bei.

⁹ Sen A., Fitoussi J.P., Stiglitz J.E.: Błąd pomiaru. Dlaczego PKB nie wystarcza. Warszawa 2013, S. XXXV

¹⁰ Rezolucja Parlamentu Europejskiego z dnia 8 czerwca 2011 r. w sprawie wyjścia poza PKB – pomiar postępu w zmieniającym się świecie (2010/2088 (INI))
(<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0264+0+DOC+XML+V0//PL>).

Zwischen der sozial-ökonomischen Entwicklung und den Investitionen gibt es komplexe Rückkopplungen, die nur schwer zu erklären sind. Deshalb sind neben quantitativen auch vertiefte qualitative Analysen notwendig, bei denen die externen Kosten und Effekte (externalities), vor allem aber langfristige Perspektiven, berücksichtigt werden. Dies ist deshalb so wichtig, weil bei der Berechnung des BIPs die perspektivischen Folgen laufender Entscheidungen und Leistungen unberücksichtigt bleiben. Unterdessen werden die globale Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum seit mehreren Jahrzehnten von Schulden getrieben, was Langzeitfolgen auslöst. „Bei der Beurteilung der Lebensqualität müssen wir Einkommen und Konsumption berücksichtigen, aber um ein vollständiges Bild zu erhalten, müssen wir auch Informationen über das Vermögen einbeziehen. Ein Haushalt, der sein Vermögen für Konsumgüter ausgibt, erhöht seinen gegenwärtigen Lebensstandard, allerdings auf Kosten künftigen Wohlstands.“¹¹

Die Unzulänglichkeiten des BIPs als Messmethode sozial-ökonomischer Leistungen und seine seit Jahrzehnten anhaltende Fetischisierung bedingen, dass man Wirtschaftsmodelle, bei denen das Wirtschaftswachstum die absolute Priorität hat, immer kritischer betrachtet.¹² Es zeichnen sich erste Konzepte einer das System des BIPs ablösenden sozial-ökonomischen Politik ab, bei denen qualitative, also sog. weiche Faktoren größere Berücksichtigung finden. So verweist G.W. Kołodko auf die Notwendigkeit des Übergangs zu einem „neuen Pragmatismus“, zu einer „Ökonomie der Mäßigung“, und unterstreicht, dass „eine Wirtschaft ohne Werte wie ein Leben ohne Sinn ist“.¹³

Resümee

Die Messung sozial-ökonomischer Leistungen kann nicht ausschließlich auf dem BIP beruhen. Das ergibt sich aus zahlreichen Mängeln dieses Indikators. Umso klarer ist, dass man sich bei prognostischen Analysen nicht allein auf das BIP beschränken darf. Die Mängel der auf dem BIP basierenden quantitativen Messung sozial-ökonomischer Leistungen machen es notwendig, die Rolle und Tiefe quantitativer Analysen zu stärken, bei denen sog. weiche Werte Berücksichtigung finden, die sich nicht direkt in geldwerten Einheiten berechnen lassen. Die auf Grundlage solcher Analysen getroffenen Entscheidungen sollten eng mit den erstrebten Entwicklungsprioritäten abgestimmt werden.

Die Anwendung wirtschaftlicher, aber auch sozialer Messverfahren, die das BIP ergänzen, kann zur Beruhigung der Kontroversen hinsichtlich dieser Kategorie beitragen. Die Einbeziehung illegaler Aktivitäten ins BIP mag als Fortschritt für die Wirtschaftsstatistiken betrachtet werden, gleichzeitig wird dadurch deutlich, dass das BIP, das keienswegs eine ideale Messmethode darstellt, ausschließlich als ein Messverfahren unter vielen behandelt werden sollte. Es darf in der sozial-

¹¹ Sen A., Fitoussi J.P., Stiglitz J.E.: Błąd pomiaru. Dlaczego PKB nie wystarcza. Warszawa 2013, S. 126

¹² Skidelsky, Robert: The relevance of Keynes. In: Cambridge Journal of Economics (35), 17.01.2011

¹³ Kołodko G.W.: Dokąd zmierza świat. Ekonomia polityczna przyszłości. Warszawa 2013, S. 164 u.377

ökonomischen Politik keinen Fetisch darstellen, zumal eine Fetischisierung nicht zur Rationalisierung dieser Politik beiträgt. In der gegenwärtigen Wirtschaftswelt wird aber gerade eine solche Fetischisierung aus verschiedenen Gründen betrieben. Daher sieht man – dem Prinzip des rationalisierenden Gleichgewichts entsprechend – immer deutlicher die Notwendigkeit, anderen Ansätzen zu folgen, und deshalb schenkt man Entwicklungskonzeptionen, die über das BIP hinausreichen, immer mehr Aufmerksamkeit. Angesichts der immer komplexeren und sich immer schneller verändernden wirtschaftlichen Realität ist ihre Bedeutung kaum zu überschätzen. Ebenso wichtig ist es, das Wissen über die Grundlagen des Nationaleinkommens zu popularisieren und die öffentliche Meinung adäquat über die sich verändernden Wirtschaftsbedingungen zu informieren.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Innere und äußere Sicherheit in Europa

Sachbericht zu einem vom 03. bis 08. März 2014 durchgeführten Seminar mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG)

Leitung: Dr. Zbigniew Wilkiewicz (GESW), Jörg Lauenroth (DPolG)

Mitarbeit: Dr. Gerhard Schüsselbauer (GESW), Navina Engelage (GESW), Birgit Sippel (MdEP), Klaus Voege (DPolG), Michael Rusch (DPolG), Stefan Bruckmeier (DPolG)

Einleitung

Die Europäische Union hat nicht nur mit einer chronischen Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen, sondern muss sich auch der Bekämpfung der Lebensmitteldelinquenz widmen. Ein Thema, das uns in der EU alle unmittelbar und alltäglich betrifft. Einen Schwerpunkt unseres Seminars bildete deshalb das europäische Lebensmittelrecht mit den damit verbundenen juristischen und strafrechtlichen Konsequenzen.



Ein weiteres zentrales Thema stellte angesichts offener Grenzen und einer tiefen kontinentalen Wirtschaftskrise die Problematik der legalen und illegalen Arbeitsmigration, der Schwarzarbeit und ihrer Bekämpfung dar.

Ferner referierten die wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeitenden des GESW über Finanzspekulationen im Lebensmittelbereich, die Migrationspolitik der EU sowie die sich aus der Ukraine-Krise ergebenden Konsequenzen für die europäische Partnerschafts- und Sicherheitspolitik.

Den Teilnehmenden aus Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg wurden fundierte Inputs und Vorträge sowie interessante Workshops und Fallbeispiele geboten.

Lebensmittelkriminalität – Europäischer Alltag und ein nur schwer nachweisebares und zu ahnendes Vergehen

Der Hamburger Ermittler Michael Rusch referierte am Montagnachmittag über einen spektakulären Lebensmittelskandal, bei dem es um die Auslieferung und den Verkauf von serbischem Mais ging, der durch einen gefährlichen toxischen Schimmelpilz (Aflatoxin) kontaminiert worden war. Da die Ware aufgrund mangelnder Kontrolle in den deutschen Handel kam und verfüttert wurde, gab es massive Probleme. Bis heute ist in dem noch immer laufenden Verfahren nicht klar, ob wir es dabei mit einem vorsätzlichen Vergehen oder Fahrlässigkeit zu tun haben. Es besteht allerdings der Verdacht, dass das Unternehmen recht früh über die „Mängel“ informiert war, und die Ware so lange beprobt wurde, bis die Ergebnisse zufriedenstellend waren, die Grenzwerte nicht mehr überschritten wurden und ein Teil der Charge weiter verkauft werden konnte.

Unabhängig von der Ermittlungen und der strafrechtlichen Verfolgung des Falls wurde die ganze Komplexität der Situation deutlich. Futtermais wird in großen Mengen nach Deutschland importiert, weil man auf dem deutschen Markt Mais in erster Linie nur noch für Biogasanlagen produziert. Die großen Importe (z.B. aus Serbien, wo höhere Grenzwerte der Belastung als in der EU gelten) unterlagen in diesem Fall offensichtlich einer allzu laxen Kontrolle, so dass es zu einem solchen Vergehen/Unfall kommen konnte. Umso mehr, als die vom Unternehmen durchgeführten Eigenproben vermutlich nicht korrekt durchgeführt wurden. Verantwortlichkeiten können bei den komplizierten Liefer- und Transportbedingungen leicht weiter delegiert werden, so dass der strafrechtlich Verantwortliche nur schwer ausfindig zu machen ist.

In der Diskussion wurde intensiv erörtert, ob die politisch Verantwortlichen in Deutschland und der EU tatsächlich daran interessiert sind, den Dingen auf den Grund zu gehen und die Verfahren konsequent zu Ende zu führen. Es entstehe zuweilen der Eindruck, dass gerade bei großen Handelsunternehmen die Verfahren im Sande verlaufen. Insgesamt, so der Referent, gebe es zu wenig Kontrollen und auch zu wenig Anzeigen von Verbrauchern.

Im zweiten Teil des Moduls wurden die Handelspraktiken beim Produkt Bananen beleuchtet. Anhand einer Dokumentation wurde aufgezeigt, dass die großen deutschen Discounter inzwischen die Preise für das Produkt, auch im Bereich des BIO-Anbaus, bestimmen und einen ruinösen Preiswettbewerb betreiben. Die Folge ist, dass die vor Jahren eingeführten arbeitsrechtlichen und hygienischen Mindestnormen sowie die Reduzierung des Einsatzes von toxischen Schädlingsbekämpfungsmitteln (Pestizide) wieder zurückgefahren wurden. Der Preisdruck verschärfe die jetzt schon schwierige Lage der Erntearbeiter vor Ort und führe dazu, dass kleinere und mittlere Produzenten aufgeben müssen.

Leider wurde bisher auf politischer Ebene faire Produktion und Preisbildung zu wenig eingefordert. Deshalb fordert der Wirtschafts- und Sozialausschuss des EP schon seit

langem eine entsprechende EU-Richtlinie, wird von den Mitgliedstaaten dabei aber wenig unterstützt. Bundestagsabgeordnete, die entsprechende rechtliche Änderungen einfordern, wie Elvira Drobinski-Weiß – sind in der Minderheit.

Am Dienstagmorgen wurde der Futtermaisskandal in Arbeitsgruppen von seiner rechtlichen und strafrechtlichen Seite beleuchtet und analysiert. Dazu stellte der Referent Materialien zur Verfügung, die die unterschiedlichen Positionen des Unternehmens sowie der Strafverfolgungsbehörden widerspiegeln. Die Diskussion belegte die Komplexität dieses und anderer Fälle im Rahmen der Lebensmittelkriminalität.

Im Anschluss hieran wurden mit Hilfe einer Dokumentation weitere Beispiele vorgestellt und analysiert: Serbisches „Zuckerkarussell“ als Möglichkeit im großen Stil EU-Förderungen durch den zyklischen Transport identischer Zuckerchargen illegal abzuschöpfen. Ähnliche Praktiken gibt es im Bereich des Transports von Zucht- und Schlachtvieh durch ganz Europa und bis nach Ostsibirien. Hier greift der Europäische Tierschutz kaum bzw. nur sehr mangelhaft. Es sind NGOs, die diese Kontrollfunktion übernehmen und entsprechende Beschwerden und Klagen in Brüssel einreichen. Probleme gibt es auch an der deutsch-schweizerischen Grenze bei der Verzollung bestimmter Käsesorten oder mit illegal importiertem chinesischem Hühnerfleisch.

Nach Überzeugung des Referenten gibt es im EU-Bereich zu viele Gesetzeslücken und zu laxen Kontrollen. Auch die erfolgreiche Arbeit von OLAF könne nicht darüber hinweg täuschen, dass Lebensmittelkriminalität in der EU auf der Tagesordnung steht und dem EU-Haushalt – und somit dem europäischen Steuerzahler – großen Schaden zufügt. Man schätzt, dass die Verluste ein Viertel des gesamten Agrarhaushalts der EU ausmachen. Da es sich um White Collar Kriminalität handele, gebe es hierfür aber eine recht hohe Akzeptanz.

Die Ukraine in der Zerreißprobe, der Konflikt zwischen der EU und Russland

Dr. Zbigniew Wilkiewicz erläuterte in einem historischen Abriss am Mittwochvormittag die spezifische Lage der Ukraine zwischen der westlichen und der russischen Einflusssphäre. Zur Sprache kamen die schwierigen Prozesse des späten nation building und Staatswerdung des Landes. Eingehend diskutiert wurden die strategischen und wirtschaftlichen Interessen der EU und Russlands sowie die gegenseitige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit beider Sphären. Problematisiert wurden die Inhalte und die Reichweite des Assoziationsabkommens mit der Ukraine. Formen und Methoden des zivilen Widerstands bildeten einen weiteren Schwerpunkt (social media, Entschlossenheit der Aufständischen, Rücksichtslosigkeit und brutale Einsätze des Machtapparats). Schließlich wurde auch die Rolle der EU-Diplomatie diskutiert sowie der Sinn und Zweck von Sanktionen hinterfragt.

Im nachmittäglichen Modul wurde das gegenwärtige politische System Russlands (Putinismus, gelenkte Demokratie, Demokatur) auf seine historischen Wurzeln

zurückgeführt, zum Beispiel, als nach dem Zusammenbruch der UdSSR der russische imperiale „Traum vom Raum“ zu einem postimperialen „Trauma vom Raum“ wurde. Ferner wurde erarbeitet, dass es auch in Russland im Jahre 2011 – nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen – zu breiten öffentlichen Protesten kam, und dass es inzwischen einen verstärkten bürgerlichen Widerstand gegen die Diktatur Putins gibt (Pussy Riot). Breiten Raum nahm die Frage ein, warum Putin trotz aller demokratischer Defizite und der Korruptheit seines Systems bei der russischen Gesellschaft noch immer erhebliche gesellschaftliche Unterstützung findet. Aufgrund der aktuellen Situation (Besetzung der Krim durch russische Truppen) wurden mögliche Zukunftsszenarien im Verhältnis zwischen EU/USA und Russland diskutiert.

Hunger, Verarmung und Migration: Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen und Arbeitsmigration in der EU

Dr. Gerhard Schüsselbauer referierte am Donnerstagmorgen zum Thema Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen. Schwerpunkte des Vortrags bildeten die Globalisierung im internationalen Wettbewerb, die Armut in den Entwicklungsländern, die Internationalisierung der Ökonomie sowie die Entwicklung der Staatsschuldenkrisen in den USA, der EU und Japan.

In drei Workshops wurde das Thema dann vertieft: 1) Woher kommt der Hunger? Wen betrifft er? 2) Wie funktioniert eine Terminbörse? Wie funktioniert ein Indexfonds? 3) Das Dreieck zwischen Landwirtschaft (Produzent), Mühlen (Abnehmer) und Spekulanten (Mittler)

Anschließend beschäftigte sich Navina Engelage mit dem Thema Migration und Arbeitsmärkten in der EU. Das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit gehöre zu den vier Grundfreiheiten der EU. Jede/-r Bürger/-in eines EU-Mitgliedsstaates habe das Recht, in einem anderen Mitgliedsland zu leben und zu arbeiten. Immer wieder errege das Thema die Gemüter: Nach den EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 wurden auch in Deutschland eine große Zuwanderungswelle aus Mittelosteuropa sowie Lohn- und Sozialdumping befürchtet. Die meisten EU-15-Staaten führten Übergangsfristen für Arbeitnehmer/-innen aus den neuen Mitgliedsstaaten ein. Deutschland gehörte zu den Ländern, die ihren Arbeitsmarkt am längsten abschotteten. Erst seit dem 1. Januar dieses Jahres dürfen auch Rumänen/-innen und Bulgaren/-innen ohne Einschränkung in Deutschland eine Beschäftigung suchen.

Im Fokus des Vortrags standen nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen von Arbeitsmigration in der EU, sondern auch die wirtschaftliche Lage der Migranten/-innen in den Heimatländern, Struktur, Alter und Ausbildung der Zugewanderten sowie die aktuelle Situation in Deutschland. Es lässt sich festhalten: 60% der Migranten/-innen aus den neuen Mitgliedsstaaten wanderten aus wirtschaftlichen Gründen. Die Migranten/-innen der EU-8-Staaten sind besser qualifiziert als vergleichbare Jahrgänge in Deutschland. Die Zuwanderer/-innen sind deutlich jünger als der Durchschnitt der

deutschen Erwerbsbevölkerung. Deutschland hat gesamtwirtschaftlich von der Öffnung profitiert.

Unabhängig davon standen die TN der Öffnung des Arbeitsmarktes zum Teil recht kritisch gegenüber. Die Neuordnung von Migrationsströmen wurde eher als eine Gefahr denn als Chance für den deutschen Arbeitsmarkt aufgefasst. In der Diskussion standen die sog. Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien verbunden mit sog. „Sozialbetrug“ im Mittelpunkt. Die Diskussion wurde in der Arbeitsgruppenphase vertieft. In der Präsentation der Ergebnisse wurde klar, dass sich der Teilnehmerkreis strengere europarechtliche Vorgaben und engere Grenzen der Freizügigkeit erhofft.

Mindestlöhne, legaler und illegale Arbeitsmärkte in der EU

Die Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Birgit Sippel, referierte am Freitagmorgen über die europäischen Arbeitsmärkte unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Entsenderichtlinie und der Problematik von Mindestlöhnen. Dabei wurden auch zahlreiche Fragen zur legalen und illegalen Beschäftigung in Deutschland und in der EU behandelt.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass es bei entsprechenden Gesetzesverstößen, zum Beispiel im Hinblick auf die lange Kette von Subunternehmen, ganz offensichtlich an einer effektiven polizeilichen Kontrolle mangle. Hierzu sei die Personaldecke der involvierten Polizeibehörden einfach zu kurz. Auch entstehe der Eindruck, dass eine konsequente Verfolgung der Übeltäter von politischer Seite nicht unbedingt gewollt werde, da dem „Geschäft“ offensichtlich eine größere Rolle eingeräumt werde, als dem Recht.

Auf die Frage, was die dringlichsten Zukunftsaufgaben der EU seien, nannte die Politikerin drei Bereiche: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Reindustrialisierung Europas sowie eine weitere Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse. Insofern sei die bei der bevorstehenden Europawahl zum ersten Mal anstehende Direktwahl des Kommissionspräsidenten der EU als echter Fortschritt zu betrachten.

Diskutiert wurden ferner die Problematik einer weiteren Erweiterung der EU sowie die Tatsache eines zunehmenden wirtschaftlichen Auseinanderdriftens der einzelnen Mitgliedstaaten. Einige TN brachten ihre tiefreichende Politikverdrossenheit zum Ausdruck, für die sie nicht die eigene nationale Politik, sondern die EU verantwortlich machten. Die Sinnhaftigkeit einer Teilnahme an den Europawahlen wurde von ihnen in Frage gestellt.

Schwarzarbeit – ein weit verbreiteter Volkssport?

Über die Problematik der Schwarzarbeit und entsprechende polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen referierte am Nachmittag Stefan Bruckmeier. Zunächst ging der Referent auf die Folgen von Schwarzarbeit ein: Keine Arbeitnehmerschutzrechte, keine

Absicherung bei Unfällen – und dadurch enorme Einsparungen bei den sog. Generalunternehmen. Hinzu kämen die enormen Steuerausfälle für den Staat.

In einem zweiten Schritt wurde geklärt, was rein rechtlich betrachtet unter Gewerbe zu verstehen sei: Generelle erlaubte Tätigkeit, Absicht der Gewinnerzielung, Nachhaltigkeit und Selbstständigkeit. Hierbei gebe es aber auch Graubereiche wie Prostitution und das Betreiben von Wettbüros. Die Polizei arbeite bei ihren Ermittlungen eng mit den IHKs zusammen, da es um die Bestimmung eintragungspflichtiger Tätigkeiten gehe, wobei entsprechende Dienstleistungen und Rechnungen geprüft, Verfallsverfahren eingeleitet oder Bußgelder erhoben würden. Gerade bei den Sportwetten sei das Suchtpotenzial besonders hoch.

Im Anschluss hieran wurde ein konkreter Fall aus dem Raum Stuttgart vorgestellt, bei dem es um millionenschwere Schwarzarbeit eines Maklerbetriebs ging. Dabei stellten die aufwändigen Finanzermittlungen, die in mehreren Bundesländern durchgeführt werden mussten, das Herzstück der polizeilichen Arbeit dar.

Mit Hilfe einer Fernsehdokumentation wurde verdeutlicht, dass Schwarzarbeit in Deutschland und in Europa ein flächendeckendes Phänomen darstellt, bei dem kaum Unrechtsbewusstsein entwickelt wird. Sie sei zu einem „Volkssport“ geworden und werde von skrupellosen Unternehmen dazu benutzt, abhängige, nicht versicherte Arbeitnehmer/innen (Bau- aber auch Gaststättengewerbe) brutal auszubeuten. Aufgrund der in Deutschland und in der EU herrschenden Freizügigkeit, eines enormen Preisdrucks und hoher Arbeitskosten sei ihr nur schwer beizukommen. Allerdings gibt es – wie aus der Dokumentation deutlich wurde erhebliche Anstrengungen des Zolls, diese sich zunehmend ausdehnende Erscheinung einzudämmen.

Seminarauswertung

Die Seminarauswertung ergab eine sehr hohe Zufriedenheit der TN. Dies galt vor allem für die vom GESW angebotenen Themenbereiche Finanzspekulation, Migration und Arbeitsmarkt in der EU. Besonders positiv wurde auch hervorgehoben, dass im Rahmen des Moduls „äußere Sicherheit“ auf die aktuelle kritische Situation im Dreieck zwischen EU, Ukraine und Russland eingegangen wurde.

Insgesamt entstand der Eindruck, dass es bei einem Großteil der TN eine tiefsitzende Politikverdrossenheit gibt, was besonders im Modul mit der Europaabgeordneten Birgit Sippel zum Ausdruck kam. Hierbei wurden nationale Missstände (Soziale Spreizung der deutschen Gesellschaft, Armut, Gewinner und Verlierer der Sozialstaatsreformen) auf die europäische Ebene transferiert, die EU somit für Erscheinungen verantwortlich gemacht, die sie eigentlich gar nicht zu verantworten hat.

Jan Schoenmakers

Bericht vom Seminar „Welche Energiewende wollen wir?“

Am 25. und 26. April lud das Gesamteuropäische Studienwerk in Zusammenarbeit mit FES-Ehemalige e.V. zum Workshop „Welche Energiewende wollen wir?“. Das Ziel war, die aktuellen Richtungsfragen und Zielkonflikte der Energiewende zu beleuchten, um MultiplikatorInnen und Interessierten eine differenziertere Meinungsbildung und damit eine eigene Positionsbestimmung bei der Suche nach Lösungen zu ermöglichen. Initiiert und geleitet wurde die Veranstaltung vom FES-Alumnus Jan Schoenmakers und Navina Engelage vom GESW.

Zehn Teilnehmer waren dem Ruf ins Nordrhein-Westfälische Vlotho gefolgt – ein ungewöhnlich buntes Feld von der Energietechnik-Studentin über LehrerInnen und ManagerInnen aus der Energiebranche bis zum Chemieprofessor und Mitglied einer Regierungskommission zum Thema CO₂. Die verschiedenen Hintergründe und Perspektiven sorgten für einen sehr lebendigen und vielschichtigen Austausch zwischen Akteuren, die sonst oft wenige Berührungspunkte haben.

25.4.

Das Ziel des Freitagabends war eine Bestandsaufnahme der Energiewende – welche Beschlüsse und Ziele liegen ihr zu Grunde und wie ist der Stand im Frühjahr 2014.

Den Reigen eröffnete Jan Schoenmakers, der seit 6 Jahren für Energieunternehmen zu Erneuerbaren Energien kommuniziert, mit seinem Vortrag „Die Energiewende – Ziele, Bereiche und Ist-Stand“. Es wurde deutlich, dass die Energiewende aus politischer und rechtlicher Sicht in erster Linie ein Klimaschutzprojekt ist, das auf das Ersetzen fossiler durch erneuerbare Energien und eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs setzt. Dieses Projekt hingegen droht zu scheitern – die Emissionsziele scheinen derzeit kaum erreichbar. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht im Strombereich rasant voran, macht jedoch bei Wärme und Verkehr – die beinahe vier Fünftel des Energieverbrauchs stellen – kaum Fortschritte; die Verbräuche sinken in allen Bereichen nur sehr langsam. Die Diskussion beschäftigte sich daher mit den Chancen erneuerbarer Wärme und der Frage, auf welcher Grundlage politische Ziele gesetzt werden, wenn die Instrumente, sie zu erreichen, nicht ausreichend erscheinen. Angesichts offenkundiger Fehlsteuerungen im Markt – zum Beispiel dem Ersetzen von Atom- durch Kohlestrom – wurde das Projektmanagement der Bundesregierung kritisiert. Erstaunen gab es im Teilnehmerfeld darüber, dass Deutschland beim Anteil der erneuerbaren Energien lediglich im europäischen Mittelfeld liegt.

Die Perspektive der Energiewende als Klimaschutzprojekt spannte Stefan Küper von der NGO Germanwatch im Vortrag „Klimaschutz vs. Wirtschaftsinteressen: Das Feilschen um die Wende – Atomausstieg, Kohlelobby und die erneuerbaren Energien“ weiter auf. Er zeigte, dass die Forschung deutlicher denn je auf einen menschengemachten Klimawandel hinweist und der Zeitraum, ihn zu begrenzen, immer knapper wird. Mit

der aktuellen Entwicklung der Emissionen – und den bereits erschlossenen Vorräten fossiler Energieträger – lässt sich dieses Ziel nicht erreichen, was auch massive wirtschaftliche Schäden nach sich zieht. So lässt sich Klimaschutz auch als Ringen langfristiger mit kurzfristigen Wirtschaftsinteressen verstehen. Das zeigte Küper an Kampagnenbeispielen von Energieversorgern, Industrie, Erneuerbaren und NGOs und stellte diesen Partikularinteressen gesamtwirtschaftliche Betrachtungen entgegen, die bereits heute positive wirtschaftliche Effekte einer nachhaltigen Energiewirtschaft zeigten. Klimaschutz habe das Zeug zum „Geschäftsmodell“, indem Wirtschaftswachstum vom Treibhausgasausstoß entkoppelt würde. In der Diskussion wurde in diesem Sinne erörtert, inwieweit ein Ausstieg aus der Kohle nicht dringender sei als aus der Atomenergie und wie die Chancen für den Klimaschutz stünden, wenn die wichtigsten Akteure – China, Indien und die USA – nicht mitmachen.

Im Anschluss saßen Teilnehmer und Referenten bis spät in die Nacht bei einem regen Austausch zusammen. Diskutiert wurden unter anderem Perspektiven für eine grüne Mobilität und die Möglichkeit einer Energiewende in der Chemie. Auch die Frage, wie die Kosten für den Netzausbau gerecht verteilt werden können und wie es in intelligenten Netzen um die Sicherheit der Daten bestellt ist, beschäftigte die Runde intensiv. Nicht zuletzt kam das Gespräch auch wiederholt auf die Frage, wie sich die Energiewende in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vermitteln lässt, ohne einer bestimmten Interessengruppe und Sichtweise das Wort zu reden.

26.4.

Diente der erste Tag dem Verständnis der Hintergründe der Energiewende und ihrem Stand, beschäftigte sich der zweite Tag damit, wie die Bedingungen ausgestaltet werden können, um ihr neuen Rückenwind zu geben.

Eine entscheidende Frage ist dabei die Ausgestaltung des Energiemarktes – hier wird der wirtschaftliche Rahmen für Erneuerbare und fossile Energien gesetzt, hier sorgen sich Haushalte und Industrie um steigende Strompreise. Das Thema „Wieviel Energiewende können wir uns leisten“ wurde aus drei Perspektiven beleuchtet – die der Politik, die der Erneuerbaren Energien und die der Stadtwerke.

Den Auftakt machte Rainer Schmelzer, der als stellvertretender Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion Ministerpräsidentin Kraft bei der Koordination der Energiewende in NRW unterstützt. Er unterstrich, dass die Erneuerbare-Energien-Branche im Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber geworden sei und das Land mit dem Wandel von fossiler zu erneuerbarer Energieerzeugung weniger vor einem Konflikt „Umwelt- versus Wirtschaftsinteressen“ als vielmehr vor einem weiteren Strukturwandel in der Energieindustrie stünde – beispielsweise vom Bau von Kraftwerkskomponenten zur Fertigung von Windturbinen. Dabei gelte es, die Emissionen zu senken, ohne die industrielle Basis zu gefährden. Schmelzer plädierte für ein Zusammenspiel aus dem Ausbau von Windkraft auch in dichtbesiedelten Gebieten, neueren Kohlekraftwerken unter Nutzung von Kraft-Wärme-

Kopplung und einem zügigen Netzausbau sowie Vergünstigungen für energieintensive Industrien. Neben dem Ringen um die dafür nötige Ausgestaltung von Markt- und Fördermechanismen berichtete er von dem zunehmenden Problem, dass zwar beinahe Alle die Energiewende wollten, doch der Widerstand gegen Baumaßnahmen vor Ort immer stärker werde.

Die Perspektive der Erneuerbaren Energien vertrat Jan Dobertin, Geschäftsführer der Landeszentrale für Erneuerbare Energien NRW. Er zeigte, wie Wind, Sonne und Co. die Abhängigkeit von Energieimporten verringern und Wertschöpfung in der Region halten. Zudem plädierte er dafür, die Diskussion nicht nur auf die Förderung der Erneuerbaren zu konzentrieren – die fossilen Energieträger würden ebenfalls stark subventioniert und ein erheblicher Teil der EEG-Umlage käme nicht den Anlagenbetreibern zu Gute, sondern läge an Fehlentwicklungen beim Handel über die Strombörse. Dementsprechend plädierte er dafür, Ökostrom nicht wie bisher an der Börse zu vermarkten, wo er sich durch die Schwankungen in seiner Verfügbarkeit die Preise selbst verderbe, sondern Stromhändler zu verpflichten, Ökostrom direkt vom Erzeuger abzunehmen und in ihre Portfolios zu integrieren. Außerdem forderte Dobertin Mechanismen, mit denen Strom möglichst in der Region verbraucht würde sowie die Einführung einer Steuer auf CO₂-Emissionen.

Die Sichtweise der Stadtwerke stellte Michael Wübbels vor, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbands Kommunaler Unternehmen. Er unterstrich, dass mit einem immer höheren Anteil erneuerbarer Energien und immer mehr Verbrauchern, die selbst Energie erzeugen, die verschiedenen Akteure stärker als bisher koordiniert werden müssen. Die bisherigen Fördermechanismen seien dafür nicht mehr geeignet, erneuerbare Energien müssten an den Markt gebracht werden und ihre Einspeisung stärker am Bedarf ausrichten. Dazu müssten sie verpflichtet werden, all ihren Strom über die Börse zu vermarkten. Eine Förderung darüber hinaus sollte über Auktionen festgelegt werden. Auch seien flexible konventionelle Kraftwerke und Speicher nötig, um die Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Wübbels sprach sich daher für einen Markt aus, der nicht nur die Einspeisung von Strom, sondern auch das Vorhalten von Leistung belohnt. In steigenden Energiepreisen sah Wübbels auch eine marktbasierende Chance, den Energieverbrauch zu senken, wobei Maßnahmen für mehr Effizienz steuerlich stärker gefördert werden sollten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den drei Referenten wurden die unterschiedlichen Sichtweisen und gemeinsamen Herausforderungen weiter herausgearbeitet. So beschäftigte die Runde, ob die Verantwortung für die Integration der Erneuerbaren Energien in den Markt stärker bei den Erzeugern oder bei den Anbietern von Energie liegen soll und wie sich eine Förderung ohne ausufernde Bürokratie bewerkstelligen lässt. Auch kam seitens der Teilnehmer die Frage nach sozialer Gerechtigkeit auf, wenn der Geringverdiener die Solaranlage des Hausbesitzers und die Rabatte für die Großindustrie mitfinanziert. Ein weiteres Thema war die Suche nach den effizientesten Technologien für die Energiewende und wie deren

Weiterentwicklung gefördert werden kann. Einig waren sich die Diskutanten darin, dass die zunehmenden Widerstände gegen den Ausbau von Wind, Sonne und Netzen vor Ort eine ernste Herausforderung für die Energiewende seien und dass – auch unter diesem Gesichtspunkt – die Rolle der Kommunen künftig wachsen wird.

Ein Schlüsselfaktor dafür stand im Mittelpunkt der zweiten Tageshälfte: Wie stehen die Bürger zur Energiewende und in welcher Weise wollen sie an ihr beteiligt werden? Dazu stellte Heidrun Lettau von der Hochschule der Medien in Stuttgart eine Studie vor, in der Bürger sowie Experten aus Wissenschaft, Politik und Industrie befragt wurden, wie die Bevölkerung an Ort und Stelle bei der Energiewende einbezogen werden sollte. Dabei zeigte sich, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren, stark auf das eigene regionale Umfeld begrenzt ist und sich die Erwartungen daran nach Gruppen unterscheiden: Sozial-ökologisch Engagierte, die Energiewende-Projekte in der Region aktiv mitgestalten wollen, kritisch Interessierte, die vor allem an einer besseren Informationspolitik interessiert sind, und Ablehnende, für die ein Engagement als wirtschaftlich lohnende Investition in Frage käme. Deutlich wird das Spannungsfeld zwischen Bürgern und Projektträgern, da Unternehmen und Kommunen in erster Linie zu mehr Informationen und einem Dialog bereit sind, während zwei der drei Gruppen darüber hinausgehende Angebote erwarten – Projekte aktiv mitzugestalten bzw. als Investor aufzutreten. Die anschließende Diskussion arbeitete vor allem heraus, wie sich am fließenden Übergang zwischen einem offenen Dialog und echter Mitgestaltung, zwischen Austausch und Ausgleich der Interessen, die Fähigkeit von Bürgerbeteiligung entscheidet, Widerstände abzubauen – und welche Bedingungen es dafür braucht. Auch wurden Fragen der demokratischen Legitimation von Konsultationsverfahren behandelt.

Vertieft wurde das Thema in Gruppenarbeit. Eine Gruppe erarbeitete einen Musterablauf für Bürgerbeteiligungsverfahren während die zweite Gruppe Studien zur Einstellung der Bürger zur Energiewende unter die Lupe nahm. Im Plenum stellten beide Gruppen ihre Ergebnisse vor.

Die Zustimmung der Bürger zur Energiewende ist demnach weiter ungebrochen, trotz steigender Preise spricht sich eine große Mehrheit für einen schnelleren Ausbau von Erneuerbaren Energien und Netzen aus. Die wichtigsten Interessen lassen sich einteilen in die jener Bürger, die in erster Linie mehr Nachhaltigkeit erwarten, derer, die primär eine demokratischere Energieversorgung wollen und solche, für die die Sicherheit im Vordergrund steht. Die Bürger kritisieren vehement Gerechtigkeits- und Transparenzlücken sowie eine mangelnde Mitsprache und erwarten von der Politik Abhilfe. Die Bereitschaft, selbst aktiv mitzuwirken, ist vorhanden, darf jedoch keine größeren Anstrengungen abverlangen.

Für ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren wurde es als wichtig angesehen, noch vor Festlegung der Projektplanung eine für alle Bürger offene Diskussionsrunde mit Experten einzuberufen und die aus dieser hervorgegangenen Vorschläge in einem Forum mit interessierten Bürgern zu besprechen und zu bewerten.

Den Abschluss der Veranstaltung bildeten eine Feedbackrunde und die Bewertung seitens der Teilnehmer. Sie stellten dem Seminar mit 1,4 eine sehr gute Note aus. Besonders wurde hervorgehoben, dass die Energiewende in ihrer ganzen Komplexität und auch in wichtigen, aber in der Berichterstattung oft vernachlässigten Facetten, greifbar wurde, so dass Jeder eine gute Ausgangsbasis und viele Anregungen für weitere Recherche und Meinungsbildung mitnehmen konnte.

Die Mehrzahl der Teilnehmer bedauerte, dass die Zeit insgesamt recht knapp bemessen war – mehr Pausen und noch mehr Zeit für Diskussionen wären wünschenswert gewesen. Auch habe das fachlich hohe Niveau der Diskussionen Teilnehmende, die mit dem Thema bislang keine Berührungspunkte hatten, stark gefordert.

Zuletzt fasste Jan Schoenmakers noch einmal die Kernaussagen der beiden Tage zusammen.

Dokumentation

Adam Szostkiewicz

Krzyżyk Putina [Das Kruzifix Putins]¹

Der Präsident Russlands ist aus taktischen Gründen religiös. Er hat erkannt, dass, wenn er das Imperium nicht mit Lenin und Marx wieder errichten kann, er es mit Gott versuchen muss.

Wladimir Putin arbeitet an seinem Image als frommer und konservativer Gläubiger der Orthodoxie. Dabei helfen ihm geistliche Fachleute und die Medien. Im russischen Fernsehen werden Journalisten gezeigt, die den religiösen Bekenntnissen Putins lauschen. Er erzählt, dass er in einer der Kirchen Leningrads getauft worden sei. Die Mutter habe ihn dort heimlich hingebacht, am Tage des heiligen Erzengels Michael, des Überwinders des Teufels. Der Glaube, hebt Putin hervor, sei Privatsache. Das hindert ihn allerdings nicht daran, im Fernsehen eine weitere wundersame Geschichte zu erzählen. Einst sei auf seiner Datsche ein Feuer ausgebrochen. In der Brandstätte habe man ein vom Feuer unbeschädigtes Kruzifix gefunden, ein Geschenk seiner Mutter. Seit dieser Zeit trenne er sich nicht mehr von dem Kruzifix. Auf Wunsch der Mutter habe er es in der Grabeskirche von Jerusalem segnen lassen.

Die Zukunft der weißen Welt

Putin ist Politiker und Staatschef. Davor war er lange Jahre hoher Offizier des sowjetischen Geheimdienstes KGB und Mitarbeiter des kommunistischen Sicherheitsapparats in der DDR. Sein Vater war während des Zweiten Weltkriegs Funktionär des NKWD, und sein Großvater muss ein Vertrauter des Sicherheitsapparats der UdSSR gewesen sein, wenn er als Koch Lenins und Stalins fungieren durfte. Die sowjetischen Geheimdienste bildeten ihre Agenten gewiss nicht mit der Bibel in der Hand aus. In der UdSSR waren fast bis zu ihrem Ende die Doktrin der Atheisierung der Gesellschaft und die Bekämpfung der Religion als Aberglaube und Obskurantismus vorherrschend. Die Orthodoxie wurde ähnlich wie andere Kirchen und Religionen verfolgt. Die religiösen Aktivitäten des Präsidenten Russlands scheinen demnach Element einer nachhaltigen, gut überlegten, wenn auch nicht auf Tatsachen beruhenden Imagekampagne zu sein, die der Stärkung seiner Autorität als „Vater der Nation“ dient. Die Medien zeigen Putin während Gottesdiensten inmitten von Gläubigen und Geistlichen. Der Präsident lässt sich auf dem österlichen Meeting frommer Harley Davidson-Biker genauso gern fotografieren, wie während seines Besuchs bei Papst Benedikt XVI im Vatikan. Vor diesem Besuch hatte man Putin sicherlich informiert, dass dem Papst mehr am Dialog mit den Orthodoxen als mit den Protestanten liege.

¹ In: Polityka, 18, 28.04-06.05.2014, S. 46-47

Papst Ratzinger erblickte in der Orthodoxie einen Verbündeten im Kampf gegen das, was der Katholizismus als „Zivilisation des Todes“ bezeichnet, also die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, die Euthanasie und homosexuelle Ehen.

Putin erzählt in den Medien immer wieder über die westliche Dekadenz und die Bedrohung der traditionellen Familie durch Schwule. Er gibt sich als eifriger Beschützer christlicher Werte. Der sittliche Konservatismus des russischen Führers gefällt den christlichen Konservativen im Westen. Die Verachtung, mit der Putin die westlichen Politeliten, die liberale Demokratie und die Konsumgesellschaft geißelt, gefällt wiederum den europäischen Rechtsextremen in den Niederlanden, Italien, England und Frankreich. Ihre Funktionäre besuchen Moskau, treffen sich mit den dortigen Faschisten, ja sogar mit Vertretern der russischen Führung. Im Jahre 2006 fand in Moskau (allerdings ohne offizielle Beteiligung des Kreml) ein Meeting europäischer Extremisten und Radikalen unter der Losung „Die Zukunft der weißen Welt“ statt.

Dmitrij Rogożyn, einer der engsten Mitarbeiter des Präsidenten, ehemaliger Botschafter der Russischen Föderation bei der NATO und gegenwärtig für die Verteidigung verantwortlicher stellvertretender Ministerpräsident, empfing 2013 die französische Präsidentschaftskandidatin und Chefin des Front National Marine Le Pen. Diese Sympathie einiger Vertreter aus der engsten Umgebung Putins für autoritäre Nationalisten, Rassisten und Antisemiten aus dem Westen nimmt – ähnlich wie ihre Sympathie für die aggressive Politik und Rhetorik Putin – unheilvolle Züge an.

Der Rechtsextremismus erhebt allerdings nicht nur in Russland sein Haupt. Dies geschieht im Zeichen des Kreuzes oder des Hakenkreuzes, manchmal gleichzeitig im Zeichen beider Symbole. So imponiert der radikale Putin der neonationaldemokratischen Rechten in Polen. Auf dem Portal mysl24.pl ruft der „Kommunalpolitiker und Enkel ostpolnischer Vorfahren“, Bartłomiej Królikowski, zur „Eröffnung des Dialogs über die Rückgewinnung der polnischen Ostgebiete“ auf, also zur Aufteilung der Ukraine zwischen Polen und Russland. Mit seinen Aufrufen zur Verteidigung des Christentums in den islamischen Ländern des Nahen Ostens und Afrikas gewinnt Putin wiederum die Anerkennung der Kirchen und gemäßiger christlicher Politiker. Schon das zaristische Russland war Beschützer und Förderer des Christentums im Heiligen Land. Nicht alle außerhalb Russlands erkennen die Zweideutigkeit der Situation, in der ein Ex-Funktionär des KGB christliche Werte verteidigt.

Staatskirche

Die Darstellung Putins als treuem Sohn der Orthodoxie wird von einer Politik begleitet, die die orthodoxe Kirche als Instrument einer staatsbildenden Ideologie stärken soll. Das Christentum bildet zusammen mit dem Islam, dem Buddhismus und dem Judaismus jene vier Religionen, die in Russland einen legalen Status haben. Die Orthodoxie hat eine privilegierte Position, obschon sie rein formal nicht Staatsreligion ist. Der Anblick des Oberhauptes eines säkularen Staates (unabhängig davon, ob es sich um Jelzin, Putin oder

Medvedev handelt) in der Kirche oder bei religiösen Festen ist der langen historischen Tradition des Bündnisses des orthodoxen Altars mit dem Zarenthron geschuldet.

Das nach der kommunistischen Ideologie entstandene Vakuum soll im postsowjetischen Russland durch einen mit der Orthodoxie verbundenen Nationalismus gefüllt werden. In den Schulen wird das Fach Orthodoxie angeboten. In der Armee gibt es Militärpriester und Garnisonskirchen. Nicht alle erinnern sich daran, um welche Orthodoxie es sich hier handelt. Die Orthodoxie hat wie der Katholizismus verschiedene Strömungen. Im postsowjetischen Russland dominiert eine erzkonservative Strömung. Hier überlebte die orthodoxe Kirche die sowjetischen Verfolgungen, hat ihr Überleben aber mit Kollaboration und der Ausdünnung religiösen Denkens bezahlt, das vor der bolschewistischen Revolution aufgeblüht war. Es ist diese Art von Orthodoxie, die Putin kennt und unterstützt.

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat man auf Staatskosten über 20.000 Kirchen renoviert oder neu errichtet. Der orthodoxen Kirche gibt man die von den Kommunisten konfiszierten Güter zurück oder zahlt Entschädigungen. Den Gouverneuren lässt der Kreml die Werke großer russischer Philosophen und religiöser Autoren wie Solovjov und Berdjajev zukommen, aber auch die Schriften Ivan Iljins, eines Monarchisten und Slavophilen, der von dem bekannten russischen Filmregisseur Nikita Michalkov verehrt wird. Iljin, der im Jahre 1922 aus dem bolschewistischen Russland vertrieben wurde, war ein imperialistischer Messianist. Er ging davon aus, dass die Bestimmung Russlands darin bestehe, im Rahmen weltweiter geistiger und politischer Entwicklungen eine Schlüsselrolle zu spielen. Seine Gebeine wurden 2005 nach Russland überführt und auf Geheiß Putins – ähnlich wie im Falle zahlreicher anderer Weißer – zum zweiten Mal beigesetzt. Der amerikanische Publizist David Brooks schrieb im März in der New York Times, dass Putin Iljin und andere russische Messianisten lese, die vom XIX auf das XX Jahrhundert aktiv waren. Sie verkündeten, dass Russland, obschon vom Westen kritisiert und erniedrigt, sich als Kraft erweisen werde, die in der Lage sei, die westlichen Ideen des Säkularismus, Rationalismus, der Freiheit und bürgerlichen Freizügigkeit einzudämmen. Nach Auffassung von Brooks hat Putin diesen Messianismus bisher nicht allzu wörtlich genommen. Aber die ukrainische Krise könne das ändern. Man sehe, dass die Equipe Putins die Weichen neu stellt, dass sie zu der Idee Russlands als „Ausnahme“ zurückkehrt, dem es erlaubt sei, mehr anzustreben als anderen Nationen.

Kaum zu glauben, dass Präsident Putin noch knapp vor einem Jahr, im September (2013), in der New York Times einen Artikel zum Bürgerkrieg in Syrien veröffentlichte, in dem er vor der „Doktrin der Besonderheit“ einer Nation oder eines Staates warnte. Die Ermahnung richtete er an die Vereinigten Staaten, die sich unter den Staaten und Nationen der Welt gerne als politischer und kultureller Messias verstehen. Zwar seien alle Länder verschieden, hob Putin hervor, aber wir sollten bei unserer Bitte um Gottes Segen immer daran denken, dass Gott uns als Gleiche erschaffen hat. Damals ließen sich die Worte des Präsidenten Russlands als Aufforderung zur Kooperation – und nicht zur Konfrontation – auffassen. Heute hat sich der Ton drastisch verändert. Präsident Ronald

Reagan nannte die UdSSR einst „Reich des Bösen“, heute revanchiert sich Putin, indem er das „gottlose Amerika“ anprangert. Und die extreme Rechte marschiert unter der Losung „Orthodoxie oder Tod!“ durch Moskau.

Putin liest nichts

Was also ist Putin? Messianist oder Faschist? – rätseln die Kommentatoren. Besonders jetzt, wo das Russland Putins den Westen im Stile des Kalten Krieges auf der Krim herausgefordert hat. Der amerikanische Historiker Timothy Snyder schreibt in „New York Review of Books“, dass die Antwort Putins auf die Institutionen, die Politik und die Werte des Westens die Eurasische Union sei. Die eurasische Idee stelle die Verneinung der europäischen Idee dar. Ihr weitreichendes Ziel sei ein neofaschistisches Imperium, das ganz Europa und einen Teil Asiens – bis hin nach China – umfassen soll. Snyder hält den russischen Chauvinisten Aleksandr Dugin, für den Vater dieses Projekts. Dugin ist für die Einverleibung der Ukraine in die russische Einflussphäre und vertritt eine Ideologie des Nationalbolschewismus, also die russische Variante des Faschismus. Seine Ideen werden angeblich von vielen Leuten aus der Equipe Putins geteilt, unter ihnen der erwähnte stellvertretende Ministerpräsident Rogożyn und Sergej Glazev, der Wirtschaftsberater Putins (beide stehen nach der Annexion der Krim auf der schwarzen Liste der USA). Im letzten Jahr ist Dugin mit dem Ungarn Gabor Vona, dem Chef der weiter erstarkenden nationalistischen Partei Jobbik, zusammen gekommen.

Der polnische Russlandexperte Adam Pomorski, Übersetzer schöner Literatur und Vorsitzender des PEN-Clubs, vergleicht Putin mit dem Zyniker Piotr Verchovenski, einer Gestalt aus den „Dämonen“ Dostojewskijs. Pomorski hält es für einen Fehler, bei der Analyse der Politik Putins statisch zu denken. Putin müsse dynamisch betrachtet werden, und zwar im Kontext der auf rechten, nationalistischen und faschistischen Portalen weit verbreiteten Ideologien. Dort herrscht die von Jevgenij Messner vertretene Doktrin des permanenten Krieges. Eines Krieges, bei dem Spezialkräfte eingesetzt werden, die das gegnerische Land destabilisieren und ethnische Konflikte anheizen. „Es ist Unsinn, dass Putin russische Religionsphilosophen studiert, der liest gar nichts. Sein Lieblingsbuch ist ‚Schild und Schwert‘ von Vadim Koževnikov“, stellt Pomorski fest. Hierbei handelt es sich um einen Roman über heldenhafte Tschekisten. Der Titel spielt auf das Wappen des sowjetischen Sicherheitsdienstes an.

Der an die Ukraine gerichtete Vorwurf, dass sie von durch den Westen – und damit auch von Polen – inspirierten faschistischen Putschisten regiert werde, ist ein Beispiel für die neue Politik Putins, die auf begrifflichen Manipulationen im Stile Hitlerscher Propaganda beruht. Die Annexion wird als Befreiung, die Proteste werden als Übergriffe und die antieuropäische Politik Viktor Janukowitschs wird als Putsch, der Euromajdan als Bande von Bandera-Anhängern bezeichnet.

Das Russland Putins geht von einer Politik des Aufbaus nationalen Kapitals und des Wiederaufbaus der Souveränität des Staates zu einer gezielt unberechenbaren Politik über, die sich nicht an Spielregeln hält – meint der vom Kreml unabhängige Publizist

Aleksandr Morozov, Redakteur der Internetzeitung „Russkij Žurnal“. Gegenwärtig beobachten wir eine Phase der konservativen Revolution. Historisch betrachtet entspräche ihr in gewissem Grade die gegen die Weimarer Republik ankämpfende konservative Revolution in Deutschland vor dem Machtantritt Hitlers. Nach Ansicht Morozovs verändert sich Präsident Putin gerade in so einen „permanenten Revolutionär“, der an der Spitze einer weltweit agierenden antiliberalen und antiwestlichen konservativen Internationale steht.

Die russische orthodoxe Kirche, die mit Putin so eng kooperiert, wurde von ihm in eine unangenehme Lage versetzt. Nicht allen Gläubigen hat es gefallen, dass ein Funktionär des Moskauer Patriarchats, der Priester Vsevolod Čaplin, den Einmarsch russischer Einheiten in die Ukraine „als friedenserhaltende und zivilisatorische Mission Russlands“ bezeichnet hat. Der Publizist Morozov mahnt in seiner Analyse davor, dass der revolutionäre Konservatismus Putins teuer werden könnte. Nicht nur für die Ukraine und den Westen, sondern auch für Russland.

zw

Erinnern

Theo Mechtenberg

Tadeusz Różewicz in memoriam

Mit 92 Jahren verstarb am 24. April 2014 der weit über seine Heimat hinaus bekannte polnische Lyriker, Dramatiker und Essayist Tadeusz Różewicz. Seine rund 50 Gedichtbände wurden nicht nur in alle Weltsprachen, sondern auch ins Arabische und Keltische übersetzt, seine Dramen beleben weltweit die Bühnen. Er erhielt die Ehrendoktorwürde angesehener Universitäten und wurde mit nationalen und internationalen Preisen überhäuft. Der Nobelpreis allerdings blieb ihm versagt, obgleich er immer wieder als möglicher Kandidat genannt wurde und er ihn gewiss verdient hätte.

Frühe Begegnung mit dem Werk von Różewicz

Meine erste Bekanntschaft mit seinem Werk liegt 50 Jahre zurück. Damals gab es eine Gruppe in Leipzig studierender polnischer Germanistikstudenten, zu der ich als Magdeburger Studentenfarrer in Kontakt stand. 1964 gestaltete sie mit eigenen Übersetzungen polnischer Gegenwartsliteratur für die Magdeburger Gemeinde ein Wochenendseminar. Aus dieser Begegnung ist mir besonders die "Erzählung von alten Frauen" in Erinnerung geblieben, die – wie es in diesem Langgedicht heißt – ihren häuslichen Alltagspflichten nachkommen, egal ob ein Mensch, die Zivilisation oder gar Gott stirbt:

Ich liebe die alten Frauen,
die häßlichen Frauen,
die bösen Frauen.

Sie sind das Salz der Erde
sie verabscheuen den menschlichen Abfall nicht.

Sie kennen die Kehrseite
der Medaille
der Liebe
des Glaubens

In Granit gemeißelt findet man dieses Gedicht in einem Park der finnischen Hauptstadt. Für die Studentinnen und Studenten wie auch für mich war dieses Wochenende ein Aha-Erlebnis. Ein solch lyrischer Tonfall, eine solche Verdichtung der Sprache, frei von jeglicher ideologischen Zweckbestimmung, waren wir in der DDR nicht gewohnt. Hier herrschte eine repressive, dem „sozialistische Realismus“ verpflichtete Kulturpolitik, die alles Geistige mit ihrem Mehlstaub überzog. Jenes Wochenende trug dazu bei, dass einige der Seminarteilnehmer Polen mit seinem relativ freien Kulturleben für sich entdeckten.

Von der Kriegsverwüstung gezeichnet

Ich hörte damals bei meinen zahlreichen Polenreisen immer wieder, zumal in Kreisen von Studierenden, den Namen Różewicz. Und immer wieder war von seinem 1947 erschienenen Debüt-Band „Niepokój“ (Unruhe) die Rede. Der hatte offenbar nach zwei Jahrzehnten nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. In dem autobiographisch gefärbten Text „Gerettet“ heißt es:

Vierundzwanzig bin ich
gerettet
auf dem weg zum schlachten.

(...)

Ich sah:
menschen wie tiere getötet
fuhren zerhackter menschen
ohne erlösung.

(...)

Verbrechen und tugend sind gleich
ich sah:
einen der schuldig
und schuldlos zugleich war.

Ich suche den lehrer und meister
der mir den blick das gehör die sprache wiedergibt
der mir noch einmal die dinge und die begriffe nennt
das licht von der dunkelheit scheidet.¹

Es ist das unsagbare Grauen des Krieges und der zu dieser Zeit in Polen verübten Verbrechen, die Różewicz mit seinen Versen zum Ausdruck bringt. Er erlebt am 1. September 1939 den Zusammenbruch bisheriger Ordnungen. An diesem ersten Tag des deutschen Überfalls auf Polen versanken große Teile seiner Heimatstadt Radomsko unter einem Bombenhagel in Schutt und Asche. Wenig später musste er mit ansehen, wie seine jüdischen Freunde ins Getto gesperrt wurden, um bald darauf in die Vernichtungslager abtransportiert zu werden:

Die eingemauerten Lebenden starben
schwarze Fliegen legten ihre Eier
aufs Menschenfleisch.
Von heute auf morgen
pflasterte man Straßen
mit aufgedunsenen Köpfen.²

¹ Karl Dedecius (Hg): Tadeusz Różewicz, Gedichte, Stücke, Frankfurt/M. 1983, S. 19f

Różewicz folgte seinem Bruder Janusz in den Widerstand. Der wurde 1944 gefasst, verhört, gefoltert und am 7. November erschossen. Er selbst entging mit seiner Verlobten und späteren Frau mit knapper Not dem gleichen Schicksal.

Gepriesen und gemaßregelt

Sein Debüt „Niepokój“, mit dem Różewicz das Lebensgefühl seiner von Krieg und materieller wie seelischer Verwüstung gezeichneten Generation zum Ausdruck brachte, wurde mit überschwänglichem Lob bedacht. Julian Przyboś, die Autorität unter den damaligen Lyrikern, sah in dem Debütanten mit der ihm eigenen Metaphorik einen Poeten „wie Minerva voll gerüstet dem Haupt des Zeus“ entsprungen.³ Doch derlei öffentliche Anerkennung war dem jungen Lyriker nur für eine kurze Zeit beschieden. Mit dem berüchtigten Stettiner Schriftstellerkongress von 1949 wurden auch Polens Literaten auf den „sozialistischen Realismus“ verpflichtet und einer repressiven Kulturpolitik unterworfen. Sie sollten vor allem als „Ingenieure der Seele“ dem System dienen. Różewicz verweigerte sich und zahlte dafür einen hohen Preis. Seine Gedichte wurden nicht mehr gedruckt, seine Familie geriet in finanzielle Not. 1954 traf ihn der Bannstrahl öffentlicher Verurteilung. Sein literarisches Schaffen wurde mit den Etiketten „barbarisch“, „bürgerlich“ und „antisozialistisch“ versehen. Als 1956 nach dem „Polnischen Oktober“ und dem Machtantritt Gomułkas die Jahre des Stalinismus endeten und eine Phase relativer kultureller Freiheit anbrach, konnte auch Różewicz wieder publizieren. Aber dem in Warschau und Krakau konzentrierten Kulturbetrieb blieb er, in Gleiwitz und später in Breslau wohnhaft, fern.

Poesie einer durch Auschwitz bedingten zivilisatorischen Zäsur

„Niepokój“ war mehr als nur das Debüt eines begnadeten Dichters. Dieser Band markiert eine zivilisatorische Zäsur. Nichts ist mehr, wie es einst war. Ein Neuanfang durch bloße Anknüpfung an die Vergangenheit verbietet sich. Auch poetologisch. So heißt es in dem Gedicht „Zwiastowanie“ (Verkündigung) programmatisch: „verkündigung der Poesie / weckt im Menschen / voller Leben / schrecken.“⁴ Różewicz spricht geradezu von seinem „Hass auf die Poesie“ und wendet sich damit gegen eine Ästhetisierung, die noch die schrecklichsten Inhalte durch die Form zu beschönigen weiß und die Lektüre eines solchen Gedichts zu einem Kunstgenuss werden lässt. Hier trifft sich Różewicz mit Adorno. In dessen „Noten zur Literatur“ warnt Adorno vor Texten, die es an der nötigen Scham vor den Opfern fehlen lassen, durch eine „trübe Metaphysik“ dem sinnlosen Morden Sinn verleihen und die sich im Rückgriff auf die Opfer als „Kunstwerke“ präsentieren. „Indem noch der Völkermord in engagierter Literatur zum Kulturbesitz wird, fällt es leichter, weiter mitzuspielen in der Kultur, die den Mord gebar“.⁵

² Henryk Bereska, Heinrich Olschowsky (Hg.): Polnische Lyrik aus fünf Jahrzehnten. Berlin (Ost) 1975, S. 277f.

³ Zbigniew Majchrowski: Różewicz. Wrocław 2002, S. 5

⁴ Henryk Bereska: Recycling. Ein Poem. Berlin 2000, S. 39

⁵ Theodor W. Adorno: Engagement. In: Noten zur Literatur III. Frankfurt/M. 1965, S. 125 -127

Adornos Aussagen sind durch Auschwitz bedingt. Auch Różewicz nimmt immer wieder auf Auschwitz Bezug. So etwa in dem 1999 veröffentlichten, dreiteiligen Poem „recycling“.⁶ Darin verdeutlicht er, wie Auschwitz in der Geschichte nachwirkt – durch die Bereicherung westlicher Banken am Judenmord, durch den trotz allem fortwirkenden Antisemitismus in seiner polnischen Heimat:

immer öfter liest man an den mauern
unserer städte inschriften in polnisch
„Juden ins Gas“ und auf Deutsch „Juden raus“
leichtfertige junge Leute
schlechterzogene jungs kinder
zeichnen den Davidstern
hängend am galgen

Am Beispiel des Lagerkommandanten Höß, der bei all seiner Grausamkeit ein „Bewunderer klassischer Musik war, der seine Kinder, seine Hunde und den kleinen Garten rund um seinem Haus liebte“, zeige sich die Vereinbarkeit des Unvereinbaren, die „Agonie der Zivilisation“.⁷

„Müll“ als zivilisatorischer und kulturkritischer Begriff

Durch den Bezug zu Auschwitz ist die Lyrik von Różewicz bereits vom Ansatz her zivilisations- und kulturkritisch. 1983 bringt er dies auf die Formel „Ein Dichter der Müllhaufen ist / der Wahrheit näher / als ein Wolkenpoet.“⁸ „Müll“ ist gleichsam der Schlüsselbegriff seiner Zivilisations- und Kulturkritik. Von Różewicz weiß man, dass er zum Hörer griff, um sich beim mit ihm befreundeten Stadtpräsidenten zu beschweren, sobald er in der Nähe seiner Breslauer Wohnung Müll entdeckte. Wo er auch auf seinen Reisen hinkommt, immer und überall stößt Różewicz auf Müll. So notiert er während der Pariser Studentenunruhen im Mai 1968: „... in den Straßen wuchsen die Müllberge bis hoch zum ersten Stock.“⁹ Seinen Eindruck von Neapel fasst er in den Vers: „in der ausgestorbenen straße tobte ein wind / trieb müll vor sich her.“¹⁰ Und in „recycling“ verdeutlicht Różewicz am Beispiel des Rinderwahns, dass der technische Fortschritt mit seinen Abfallbergen und ihrer Wiederverwertung zu einer Bedrohung des Menschen wird: „Die verbrecherische Amoral der Wissenschaft mischt sich mit Politik, Ökonomie und Börse.“¹¹

Różewicz und die Gottesfrage

In einem Interview aus dem Jahr 1999 findet sich ein interessanter, wenngleich verdeckter Hinweis auf die Gottesfrage, die Różewicz mit zunehmendem Alter umso

⁶ Tadeusz Różewicz: *zawsze fragment. Recycling*. Wrocław 1999

⁷ Stanisław Bereś: *Historia literatury w rozmowach. XX-XXI wiek*. Warszawa 2002, S. 78f

⁸ Zbigniew Majchrowski, a.a.O., S. 154; 180

⁹ Ebd., a.a.O., S. 153

¹⁰ Tadeusz Różewicz: *Et in Arcadia ego*, In: *Poezje zebrane*. Wrocław-Warszawa 1971, S. 535

¹¹ Tadeusz Różewicz, *Recycling*, a.a.O.

intensiver beschäftigte. Ihm sei in Krakau kurz nach dem Krieg der Gedanke gekommen, „ein Poem über die zerstörte Marienkirche zu schreiben, die – wie wir wissen – gar nicht zerstört war, doch in meiner Vorstellung erschien sie als Ruine.“¹² Hinter dieser von Różewicz letztendlich nicht ausgeführten Idee steckt seine Überzeugung des durch Auschwitz bedingten Zivilisationsbruchs, von dem weder Christentum und Kirche noch die Gottesfrage als solche ausgenommen sind. In der als zerstört gedachten Marienkirche sah er offenbar ein Symbol der Vernichtung einst gültiger, auch religiöser Werte sowie ein Zeichen der Gottverlassenheit.

Für einen in seiner Kindheit und Jugend religiös sozialisierten Menschen – und als solcher muss Różewicz gelten – stellt sich angesichts von Auschwitz die Theodizeefrage: Wie konnte Gott das zulassen? Warum hat er den millionenfachen Judenmord nicht verhindert? Kann man nach Auschwitz überhaupt noch an Gott glauben? Ist nicht mit und nach Auschwitz eine Zeit der Gottverlassenheit angebrochen? Gibt es Gott überhaupt?

In einer Vielzahl von Texten ringt Różewicz um die Gottesfrage, oftmals im Zwiegespräch mit toten Dichtern, Philosophen und Malern. So etwa in dem 1994/95 entstandenen Gedicht „Francis Bacon oder Diego Velázquez auf dem Zahnarztstuhl“.¹³ Darin schildert er, dass die Maler früherer Jahrhunderte noch gebetet haben, bevor sie ihr Werk begannen, dass man aber auch zu ihrer Zeit gemordet, vergewaltigt und gefoltert hat: „doch sie glaubten an des fleisches auferstehung / an ewiges leben“. Und durch Leerzeilen deutlich abgehoben folgen die Worte:

schade daß ... wir ...

Was hier durch Punkte angedeutet ist, bringt Różewicz in dem persönlich gefärbten Gedicht „ohne“¹⁴ deutlich zum Ausdruck. Darin beklagt das lyrische Ich eine doppelte Gottverlassenheit: „warum hast du.../ mich verlassen.../ spurlos und ohne zeichen / ohne ein wort“. Und: „warum habe ich / Dich / verlassen“. Die Antworten auf diese quälenden Fragen bleiben Vermutungen, stehen unter einem jeweiligen „vielleicht“. Die Gottverlassenheit bedingt die Aporie eines möglich-unmöglichen Lebens: Den Text unterbrechend und ihn abschließend heißt es: „ein leben ohne gott ist möglich / das leben ohne gott ist unmöglich“.

Im hohen Alter entdeckt Różewicz Gott für sich neu – nicht den fern vom Menschen über der Welt thronenden erhabenen Gott, sondern den, der sich im Menschen zu erkennen gibt. In „Ich sah IHN“¹⁵ ist es ein auf einer Bank schlafender Penner, von dem

¹² Stanisław Bereś: Historia literatury polskiej, a.a.O., S. 71

¹³ Tadeusz Różewicz: zawsze fragment, a.a.O., S. 5-15

¹⁴ Karl Dedecius: Lyrisches Quintett. Frankfurt/M. 1992, S. 135

¹⁵ Tadeusz Różewicz: zawsze fragment, a.a.O., S. 84-86

es heißt: „das ist der Statthalter / Jesus auf erden / und vielleicht der menschensohn selbst.“

Mit dem 2004 erschienenen Gedicht „Gehschule“¹⁶ scheint Różewicz's Auseinandersetzung mit der Gottesfrage zu einem gewissen Abschluss gekommen zu sein. Der achtzigjährige Dichter hält Zwiesprache mit dem aus Breslau strammenden Dietrich Bonhoeffer. Ihm haben die heutigen polnischen Bewohner der Stadt ein Denkmal errichtet, einen kreuzförmigen Torso „ohne kopf ohne arme“. An diesem Ort liest Różewicz die von Bonhoeffer in seiner Tegeler Haftzelle verfassten Gedichte. Er überdenkt sein lebenslanges Schaffen und lässt sich von Bonhoeffer sagen:

beginne von vorn
beginne noch einmal sprach er zu mir
lerne gehen
lerne schreiben lesen
denken

Und im Vollzug dieses Neudenkens übernimmt Różewicz Bonhoeffers Gedanken eines „religionslosen Christentums“: dass wir als mündige Menschen in der Welt leben als gäbe es Gott nicht; ein Leben der Gottverlassenheit vor Gott, „würdig“, ohne mit „strafe“ oder „lohn“ zu rechnen. Angesichts von Hitlers Hinterlassenschaft, angesichts des verbreiteten „antisemitismus“, angesichts von „passion und holocaust“ fragt Różewicz den evangelischen Theologen und ermordeten Widerstandskämpfer: „ob gott wohl erschrak / und die erde verließ?“ Dreimal stellt er die Frage und dreimal erhält er die gleiche Antwort, indem der Gefragte „den finger an die lippen legt“ – kein Zeichen des Verstummens, sondern des Schweigens. Und dem Schweigen folgt die Tat:
er stand auf und ging

er folgte Christus
folgte Christus nach
Schweigen und Nachfolge als letzte Antwort auf die quälende Frage nach Gott in einer gottverlassenen Welt.

Zu seiner letzten Ruhestätte wählte Tadeusz Różewicz den evangelischen Friedhof in Karpacz. Der Ort in den Bergen war ihm in Zeiten der Erholung ans Herz gewachsen. Hier wurde er in ökumenischer Gemeinsamkeit vom evangelischen Pastor und dem katholischen Pfarrer beerdigt. In seinem Testament heißt es dazu: „Vielleicht trägt dies zu einem besseren Zusammenleben dieser beiden getrennten Bekenntnisse bei und bringt die Kulturen und Nationen einander näher, die auf dieser Erde lebten und leben. Es möge sich der Traum des Dichters erfüllen, der prophezeite, dass alle Völker Brüder sein werden. Amen.“¹⁷

¹⁶ Tadeusz Różewicz: Nauka chodzenia. In: Tygodnik Powszechny, 22/2004

¹⁷ <http://tygodnik.onet.pl/kultura/pisalem-zeby-nie-mowic/=v3qp>

Manfred Sellmayer¹

Schillergymnasium Münster und GESW Vlotho – 23 Jahre eng verbunden im deutsch-polnischen Schüleraustausch

Ein Erfahrungsbericht

Im September dieses Jahres feierte das GESW sein 60-jähriges Jubiläum, worauf in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift ausgiebig eingegangen wurde. Der Blick zurück verdeutlichte die vielfältig erfolgreiche Arbeit des GESW, die hier noch um einen Bericht zum Thema „Deutsch-polnischer Schüleraustausch“ ergänzt werden soll – ein Austausch, der prägende Eindrücke bei allen Teilnehmern hinterließ, die ohne die alljährlichen Vorbereitungsseminare beim GESW so nicht möglich gewesen wären. Von den zahlreichen bedeutsamen Aspekten dieser Kooperation sollen im Folgenden die wichtigsten angesprochen werden.



Als ich im Frühsommer 1990 von einem Kollegen aus Kamen den Tipp erhielt, die Vorbereitung unserer unmittelbar bevorstehenden ersten Begegnung mit unserem neuen Partner im Schüleraustausch, dem IV. Liceum in Kattowitz, beim GESW in Vlotho zu gestalten, wusste ich wenig damit anzufangen, hatte ich doch noch nie etwas vom GESW gehört. Aber schon die ersten Erkundigungen verdeutlichten, was eigentlich schon der Name sagte: Eine Bildungseinrichtung, die sich die Entwicklung eines zusammenwachsenden Europas zum Ziel setzte und junge Menschen in West und Ost auf die Begegnungen miteinander vorbereitete. Dass das GESW auch Veranstaltungsort für z. B. deutsch-polnische Schülerbegegnungen, für Lehrerfortbildungsseminare und für besonders auch deutsch-polnische Multiplikatortreffen war, erfuhr ich erst später, nachdem ich das Studienwerk mit meiner ersten Schülergruppe kennen- und schätzen gelernt hatte.

Denn schon bei unserem ersten Vorbereitungsseminar im Herbst 1990 wurde klar, wie geeignet das GESW zur Vorbereitung einer Schüleraustauschbegegnung war. Diese Seminare – und es wurden in den 23 Folgejahren auch 23 Seminare (!), setzten da an, wo eine Vorbereitung der beiden Schüleraustauschbegegnungen pro Jahr (bis 2010 mit dem IV. Liceum Katowice, ab 2011 mit dem I. Liceum Lublin) in der Schule bzw. im Unterricht nicht möglich war: Bestimmten doch Klischeevorstellungen von „polnischer Wirtschaft“ oder Kriminalität („Kaum gestohlen, schon in Polen!“) das Polenbild in der

¹ Manfred Sellmayer ist Gymnasiallehrer und Vorstandsmitglied des GESW e.V.

deutschen Öffentlichkeit, waren die Lehrpläne noch deutsch-polnisch unterentwickelt und erwies sich Polen somit geographisch, politisch und kulturell für unsere Schüler als „Weißer Fleck“ auf der Landkarte Europas. Es ergab sich also die dringende Notwendigkeit, diese Wissens – und Erfahrungsdefizite schnellstmöglich auszugleichen. Und was war dafür geeigneter als die persönlichen Begegnungen der deutschen und polnischen SchülerInnen miteinander im Schüleraustausch?

Damit stellte sich aber auch gleich die Frage, wie man unter (zunehmend!) schwierigeren schulischen Bedingungen die Begegnungen der deutschen und polnischen Austauschschüler inhaltlich und zeitlich so vorbereiten konnte, dass eine solche Vorbereitung einerseits möglichst effektiv ausfiel, andererseits aber auch den Schülern Spaß machte. Diese beiden Elemente wurden in den folgenden 23 Jahren Leitmotive einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem Schillergymnasium Münster und dem GESW, bei der Hunderte von SchülerInnen an den Vorbereitungsseminaren teilnahmen.



Was waren die Grundpfeiler dieses Erfolgsmodells?

Mitsprache bei der Themenwahl

Schon im Vorfeld der Planung in der Schule wurden die Interessen der Teilnehmer zur Richtschnur der Seminarplanung: Wollen wir uns mit dem Thema „Jugend in Polen“ beschäftigen? Interessieren wir uns für die wichtigsten Eckpunkte der deutsch-polnischen Geschichte? Wollen wir uns mit der

gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Lage in Polen befassen? Wollen wir kulturelle Besonderheiten in Polen kennenlernen? Wie stellen wir uns zu Schuld und Verantwortung: Wollen wir uns mit Auschwitz bzw. Majdanek auseinandersetzen? Wollen wir uns mit den praktischen Dingen des alltäglichen Lebens (vom Gastgeschenk bis zum Geldumtausch ...) befassen? Wollen wir eine Einführung ins Polnische erhalten? ...

Das sind nur Beispiele für die erste Planungsphase, die von dem Grundsatz ausging: Wir wollen möglichst gut vorbereitet nach Polen fahren und besuchen daher ein dreitägiges Vorbereitungsseminar (Freitag bis Sonntag) beim GESW Vlotho. In der zweiten Phase wurden dann die Schülerwünsche mit den Dozenten des GESW abgestimmt und es wurde ein Seminarprogramm entwickelt, das die unterschiedlichen Interessenschwerpunkte der Schüler thematisiert Hier ein Beispiel, das vor Ort noch weiter modifiziert wurde:

Seminar-Nr. 38.2/ 13 vom 20. – 22 September 2013
mit Schülerinnen und Schülern des Schillergymnasiums Münster

Leitung: Dr. Zbigniew Wilkiewicz

Thema: **Polen in Geschichte und Gegenwart**

Arbeitsplan

Freitag, 20. September

Anreise bis 16.00 Uhr zum Kaffee

17.00 Uhr Vorstellung des Hauses und des Seminarablaufs
Polnisch Schnupperkurs
18.30 Abendessen
20.00 Schwerpunkte deutsch-polnischer Beziehungen in Geschichte und
Gegenwart
Power-Point-Präsentation

Samstag, 21. September

08.30 Uhr Frühstück
09.30 Neuralgische Punkte der deutsch-polnischen Beziehungen
Vortrag und Diskussion
11.00 Bildung von Arbeitsgruppen zu den Themen

- Sind die Polen anders?
- Polnisches Schulsystem
- Jugend und Medien
- Deutsche und polnische Erinnerungsorte

12.30 Mittagessen
14.30 Kaffee
15.00 Arbeit in den AGs
18.30 Abendessen
20.00 Polnischer Spiel- oder Dokumentarfilm

Sonntag, 22. September

08.30 Uhr Frühstück
Präsentation der Ergebnisse aus den AGs
im Plenum
11.00 Seminauswertung
12.00 Mittagessen, danach Abreise.

Derart positiv eingestimmt machten sich unsere Austauschgruppen in bester Laune auf den Weg nach Vlotho, wo die positive Grundstimmung weiter intensiviert wurde durch den freundlichen Empfang seitens der Seminarleiter von zunächst Dr. Mechtenberg und

dann Dr. Wilkiewicz sowie die Unterbringung in den sehr ansprechenden Zimmern, besonders der alten Gründerzeitvilla, des Hauses Praha.

Die Seminare selbst motivierten vor allem durch die **Kompetenz der Dozenten** (Geschichte/Politik/Gesellschaft: Dr. Wilkiewicz - Ökonomie/Jugend/Bildung: Dr. Schlüsselbauer) im inhaltlichen und methodischen Bereich zum Erwerb der wichtigsten Kenntnisse über Land und Leute, sie motivierten die Schüler in hohem Maße zur Mitarbeit – immer erfolgte ein Wechsel zwischen Informationsphasen durch die Dozenten und Erarbeitungsphasen im Workshop-Charakter durch Schüler-AGs, bei denen die Ergebnisse anschließend auch von den Gruppen in unterschiedlicher Form präsentiert wurden.

Neben der Seminararbeit über die wichtigsten Sachthemen entwickelte sich im Laufe der Jahre unter der Hilfestellung kompetenter Dozenten immer mehr die **Internetkommunikation** mit den polnischen Partnern. Waren es in der Anfangsphase noch Briefe mit aufgeklebten Fotos, die per Post verschickt wurden, um den „richtigen“ Austauschpartner zu finden, so entwickelte sich schnell immer stärker die Kommunikation über Mails oder soziale Netzwerke.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildete die Vorbereitung auf die deutsch-polnische **Projektarbeit**, die in Vlotho eingeleitet und dann in den Schulen fortgesetzt und bei den Begegnungen selbst beendet wurde. Als besonders bedeutungsvoll erwies sich die dabei die Kommunikation über das europäische Schulnetzwerk „eTwinning“, über das in Vlotho mehrere deutsch-polnische Austauschprojekte, wie z. B. ein deutsch-polnisches Theaterstück über Joseph von Eichendorff, das gemeinsam anlässlich der Feierlichkeiten zu dessen 150. Todestag im November 2007 in Eichendorffs Geburtsort Lubowice aufgeführt wurde, eingeleitet wurden.

Besonders bedeutsam war dabei immer auch die beim GESW initiierte Zusammenarbeit mit den unterstützenden **Austausch – und Begegnungsinstitutionen**, wie z. B. dem DPJW oder der Europäischen Jugendbegegnungsstätte in Kreisau, bei der 2009 ein eTwinning-Projekt zum Thema „Jugend in Deutschland und Polen“ durchgeführt werden konnte.

Eine hohe Motivation lösten auch die von Dr. Schlüsselbauer für das GESW durchgeführten **Studienfahrten nach Berlin und Brüssel** aus, die für die Austauschgruppen mit dem vielfältigen Programmen zur bilateralen deutsch-polnischen Zusammenarbeit und zur Kooperation in der EU durch den Besuch wichtiger Institutionen neben dem Besuch der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Berlins und Brüssels ganz besondere Highlights darstellten.

Dass es bei den Vorbereitungsseminaren auch um die ganz **praktischen Informationen** zum alltäglichen Leben in Polen und zum Verhalten im anderen Land ging, komplettierte die Vorbereitungen ebenso wie der (obligatorische!) Polnisch-

Schnupperkurs. Fragen des passenden Gastgeschenks, des angemessenen Verhaltens in der Gastgeberfamilie, des Alkoholtrinkens und der gesetzlichen Bestimmungen, Fragen eines vernünftigen Auftretens in der Öffentlichkeit – immer wieder wurden die Themen ausgiebig erörtert, die den Schülern zur Bewältigung des Alltags besonders wichtig zu sein schienen.

Ein nicht unmaßgeblicher Aspekt war auch die **Gruppenbildung**, was bedeutete, dass sich die z. T. aus verschiedenen Stufen oder Kursen zusammengesetzte Schülergruppe untereinander besser kennenlernte (bei der gemeinsamen Arbeit, aber durchaus auch in der Freizeit, z. B. bei abendlichen Treffen im „Partykeller“ des Hauses Praha), und so schon als gut vorbereitete und positiv eingestimmte Gruppe die beiden Begegnungen (bis 2010 mit dem IV. Liceum Katowice, ab 2010 mit dem 1. Liceum Lublin) beginnen konnte.



Und da ist es dann auch kein Wunder, wenn sich die deutschen Schüler und ihre polnischen Gastgeber in Lublin gemeinsam über eine unterhaltsame deutsch-polnische Physikstunde einfach nur amüsieren.

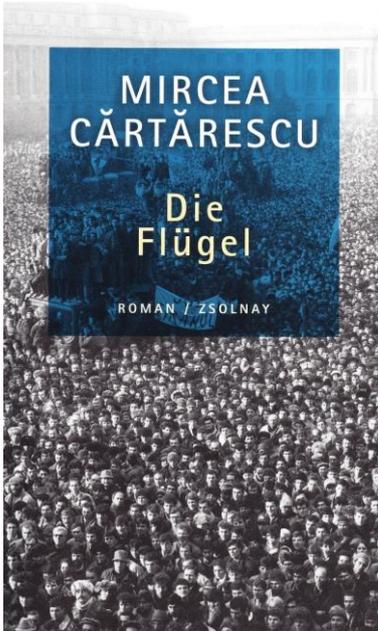
Zusammengefasst hier noch einmal die wichtigsten Erfahrungen der Kooperation zwischen Schillergymnasium Münster – GESW Vlotho:

- Schülerorientierte Themenwahl
- Inhaltlich relevante Informationen kompetenter Dozenten
- Inhaltlich und methodisch ansprechende effektive Arbeitsformen
- Intensivierung der Kommunikation zwischen den Austauschpartnern
- Entwicklung von Projektarbeit
- Zusammenarbeit mit Institutionen
- Förderung der positiven Gruppenatmosphäre

Das GESW ermöglichte uns also kontinuierlich, kompakt und intensiv eine Austauschvorbereitung, die die Schule in dieser Qualität nie hätte selbst leisten können und die deshalb ein fester integrativer Bestandteil des deutsch-polnischen Schüleraustauschs am Schillergymnasium Münster wurde. Nimmt man diese positiven und über die Jahre hinweg gemachten Erfahrungen zusammen, dann kann man nur jede Schule ermuntern, zur Vorbereitung auf den deutsch-polnischen Schüleraustausch das vielfältige Angebot des GESW Vlotho zu nutzen: Die Diskussion über Zeitprobleme durch die zunehmend stärkere Belastung der Schüler durch G 8, über Finanzierungsprobleme oder andere meist schulisch bedingte Schwierigkeiten sollte kein Grund sein, die vielfältige und effektive Vorbereitungsmöglichkeit eines Wochenendseminars beim GESW nicht zu nutzen.

Ihre Schüler und Schülerinnen werden es Ihnen danken!

Rezensionen



Mircea Cărtărescu, Die Flügel Paul Zsolnay Verlag, Wien 2014, 671 S.

Ich bin Mann und Frau, Kind und Greis, Verbrecher und Bißer, Bestie und Engel. Ich bin Gehirn, das ejakuliert, und denkende Hoden. Ich bin die Sphäre, die deine viel dichtere Sphäre umkreist ... Ich behaupte die Zeit, verwandle sie in Statuen polierter Zeit und altere gleichzeitig mit dem Vergehen der Bäume und des Regens. Ich bin bestimmt worden, zu sein im Wunder.

Im Fußball ist die Champions League das Maß aller Dinge. Nur wenige Clubs zählen zu den wirklich großen und starken, natürlich auch wegen der Finanzkraft. Auch am europäischen Literaturhimmel ist die Luft sehr dünn. Lediglich eine Handvoll Schriftsteller sind echte Champions, da sie nicht der Versuchung erliegen, die Leser mit ersponnenen Geschichten (à la Harry Potter auf pseudoliterarischem Niveau) zu langweilen. Nur wer das Geschichtenerzählen hinter sich lässt, und sich in den Strom, den Proust, Musil oder Joyce schon durchschwommen haben, wagt, wird reich belohnt. Péter

Nádas, Javier Marías, Jonathan Littell – das sind einige der sehr wenigen Schriftsteller, die zweifellos dazugehören. Und natürlich der rumänische Schriftsteller Mircea Cărtărescu, dessen Trilogie mit der Veröffentlichung des dritten und letzten Teils Die Flügel nun endgültig in deutscher Sprache vorliegt.

Mircea Cărtărescu, geboren 1956 in Bukarest, ist ursprünglich Lehrer und Universitätsdozent für rumänische Literatur und ernährt sich nach eigenen Aussagen hauptsächlich von Nescafé. Neben dem Kaffee liegt immer einer von Millionen Kugelschreibern, aus denen Buchstaben, Wörter, Sätze, Absätze und Seiten fließen. Dem Alltagsleben in einer Plattenbausiedlung im kommunistischen Rumänien der 1960er bis 1980er sowie dem postkommunistischen Dasein der 1990er setzt er eine ausufernde Einbildungskraft entgegen, die die persönliche Geschichte und diejenige seiner Eltern – besonders die seiner Mutter – wie einen Urknall erscheinen lässt. Er, Mircea, wird damit gleichsam Alber Camus' Erster Mensch, der sich an die Grundwurzeln von Erkenntnis und Wissen herantastet. Alle großen Fragen der abendländischen Philosophie streift er beinahe beiläufig in seiner über 1.800 Seiten umfassenden Trilogie Orbitor. Haben wir eingeborene Ideen, die wir schon vor unserer Geburt besitzen? Ist unsere Seele unsterblich? Was ist Wahrheit in einem totalitären, gehirnwuschenden System? Gibt es überhaupt metaphysische Erkenntnis in einer Welt der abgründigen Rationalität?

Viele Jahre musste die deutschsprachige Lesergemeinschaft warten, bis nun alle drei Teile seiner grandiosen Trilogie, die im rumänischen Original Orbitor heißt, im Paul Zsolnay Verlag veröffentlicht werden konnte. Den Übersetzern Ferdinand Leopold und

Gerhardt Csejka gebührt für ihre Arbeit größte Anerkennung. Die Hauptleistung Cărtărescus besteht darin, ein in der Tat singuläres literarisches Werk geschaffen zu haben, das in der jüngsten europäischen bzw. Weltliteratur seinesgleichen sucht. Jedoch verbieten sich leichtfertige Vergleich mit den oben genannten Größen der europäischen Literatur ebenso wie die Einordnung in die postmoderne Beliebigkeitsprosa. All diese Versuche sind wegen der Andersgelagertheit und Vielschichtigkeit der Trilogie zum Scheitern verurteilt oder zielen in die falsche Richtung, denn Cărtărescu gelingt eine beispiellose Rekonstruktion des Ichs in Raum und Zeit in seinem Heimatland Rumänien während des 20. Jahrhunderts. Dadurch wird die eigene Figur zum Pars pro toto für die Lebenswirklichkeit einer ganzen Generation ohne den einzigartigen individuellen Charakter aufzugeben oder opfern zu müssen, was gleichsam das Hauptziel der kommunistischen Doktrin und Gehirnwäsche von Nicolae Ceaușescus Regime war.

Orbitor – das ist der Teppich der Erinnerung, eingefasst in ein endloses, „unlesbares“ Buch, das nichts weniger als das Weltall einfasst. Orbitor – das ist das Rätsel des Lebens und das noch geheimnisvollere Rätsel des anderen Lebens, des anderen Ichs. „Wir gehen des Nachts im Kreise herum und werden vom Feuer verzehrt.“ Stets wiederholt sich die Metapher des ans Licht strömenden Schmetterlings, seine Flügel sind empfindlich, Mircea, das Kind, empfindsam bis zum neoromantischen Verstehen des Innersten der Welt. Denn das Innerste der Welt und des Universums trägt jedes Kind bereits vollständig in sich. Den Mikrokosmos Bukarest betrachtet der junge Mircea zumeist von seinem Fenster aus, „dreiflügelig wie ein Barockaltar“, und entwickelt mythische, byzantinische Bewusstseinsstürme, die Realität und Fantasie in Ungleichzeitigkeiten miteinander vermischen. Die Leib-Seele(-Geist)-Dichotomie eines René Descartes greift Cărtărescu damit paradoxerweise ebenso auf wie den konsequenten Immaterialismus eines George Berkeley („esse est percipi“ – „Sein ist Wahrnehmen bzw. Wahrgenommenwerden“). Damit wird Cărtărescu zum literarischen Paten der abendländischen Philosophie, indem er eine ihrer größten Herausforderungen ins Zentrum seiner Trilogie rückt, die Überwindung der „Leib-Welt-Schranke“. Was sind die Voraussetzungen der Möglichkeiten, dass und wie wir überhaupt etwas erkennen – selbst vor Immanuel Kants Kernfragen der Transzendentalphilosophie machen die Romane Cărtărescus nicht halt.

In der Ära Ceaușescus, dem „Harlekin“ und „Gottmensch“ bleibt dem Kind Mircea oft nur noch das „verzweifelte Weinen des einsamsten Menschen auf Erden“. Die grenzenlose Tristesse zwingt den Schriftsteller Cărtărescu dazu, dieses Buch, das kein Roman ist, zu schreiben und den „ganzen Saft [s]eines Leibes darein einfließen [zu] lassen, die Buchstaben mit Galle und Lymphe und Sperma und Blut und Urin und Tränen und Spucke [zu] zeichnen.“ So wird aus dem Text letztlich eine „Textur der Welt“. Cărtărescus Erinnerungsströme sind ein Feuerwerk der Sehnsucht nach Erkenntnis, ein Sturm der Hirnanatomie, gespickt mit nicht wenigen erlesenen Fremdwörtern. Die alogische Konstruktion des Buches, geprägt von einer gewaltigen sprachlichen Vielfalt, ist ein Spiegel der Zerrissenheit des jungen Mircea zwischen der „Körper-Geist-“ und der „Leib-Welt-Schranke“. Beide sind Formen und Grenzen der

Existenz, Formen des Verstehens seines Selbst, aber auch Grenzen des Verstehens des Gelesenen für den Leser. Reich, opulent und facettenreich ist der Bilderteppich, den er ausbreitet. Mircea Cărtărescu steigt damit in die allererste Liga europäischer Schriftsteller auf, zumal er es vermag, seinen Lesern eine Hochdosis an literarischem Erfindungsreichtum zu verabreichen.

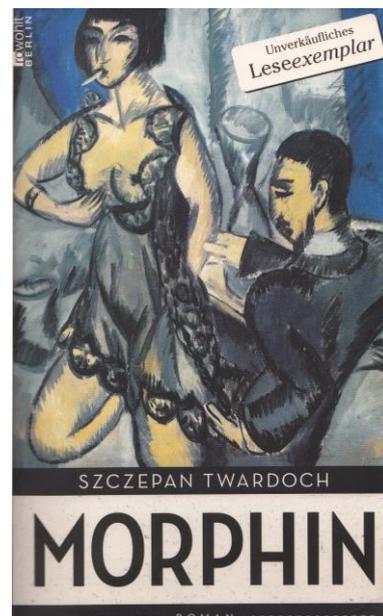
gs

Szczepan Twardoch, *Morphin* Rowohlt Verlag, Berlin 2014, 592 S.

Ich bin Konstanty Willemann und habe weder Bruder noch Schwester, ich habe niemanden. Ich bin allein. Ich habe keine Frau. Ich habe keinen Sohn. Ich habe weder Mutter noch Vater, nur Teufel und Leichnam ... Ich bin Konstanty Willemann, und mir ist es scheißegal, ob ich Deutscher oder Pole bin, denn es gibt Wichtigeres auf der Welt.

Polen hat einen neuen „Shootingstar“ am Literaturhimmel (Die Zeit sowie Neue Zürcher Zeitung). Mit solchen Einschätzungen muss man zunächst äußerst vorsichtig umgehen. Doch schnell wird man vom Roman *Morphin* davon überzeugt, dass Szczepan Twardoch außerordentliches Talent besitzt und weder Tabus, hervorgebracht durch die polnische Legendenbildung, achtet, noch vor psychoanalytischen Tiefen zurückscheut. Im Kern enttarnt Twardoch sowohl die übertriebene Mystifizierung des polnischen Heldentums, denn sein Protagonist ist der perfekte Antiheld, als auch das männliche Gehabe des Siegenmüssens bzw. des mit fliegenden Fahnen fürs Vaterland Untergehenmüssens. Was wäre in der prototypischen und stilisierten Geschichtsschreibung männlicher als ein uniformierter und gestiefelter Kavallerieoffizier, der sein Blut für das Vaterland opfert? Wer erwartet, sein Roman über Warschau im Frühherbst 1939 liefert die altbekannten Geschichten von der Okkupation durch die Nazis, wird schnell begreifen, dass Twardoch nicht noch einen weiteren Roman über Unterdrückung, Trauma und brutales Grauen hinzufügen wollte. Ganz im Gegenteil, denn Szczepan Twardoch, geboren 1979, legt mit seinem Roman *Morphin* eine brillante literarische Gradwanderung vor, die spannend zwischen Groteske und Erotikkitsch und oszillierend zwischen historischem Kontext und Drogenrausch schwebt. Die üblichen Schwarzweißmuster verwischen, gängige Einordnungen in Opfer und Täter greifen viel zu kurz. Durch den Schleier des *Morphins* wird die Wahrnehmung sowohl der individuellen Identität als auch der geschichtlichen Makroebene getrübt.

Twardochs Protagonist, der Kavallerieleutnant Konstanty Willemann, ist ein dandyhafter, nihilistischer Großstadtwanderer, ein Bonvivant im größten Dorf Europas, der gerade im September 1939 von der deutschen Wehrmacht eingenommenen Hauptstadt Warschau. Verheiratet und doch notorisch untreu, drogensüchtig on the highfly und doch glasklar analysierend, feige und doch auf geradezu groteske Weise heldenhaft – so begegnet uns dieser schillernde Versager und zugleich raffinierte Überlebenskünstler Willemann. Der Reserveoffizier streift rast- und ruhelos durch sein „vergewaltigtes Warschau“, begegnet den deutschen Besatzern und weiß sie mit seinem perfekten Wienerisch auszutricksen. Ein verlorenes Individuum im Kosmos der allmächtigen Katastrophe. Halt findet er weder bei seiner betrogenen Ehefrau noch seinem geliebten Sohnmann. Zu labil ist sein Wesen, er lässt sich immer wieder von der Edelnutte Salomé bezirzen und flüchtet in den Morphinrausch. Dunkle Umstände lassen ihn gar einen Mord begehen. Zwischen seinem nicht allzu ausgeprägten Polentum



und seiner lange verleugneten deutschen Abstammung muss Konstanty Willemann irgendwann doch wählen. Und er wählt beides, denn damit kommt man scheinbar in diesen wirren Zeiten am weitesten. Er übernimmt einen gefährlichen Auftrag des polnischen Widerstands, indem er die deutsche Vorkriegsuniform seines Vaters, des Grafen von Strachwitz, anzieht, und begibt sich mit der geheimnisvollen Adelige Działańska ins mondäne Budapest. Endlich kann er dort kurzzeitig das ausleben, was er am besten kann – nichtsnutzige Geckenhaftigkeit und extravaganten Lebensstil. Doch ein Entkommen oder gar ein Überleben in einer Welt des permanenten (Selbst-)Betrugs kann es nicht geben. Am Ende wird das „Gesicht der Lüge“, das „unwahrhaftige Leben“ des Verräters, Betrügers, Ehebrechers und Mörders ausgelöscht. „Doch was ist überhaupt Verrat? Um jemanden oder etwas außer sich selbst zu verraten, müssen wir erst glauben, dass da etwas existiert außer uns selbst, und daran ist schwerer zu glauben als an Gott, so schmerzlich und bitter ist die menschliche Einsamkeit, jede Einsamkeit, die Einsamkeit des Einsiedlers, die Einsamkeit der Mutter von fünf Kindern, die Einsamkeit des von Freunden umflatterten Bonvivants und die des Soldaten im Schützengraben.“

Szczepan Twardoch hat mit seinem Roman *Morphin* eine ganz eigenwillige, höchst gelungene und moderne Figur erschaffen – den großstädtischen Nihilisten und Wanderer zwischen den Kulturen, aufgerieben in den Fängen der Gier und Eifersucht sowie der Ziel- und Ausweglosigkeit am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Ein amoralischer Protagonist und ein ziemlich zertrümmertes Geschichtsbild – aus diesen Versatzstücken konstruiert Twardoch einen sinnlichen, vielstimmigen und zugleich messerscharfen Roman.

gs

David Albahari, Mutterland

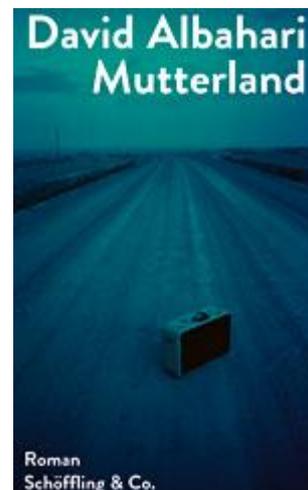
Schöffling und Co. Verlagsbuchhandlung GmbH, Frankfurt am Main 2013, 186 S.

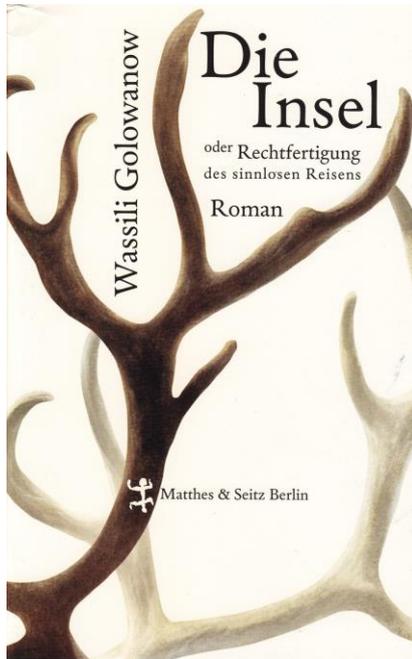
Das Schreiben ist eigentlich eine Flucht vor der Sprache [...] und nicht, wie behauptet wird, ein Eintauchen in sie. Derjenige, der darin eintaucht [...] ertrinkt, während ein Schriftsteller an der Oberfläche schwimmt, er bewegt sich an der Schnittstelle der Welten, an der Grenze zwischen der Sprache und der Stille.

David Albaharis Roman Mutterland erschien bereits vor über zehn Jahren in deutscher Übersetzung. Bedauerlicherweise wurde dem Roman außer bei den Literaturkritikern nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die er verdient. Mirjana und Klaus Wittmann machten sich nun daran, eine überarbeitete Übersetzung vorzulegen, die im Stil sicher und flüssig eine wunderbare Rekonstruktion der serbischen Muttersprache Albaharis im kanadischen Exil fernab des untergegangenen Vaterlandes erzählt. Überhaupt taucht das Wort Vaterland kein einziges Mal im Roman auf. Zu tief sitzen für David Albahari die Wunden der verlorenen „jugoslawischen“ Scheinidentität und zu schmerzhaft ist das Erinnern. David Albahari wurde 1948 in Peć in der heutigen Republika Kosovo geboren, studierte dann in der Zeit Jugoslawiens in Belgrad und emigrierte 1994 nach Kanada. Doch die neue Wahlheimat wurde nie seine echte Heimat. Zu sehr dominiert „die Angst der anderen vor der Veränderung und vor dem Verlust der Welt [s]eine Angst vor der Wiederholung der Welt.“ Die alte Welt wurde „ausgelöscht“. Sprache und Realität klaffen immer weiter auseinander, es gibt nur noch eine „scheinbare Realität, ein Abbild der Welt.“

Oszillierend zwischen Lüge und Wahrheit ist die Erinnerung an die verlorene Welt ein schmerzlicher Prozess der Rekonstruktion der eigenen Lebenswirklichkeit. Damit wird eines der zentralen Themen aller Exilliteratur aufgegriffen: Wie bewahre ich die Muttersprache, die Erinnerung an das Vaterland und damit den wesentlichen Teil der Identität? Albahari geht noch weiter, für ihn gibt es nur das Mutterland, das Vaterland, das „zwischen vier Himmelsrichtungen hin- und hergerissen ist...“, so ein Land musste untergehen.“ Die Verknüpfung der eigenen Biographie mit der tragischen Geschichte seiner Mutter, einer zum jüdischen Glauben übergetretenen bosnischen Serbin, deren erster Mann im Konzentrationslager ermordet wurde, liefert die Blaupause für ein auf das Wesentliche begrenztes Romanwerk, das ganz auf episches Pathos verzichtet und so die reine Sprache als Instrument der Erinnerung in den Mittelpunkt rückt. Und nebenbei ist Mutterland auch eine Reise durch die (südost-) europäische Geschichte, beginnend mit der k. u. k. Habsburgermonarchie, über den Zweiten Weltkrieg und das Schicksal der jüdischen Bevölkerung bis hin zu den Kriegen in Ex-Jugoslawien der 1990er Jahre. Damit gelingt es Albahari, nicht nur das Einzelschicksal eines Exilanten greifbar zu machen, sondern dieses in einen universellen Zusammenhang von Erinnerung und Identität, Sprache und Welt, Lüge und Wahrheitssuche einzubetten.

gs





Wassili Golowanow, Die Insel

Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH 2012, 528 S.

Er fühlte, wie beim Anblick der Urelemente, die hier zusammenkamen – der dunkelbraunen Erde, des auflodernden Himmels und des Wassers, das die Farbpalette des Himmels, erneut einem riesigen Zaubermärchenspiegel gleich, als ein bizarres Geflecht von Gelb und Blau zurückwarf –, ein eigentümliches Gefühl in ihm aufstieg.

New York, Berlin, London oder Moskau – lohnt es sich, das Ende der Zivilisation aufzusuchen, um dort viel mehr über das Leben und sich selbst zu erfahren als in einer pulsierenden Metropole? Wassili Golowanow macht sich auf, sowohl eine der entferntesten Insel der Menschheit zu besuchen, als auch eine Rechtfertigung des sinnlosen Reisens (so der Untertitel des Romans) zu finden. Indem er für einen längeren Aufenthalt die in der östlichen Barentssee gelegene Insel Kolgijew und dessen Bewohner aufsucht, gelingt dem Journalisten und

Schriftsteller Golowanow eine spannende Mischung aus Naturreportage, wissenschaftlicher Beobachtung, essayistischem Bericht und romanhafter Fiktion. Die Inselbewohner sind größtenteils indigene Nenzen, deren Leben sich zwischen der dahinsiechenden Rentierzucht in der postsowjetischen Tristesse und dem Vorhaben, Erdöl zu fördern und somit die Lebensgrundlage zu zerstören, abspielt. Die Insel wird gleichsam zum Kulminationspunkt für „unsere geistige Ausgebranntheit, dieser Krankheit, für die das 20. Jahrhundert unendlich viele Zeugnisse geliefert hat und die für viele übel ausging.“ Und sie wird auch zu einer „sich immer weiter entfaltenden, allumfassenden Metapher der Vernachlässigung.“

Wassili Golowanow ist nicht nur Beobachter der verschiedensten Naturschauspiele auf der Insel, sondern durchlebt auch eine Achterbahnfahrt der Befreiung, indem er alle Befürchtungen über Bord wirft und seine eigene Freiheit erkennt. Indem die indigene Bevölkerung zunehmend ihr Gedächtnis zu verlieren droht, erkennt Golowanow, dass er ihre Erinnerung bewahren muss. Die letzten der vom „aussterbenden Geschlecht der Helden“ werden verzehrt vom trostlosen Alltag: „Zeitungen, Arbeitstage, [ausstehende] Lohnzahlungen, Geschäfte, Wodka, Trunksucht und Nichtstun.“ Die Insel ermöglicht es dem Autor auch, in die einzigartige Natur einzutauchen, in der „die Nacht der Schöpfung über den Tag“ andauert. Schon als Kind träumte Golowanow von einer Reise zu dieser entlegenen Insel, diesem „unerklärlichen Paradies des näherkommenden Nordens, des nach allen Himmelsrichtungen weit geöffneten Raumes, eines Raumes voll grandioser, symphonischer Schönheit und echtem Todesschrecken.“ Er belohnt sich reich mit seinem Werk und die Leser dazu, es ist „ein Ausatmen, Abfallen aller Kräfte, Leergeschriebensein, ein Freiwerden von dem Projekt, Freiheit.“ Golowanows Exkurs in eine der entferntesten Regionen der Welt und zum eigenen Selbst ist ein äußerst lesenswerter Roman, hervorragend von Eveline Passet übersetzt.

gs

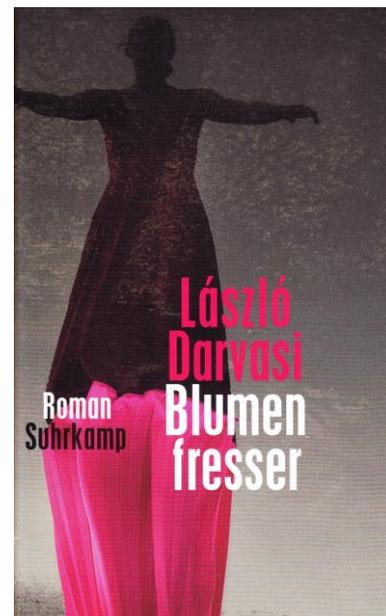
László Darvasi, Blumenfresser

Suhrkamp Verlag Berlin 2013, 860 S.

... ich sehe eine Welt, in der es alles gibt, Liebe und Fluch, Verbrechen und Strafe, alles funktioniert vernünftig, doch in dieser Welt kann Gott sich nicht rühren, er hat keinen Platz, denn würde er sich auch nur ein wenig bewegen, würde die Welt wie ein Kartenhaus zusammenstürzen. Gott bewegt sich nicht, und die Welt geht ihre eigenen Wege.

An Fantasie mangelt es dem ungarischen Schriftsteller László Darvasi keineswegs. Aber kann man das überbordende Erzähltalent auch so einsetzen, um hinter dem Schleier von Allegorien und Metaphern auch eine Geschichte im historischen Kontext erkennbar und erfüllbar werden zu lassen? Oder wird der Bruch mit dem traditionellen Roman zu einem Fiasko, weil kein adäquater Gegenentwurf gelingt? Vor über zehn Jahren erschien László Darvasis schillernder Roman Die Legende von den Tränengauklern. Fünf Tränengaukler wandern durch halb Europa, sie weinen Blut, Eis, schwarze Steinchen, Honig und Flammen, und doch steckt in dem Roman die tiefe Botschaft der Einheit der Menschen in Europa, deren Schicksale und Lebensläufe sich ähneln, ja identisch sind. Darvasi war mit diesem Roman ein Buch von großartiger Magie und wunderbarer Anteilnahme gelungen, gleichsam Seelenbalsam für die über Jahrhunderte geschundenen Menschen in Mitteleuropa. Schon hier war klar, dass sich inmitten des barocken Chaos des Einzelnen ein Schimmer des feinen Weltgefüges entdecken lässt. Darvasis Romane, im Suhrkamp Verlag erschienen, sind stets ein Endzeitgemälde aus der frühen Neuzeit, gleichsam eine literarische Antwort auf die Gemälde von Hieronymus Bosch. Sein Geschick besteht darin, die Kunst des Romanciers mit der Arbeit des Historiographen zu verbinden. Das Ergebnis ist ein reiches Labyrinth, in dem Menschen durch die Weltgeschichte irren, denen als Trost nur die „blauen Tränen der Gaukler, auf einem Wagen dort in der Ferne“ bleiben.

Sein neuer Roman Blumenfresser spielt im 19. Jahrhundert während der tragischen Zeit der europäischen Revolutionen von 1848 und der Spannungen zwischen dem Interesse an Selbstbestimmtheit der Ungarn und der Habsburgischen Fremdherrschaft, die letztendlich in den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 und die Etablierung der k. u. k. Donaumonarchie münden. Der Roman gipfelt in der Hochwasserkatastrophe in der an der Theiß gelegenen Stadt Szeged im Jahr 1879. Zu dieser Zeit war die Fiktion eines friedlichen Vielvölkerreiches unter der Habsburger Krone und ungarischen Mitherrschaft längst untergegangen. Serben, Armenier und Juden waren zu dieser Zeit entweder geflohen oder wurden von den Fluten mitgerissen. Ungarischer Nationalismus machte sich allenthalben breit. Für kritische Sichtweisen gegenüber dem scheinbar allmächtigen Kaiser in Wien musste man bitter bezahlen, wie es einer der Protagonisten, Imre Schön, der Botaniker und Naturforscher, am eigenen Leib erfahren muss. Überhaupt ist Imre gefangen in einer obsessiven Liebe zu Klara Pelsöczy, dieser rebellischen Intellektuellen, die auch noch andere Männer umspinnt und verspeist, wie



den gescheiterten Unternehmer Peter sowie den unglücklichen Adam, der im Krieg umkommt. Imres und Klaras „Sterbezimmer war ein Blumenzimmer gewesen, vollgestopft mit allen möglichen Pflanzen, sich rankenden Gewächsen und Trieben! Ein mörderisches Gewächshaus!“ Begleitet werden die Protagonisten von der halbblinden Eminenz im Hintergrund, Dr. Schütz, einer bürgerlichen Figur wie aus einem klassischen Roman des 19. Jahrhunderts.

Botanik und Blumenwelt, Düfte und Gerüche, Entstehen und Werden, Aufblühen und Verwelken – das ist die Blaupause für das wandelbare und vom Vergehen gekennzeichnete Leben in der Vielvölkergemeinschaft, die zerbrechlich wie eine Lilie ist. Imre, der „Gärtner des Nichts“, ist kein Nihilist, sondern eher ein orientierungsloser Warnender, eine Cassandra des 19. Jahrhunderts. Er warnt vergebens vor den „Blumenfressern“, den „feindseligen, rohen Mächten“, die alles mit ihrem Hochmut, ihrer Niedertracht und ihrem übersteigerten Nationalismus zertrampeln. Vor allem für die „Zigeuner“, die seit Jahrhunderten im Karpatenraum leben und die ihre „Heimatlosigkeit als Gottesgeschenk“ ansehen, bleibt im Klima der Intoleranz und Abgrenzung kein Platz im Garten der Harmonie, der genauso eine trügerische Illusion ist wie das flüchtige Glück. In Wahrheit zerfrisst der Krieg alles, auch die Wahrheit – diese bittere Erkenntnis muss der unglückselige Adam, der ein gemeinsames Kind mit der schönen Klara hat und der Halbbruder von Imre ist, hinnehmen. So irren die Protagonisten durch ein Labyrinth, gefangen zwischen den eigenen Obsessionen und den äußeren zerstörerischen Mächten in der Feudalherrschaft.

László Darvasis ausuferndes, die Wirklichkeit oftmals weit hinter sich lassende Romangemälde Blumenfresser ist ein surrealistisches Wagnis, ein Parforceritt zwischen Wahn, Magischem und menschlichen Sehnsüchten, die trotz aller Einsamkeit des Einzelnen und dem Tod der Wahrhaftigkeit nicht verlöschen. Das Geheimnis der Liebe nehmen Imre und Klara mit in den von Blumen umrankten Tod. Ihre Liebe ist genauso vergänglich wie alles Irdische und Organische.

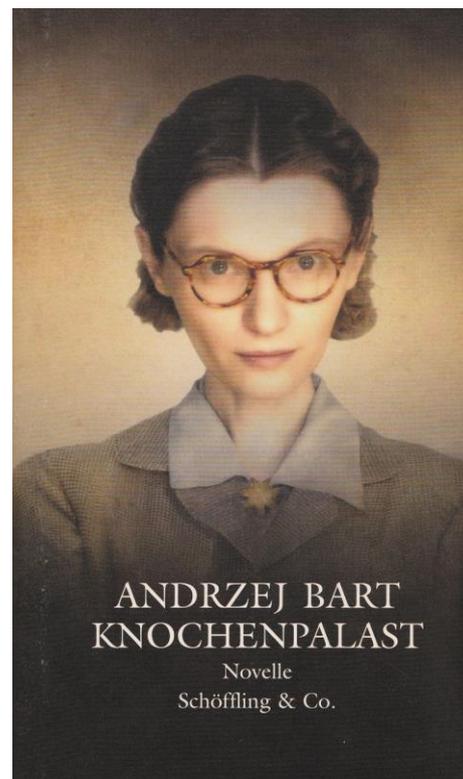
gs

Andrzej Bart, Knochenpalast
 Verlag Schöffling & Co. Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am
 Main 2014, 185 S.

Auf den freien Platz neben ihr setzt sich ein dicker Mann und wickelt sofort eine große Stulle aus. Pani Sabina schließt die Augen. Für einen Moment glaubt sie, im Innern der Welt zu sein und viel von ihr zu verstehen. Diese Vorstellung erheitert sie.

Andrzej Bart gilt als einer der interessantesten Schriftsteller Polens der Gegenwart. Schon in seinem Roman Die Fliegenfängerfabrik, einer Geschichte über einen Schauprozess im jüdischen Ghetto von Łódź während der Nazi-Okkupation, versuchte er, den Spagat zwischen der historischen Wahrheit und der literarischen Wahrhaftigkeit zu wagen. Denn die Fragen, die aufgeworfen wurden, waren gewaltig: Dürfen Menschenleben gegeneinander aufgerechnet werden angesichts des Holocausts? Welche Sühne ist bei einer derartigen Schuld, Menschen in den sicheren Tod in den Gaskammern zu schicken, überhaupt denkbar? Wo verläuft die Trennlinie zwischen Tätern und Opfern? Dies ist kein geringes Unterfangen für einen höchst ambitionierten Roman, wie ihn Andrzej Bart vorgelegt hat.

Seine vom 2012 verstorbenen Übersetzer Albrecht Lempp ins Deutsche übertragene Novelle Knochenpalast spielt nun in der damals noch jungen Volksrepublik Polen in den 1950er Jahren. Dafür hat Andrzej Bart eigens ein Drehbuch für den Film Rewers entworfen, das nun zu einer überaus gelungenen Novelle umgearbeitet wurde. Sabina ist Lektorin eines staatlichen Verlags für Lyrik und lebt in einer denkbar ungünstigen Familienkonstellation mit einer herrschsüchtigen und alles bestimmenden Großmutter, der charakterschwachen Mutter und dem opportunistischen Bruder in Warschau. In wunderbar einfacher und lakonischer Sprache erfahren wir im komprimierter Form alles über ihr Leben und ihre Sehnsüchte, denn mit dreißig Jahren ist sie immer noch unverheiratet, ein geradezu unhaltbarer Zustand im Polen der 1950er Jahre. Ähnlich wie im ausgezeichneten polnischen Spielfilm Ida (2013, Regie: Paweł Pawlikowski) wird ein sehr präzises Bild einer jungen Frau gezeichnet, die sich den Unbilden des Lebens hinter dem kommunistischen Schleier zur Wehr setzt und deren Leben wiederholt auf die Probe gestellt wird. Oszillierend zwischen den 1950er Jahren (Sabina) und dem Beginn des 21. Jahrhunderts (Pani Sabina) schwebt die Novelle zwischen sozialistischer Beengung und der unstillbaren Sehnsucht nach Freiheit. Als symbolisches Stilmittel dient eine alte Dollargoldmünze, natürlich geprägt mit dem Namen Liberty, die in der Familie auftaucht, eigentlich bei einer Behörde der Volksrepublik abgegeben werden müsste, und die nun nach einem Versteck sucht. In Sabinas Leben schleicht sich ein Charmeur, der sie bezirzt, gleichzeitig aber ein Klima der Angst, typisch für die frühen Jahre des Kommunismus in Polen, verströmt. Die „Hütten und Paläste Polens mit Poesie“ zu beglücken, das wäre ihre eigentliche Arbeit als Lektorin für Lyrik, doch um



ihr eigenes Kleinod der Freiheit/Liberty zu verteidigen, sieht sie sich zu einer finalen Tat gezwungen. Am Ende bleibt nur der Blick zurück vom FuÙe des Warschauer Kulturpalasts, einem in den 1950 Jahren errichteten monumentalen Bauwerk im Herzen der Hauptstadt, eine Kerze des Gedenkens flackert im unruhigen Wind.

gs

**Swetlana Alexijewitsch, Secondhand-Zeit
Leben auf den Trümmern des Sozialismus**
Hanser Berlin, Berlin 2013, 576 S.

Als Gorbatschow kam, waren wir alle verrückt vor Freude. Wir steckten voller Träume und Illusionen ... Wir wollten ein neues Russland ... Zwanzig Jahre später wurde uns klar: Woher sollte das kommen? Das gab es nicht und gibt es nicht ... Im Laufe von fünf Jahren kann sich in Russland alles ändern, im Laufe von zweihundert Jahren aber ändert sich nichts. Diese endlosen Weiten und dazu die Mentalität von Sklaven ... Die Menschen dort haben noch keine Demokratie zu Gesicht bekommen, und wenn, würden sie sie in der Luft zerreißen.

Swetlana Alexijewitsch, 1948 in der Ukraine geboren und in Weißrussland aufgewachsen, kennt das Leben des „Homo Sovieticus“ (der Begriff wurde geprägt vom russischen Dissidenten, Schriftsteller und Logiker Alexander Sinowjew) wie keine zweite Literatin. Für ihr außergewöhnliches Werk *Secondhand-Zeit – Leben auf den Trümmern des Sozialismus* erhielt sie 2013 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Sie erschuf zur Schilderung des Lebens in der kommunistischen Sowjetunion und den gesellschaftlichen Verhältnissen der postsowjetischen Nachwendezeit eine spezielle literarische Gattung – den dokumentarischen Roman in Stimmen. Darin lässt sie unverfälscht reale Personen zu Wort kommen, die alles andere als fiktive Geschichten erzählen, sondern berichten vom „inneren Sozialismus“, dem „alltäglichen Sozialismus“ mit seinen Träumen und Ängsten, seinem brutalen Machtmechanismus und seiner allgegenwärtigen Gehirnwäsche. Swetlana Alexijewitsch ist eine „Menschenforscherin“ und interessiert sich sowohl für die Geschichten von Menschen, von Individuen, als auch für die Geschichte des Menschen. Damit wird sie zu einer großartigen literarischen Anthropologin, die auf den „Trümmern des Sozialismus“ dem Menschen in seiner Einzigartigkeit eine Stimme verleiht. Gerade demjenigen Menschen, dessen „ganze Zivilisation auf den Müll geworfen“ wurde und der vor allem die „Sprache des Leidens“ kennt, während die Menschen im Westen vollkommen naiv erscheinen, sie haben allenfalls „gegen jeden Pickel eine Medizin“. Doch die Medizin, die den Menschen in der Sowjetunion im 20. Jahrhundert verabreicht wurde, war besonders bitter und grausam. Zunächst eine Medizin der omnipräsenten Angst im Stalinismus, dann eine trügerische Hoffnung ab den 1950er Jahren auf eine bessere Existenz, später die Orientierungslosigkeit in der Gorbatschowschen Umbruchphase und nun nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums eine schleichende Entwertung im Vakuum. Jetzt herrschen weder „Sozialismus noch Kapitalismus. Weder das östliche, noch das westliche Modell. Weder Imperium noch Republik“. Wer Swetlana Alexijewitschs Buch liest, versteht viel besser, warum der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin heute so leichtes Spiel hat, die KGB-Diktatur aufrechtzuerhalten und die Sehnsüchte der Menschen in Russland, Weißrussland und den russischsprachigen Teilen der Ukraine nach Geltung und



nationaler Anerkennung in seinem imperialen Machtstreben missbrauchen kann. „Putin, der Demokrat – das ist der kürzeste Witz“.

Eine der Kernfragen Swetlana Alexijewitschs ist die Suche nach „Trost in der Apokalypse“. Sie schildert einzigartig „zehn Geschichten in rotem Interieur“, geht tief in die Mikroebene der teilweise aberwitzigen und tragischen Einzelschicksale und bettet diese ein in die „große Geschichte“ der übergelagerten Makroebene. Doch ihr Interesse gilt eindeutig den Erinnerungen und dem Blick des Individuums. Für sie gibt es scheinbar gar keine große Matrix der Geschichtsschreibung, sondern ihre Matrix besteht aus lauter einzelnen Mosaiksteinen, die ihrerseits Leiden und Sehnsucht, Angst und Hoffnung, Terror und den Drang nach Freiheit widerspiegeln. Der brutalen Irrenanstalt der Sowjetzeit folgte ab 1991 der Haifischkapitalismus Jelzinscher Prägung, dominiert vom postsowjetischen Realismus des wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs, Notleidens und einer immer tieferen Spaltung der Gesellschaft. Das so entstandene Vakuum konnte von keinem stabilen Ordnungsrahmen oder gar einer der Demokratie und der Marktwirtschaft dienenden politischen Elite ausgefüllt werden. Im Gegenteil, was bleibt ist ein Zustand der totalen Leere. Daher folgen im zweiten Teil der Secondhand-Zeit „zehn Geschichten ohne Interieur“. Einsamkeit, Abgestumpftheit, Brutalität, menschenverachtender Egoismus und Elend – das sind die traurigen Attribute des alltäglichen Grauens, die sich wie ein nicht zu bekämpfender Virus ausgebreitet haben. Und doch bleibt immer auch ein elementarer Hoffnungsschimmer, denn Swetlana Alexijewitsch zeigt in ihrem Panorama stets auch die menschliche Seite, das unzerstörbare Antlitz des Humanismus. Es ist ihr großartiges Verdienst, wie sie in ihrem dokumentarischen Roman der Stimmen völlig ohne subjektiven Einfluss eindrucksvolle individuelle Seelenlandschaften und eine Topographie der Existenz wiedergibt.

gs

Andreas Wehr: Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen.

PapyRossa. Köln 2013, 155 S.

Dieses schmale Bändchen des wissenschaftlichen Mitarbeiters der „Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ im Europäischen Parlament hat es in sich. Denn der Autor unternimmt den Versuch, den europäischen Traum mit der Wirklichkeit zu konfrontieren. Ein beachtlicher Anspruch, denn darüber, was wirklich ist, wird trefflich gestritten, erst recht, wenn es um soziale Phänomene, wie ökonomische und politische Macht, die Legitimität und Effizienz von gesellschaftlichen Systemen oder eben komplexe politische Konstruktionen wie die Europäischen Union geht. Selbst die auf wissenschaftlicher Expertise und Statistik erfolgende Deutung der sozioökonomischen Wirklichkeit ist dabei in der Regel interessegeleitet und bleibt trotz aller wissenschaftlichen Mühe zumeist parteiisch. Sie ist vom jeweiligen sozialen, kulturellen und nationalen Blickwinkel und Standort der Exegeten abhängig. Das gilt auch für die von Wehr kritisierten Politiker, Sozialwissenschaftler- und Publizisten, die darum bemüht sind, möglichst sachlich und objektiv zu argumentieren, um überzeugende EU-Modelle und Szenarien zu liefern. Sie sollen es den Europäern ermöglichen, in einer möglichst sicheren und gerechten Union zu leben, die auch den Wettbewerb mit konkurrierenden Großmächten und Schwellenländern nicht zu fürchten braucht. Dass die EU dabei gleichzeitig Partner und Rivale ist, scheint offenkundig. Entscheidend sind in diesem Kontext international verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen und Verträge, die dafür sorgen sollen, dass Partnerschaft/Rivalität nicht in Gegnerschaft oder gar kriegerische Feindseligkeit übergeht. Dieser kleinste Nenner aus verbindlichen Rechtsnormen soll eine gemeinschaftliche, aber auch eine globale Friedens- und Sicherheitsordnung garantieren, die zwar weltweit andauernd verletzt wird, aber in weiten Teilen Europas der Wirklichkeit entspricht und natürlich global anzustreben ist.

Der im Titel benutzte Begriff des Traums steht hingegen dafür, was wir als Utopie, Vision oder zumindest als Desiderat bezeichnen, was (noch) nicht ist, aber sich einstellen könnte oder sollte. Besonders in den Sozialwissenschaften – und ganz explizit in den Wirtschaftswissenschaften – hat sich freilich immer wieder gezeigt, wie trügerisch Zukunftsprognosen sein können. Man denke nur an die in Europa anhaltende Wirtschaftskrise, die besonders den Süden des Kontinents betrifft und die trotz enormer Anstrengungen und astronomisch anmutender Finanzbürgschaften und Rettungsschirme noch lange nicht ausgestanden ist. Wer aber kennt den richtigen Weg der Krisenbewältigung? Klar ist nur, dass wir es im Hinblick auf die europäische Integration und Krisenbewältigung mit der durch die Mitgliedstaaten demokratisch legitimierte Methode von „Versuch und Irrtum“ zu tun haben, denn niemand – außer jenen, die einem festen, zum Beispiel marxistischen oder nationalistischen Weltbild aufsitzen, kennt den richtigen Weg und hat einen Masterplan. Mehr noch: die europäische



Wirklichkeit wird regelmäßig neu ausverhandelt und unterliegt dem Verdikt zu erringender Mehrheiten, um wünschenswerte Projekte – wie das im Jahre 2005 gescheiterte Verfassungsprojekt – umzusetzen. Insofern sind die Thesen der von Wehr scharf kritisierten „Träumer“ nichts anderes als Vorschläge, um die Realität – und die in ihr herrschenden Machtverhältnisse – gemäß ihren Forschungen, Vorstellungen und Überzeugungen mitzugestalten. Dass sie sich alle für die Überwindung der Nationalstaaten und die Stärkung der Zivilgesellschaften aussprechen, dass sie ein wirtschaftlich starkes und solidarisches, ein friedliches, aber auch wehrhaftes Europa befürworten, ist indessen nicht dem Umstand geschuldet, dass sie – so zumindest die Unterstellung Wehrs – einem durch das Monopolkapital vorgegeben neoliberalen und imperialistischen Pfad einer hegemonialen EU folgen. Vielmehr ergibt sich diese Haltung aus den historischen Erfahrungen mit totalitären Gesellschaftsordnungen, die die Menschenrechte und das Völkerrecht im Namen eines ausufernden Rassen- und Klassenkampfes mit Füßen traten und die von ihnen dominierten Staaten und Völker entmündigten und unterjochten.

Der parlamentarische Widerstand gegen die von Wehr kritisierte soziale Ungleichheit und Ausbeutung kommt auf nationaler und europäischer Ebene aber dort an seine Grenzen, wo es keine entsprechenden Mehrheiten gibt. Die außerparlamentarischen Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit in Gesamteuropa führen in der gegenwärtigen Situation aber nicht zu einer Stärkung der radikalen Linken, sondern zu einer Stärkung der extremen populistischen Rechten.

Der Autor äußert im Einzelnen nachvollziehbare und berechtigte Kritik, wenn er immer wieder auf die Krisenanfälligkeit des komplexen Projekts EU abhebt und die Postulate der von ihm kritisierten Nach- und Vordenker in Frage stellt. Allerdings liefert es selbst keinen tragfähigen Gegenentwurf, sondern entpuppt sich im Grund genommen als schlichter Verteidiger des Nationalstaats.

zw

Hainz A. Richter: Der Krieg im Südosten. Band 1. Gallipoli 1915.

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2013, 289 S.

Der erste Band dieser auf zwei Bände ausgelegten Darstellung des südöstlichen Kriegsschauplatzes des Ersten Weltkriegs, der aus der Feder des renommierten Griechenland- und Zypernhistorikers Heinz A. Richter stammt, thematisiert die in der deutschen Historiographie und Erinnerungskultur zum Ersten Weltkrieg nur wenig oder kaum präsenten Kämpfe um die den Dardanellen vorgelagerte Halbinsel Gallipoli. Während dieser mit großer Härte und unter enormen Verlusten geführte Konflikt um die Beherrschung der Durchfahrt durch die Dardanellen und die Kontrolle des Bosphorus in den letzten Jahrzehnten von der deutschen Historiographie kaum behandelt wurde, füllt die englischsprachige Sachliteratur zu diesem Thema ganze Bibliotheken. Die erfolgreiche Abwehr der britisch-französischen Invasion und Besetzung der Halbinsel, an der auch Truppenkontingente aus Australien und Neuseeland beteiligt waren, durch die Türkei – bei tatkräftiger Unterstützung durch das Deutsche Reich – ließ gleich mehrere Staatsgründungs- und Heldenmythen entstehen, die bis in die Gegenwart hinein wirken. Der insgesamt betrachtet nur wenig erfolgreiche, aber überaus verlustreiche Einsatz des Anzac-Korps (Australisch-neuseeländische Truppen) führte letztlich zur Emanzipation dieser beiden Staaten vom englischen Mutterland und ist wichtiger Bestandteil ihres nation building (Feuertaufe der beiden jungen Nationen). In Großbritannien gab es hingegen über lange Zeit Versuche, die Niederlage gegen die mit dem Deutschen Reich verbündete Türkei in einen tragischen Pyrrhussieg umzudeuten. Man schrieb die Niederlage schön. In der Türkei bildeten die militärisch erfolgreichen Operationen Mustafa Kemals die Basis für seine zukünftig einzigartige militärische und politische Karriere als Begründer der modernen Türkei.

Unabhängig von all diesen Tendenzen in den einzelnen nationalen Geschichtsschreibungen und Erinnerungskulturen zeichnet Richter sachlich und stets kritisch die Vorgeschichte und Entwicklung des Konflikts, die Ursachen für den Kriegsbeitritt der Türkei auf Seiten der Mittelmächte sowie die militärischen Fehlplanungen und Misserfolge der westlichen Alliierten nach, die er in Übereinstimmung mit der zumeist englischen und häufig auch im englischen Original zitierten Memoiren- und Sachliteratur auf folgende Ursachen zurückführt: schlechte militärische Vorbereitung und Planung beim Einsatz von Navy und Army (Lange und nicht selten politisch-diplomatischen Zwängen, aber auch persönlichem Ehrgeiz und Intrigen geschuldete Debatten über die Chancen einer ausschließlich nautischen oder kombinierten amphibischen Invasion der Halbinsel), mangelnde Eigeninitiative der auf Gallipoli gelandeten verbündeten Streitkräfte, militärische Inkompetenz und Ignoranz auf fast allen Kommandoebenen. Fügt man noch hinzu, dass sich britische Hauptverantwortliche – wie Asquith, Churchill, Kitchener, Fisher, Lloyd George u.a. – die Verantwortung für gravierende politische und militärstrategische Fehler nicht nur ex post, sondern während der Militäreinsätze und im Rahmen innenpolitischer



Auseinandersetzungen gegenseitig zuschoben, um ihre Fehler nicht einzugestehen und ihre Karriere zu gefährden, so ist der Einschätzung Richters beizustimmen, dass die britische Politik im Hinblick auf einen möglichen Sieg und die erhofften politischen Konsequenzen (Beitritt der übrigen Balkanstaaten zur Kriegskoalition der Westmächte) von Wunschdenken und Illusionen geprägt war. Allerdings – so der Autor – scheiterte das Unternehmen, das mit der erfolgreichen Evakuierung der Truppen der westlichen Verbündeten im Januar 1916 noch ein glückliches Ende nahm, nicht nur am politisch-militärischen Versagen der Briten, sondern ebenfalls am bedingungslosen Einsatz der türkischen Soldaten, die um die Existenz ihrer Heimat kämpften und religiös motiviert einen heiligen Krieg (Dschihad) führten. Zum Gelingen dieser Operation trugen sicherlich auch die Umsicht des deutschen Militärführers Liman von Sanders sowie die logistische Unterstützung durch das Deutsche Reich bei, auch wenn diese Aspekte in der türkischen Historiographie kaum Erwähnung finden.

Der Vorzug dieser Darstellung, in die sich leider zahlreiche nicht korrigierte Schreibfehler eingeschlichen haben, besteht darin, dass Richter neben einer eindringlichen Darstellung, Deutung und Interpretation der militärischen Planungen und Aktivitäten der involvierten Hauptakteure auch die politischen und diplomatischen Hintergründe liefert, die die Voraussetzungen für die dramatischen Entwicklungen auf diesem wichtigen Kriegsschauplatz bildeten. Zudem ist das Buch in einem leserfreundlichen Stil gehalten und verfügt über eine Vielzahl von Fotografien, Lageskizzen und Landkarten, die die Lektüre veranschaulichen und eine sinnliche Vorstellung von dieser für die damalige Zeit einzigartigen, wenn auch missglückten und überaus verlustreichen Invasion vermitteln. Insofern darf man auf den zweiten Band dieses Werks, in dessen Mittelpunkt die Kämpfe um Makedonien stehen sollen, und der für 2015 angekündigt wird, sehr gespannt sein.

zw

Franz Preissler: Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum, 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands).
LIT VERLAG. Berlin 2014, 452 S.

Diese von Franz Preissler veröffentlichte Untersuchung, die auf eine Dissertation aus dem Jahre 2012 zurückgeht, erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem die Ukraine-Krise und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch die Russische Föderation (RF) in aller Munde ist. Das illegale Vorgehen der RF auf der Krim sowie die irregulären und das Völkerrecht verletzenden „Abstimmungen“ in der Ostukraine, die unter dem Vorwand des Schutzes der Interessen russischsprachiger Bevölkerung durchgeführt wurden, erinnern in hohem Maße an die minderheitenpolitische Rhetorik und das Vorgehen der RF gegenüber den baltischen Staaten Lettland und Estland zwischen 1991 und 2004. Der Autor beschäftigt sich in seiner Darstellung vor allem mit Lettland und beendet seine Darstellung konsequenter Weise mit dem Jahr 2004, in dem die baltischen Staaten Mitglieder der Europäischen Union wurden.

Die minutiöse, gut recherchierte und auf reichem Quellenmaterial beruhende Darstellung besteht aus 14 Kapiteln, die in der Regel der Chronologie der Ereignisse folgen. Am Anfang haben wir es mit vier einleitenden Abschnitten zu tun, in denen der wissenschaftliche Ansatz, die Bedeutung der Fragestellung und der Aufbau der Arbeit erläutert werden. In ihnen erklärt der Autor auch die Spezifik der Russländisch/Sowjetisch-lettischen Beziehungen in vorsowjetischer und sowjetischer Zeit und charakterisiert die Ära des lettischen Völkerfrühlings zwischen 1987 und 1991. Preissler stellt sich die Aufgabe, in seiner Darstellung substanzielle Politik von folgenloser Rhetorik zu unterscheiden, die exakten außenpolitischen Ziele und Interessen der RF, die die Instrumentalisierung der Minderheitenfrage bewirkten, zu bestimmen, und wirft schließlich die Frage auf, ob sich aus der Analyse dieser Entwicklungen ein Muster für die zukünftige auswärtige Minderheitenpolitik der RF ableiten lasse. Gekoppelt bleibt dieses Verfahren natürlich immer an die Analyse der innenpolitischen Situation der RF, da diese offensichtlich in einem kausalen Verhältnis zur jeweils formulierten und betriebenen Außenpolitik steht.

Im Anschluss hieran erläutert und diskutiert der Autor in weiteren sechs Kapiteln die Ziele der Instrumentalisierung der Minderheitenfrage der RF gegenüber Lettland und Estland im Kontext der Minderheitenpolitiken beider Länder. Die Schwerpunkte dieser Darstellung und Analyse wollen wir hier noch einmal rekapitulieren:

Mit Angriffen gegen die Minderheitenpolitik der baltischen Staaten sollte zwischen 1992 und 1993 seitens der RF der frühe Abschluss von Truppenabzugsverträgen aus innenpolitischen Gründen (Keine Wohnraum in der RF!) verhindert werden. Im Herbst 1993 ging es dann vordringlich um das Bleiberecht von über 30.000 russischen



Militärpensionären. Folgerichtig machte Verteidigungsminister Gračev den Truppenabzug von der Gleichstellung russischsprachiger Bevölkerung abhängig. Anfang 1994 warf Außenminister Kozyrev öffentlichkeitswirksam den baltischen Regierungen vor, „Deportationen“ und „ethnische Säuberungen“ zu planen. Das führte dazu, dass sowohl die lettische als auch die estnische Regierung das Bleiberecht russischer Militärpensionäre in entsprechenden Verträgen mit Moskau garantieren mussten (April/Juli 1994). Ende 1994 warnte Abdulah Mikitaev im Kontext mit dem Ersten Tschetschenienkrieg ausdrücklich vor der Schaffung von territorialer Autonomie oder vor „Enklaven von Bürgern Russlands“. Dadurch sollten Esten, Letten, die Ukraine, aber auch Kasachstan vor einer möglichen Anerkennung eines unabhängigen Tschetscheniens abgeschreckt werden. In den Jahren 1995 und 1996 war die Führung der RF bemüht, die NATO davon abzuhalten, die baltischen Staaten als Mitglieder aufzunehmen. Entsprechend wurde im Oktober 1995 unter Verweis auf den Schutz russischsprachiger Bevölkerung damit gedroht, in Estland und Lettland einzumarschieren. Die USA wurden im Juni 1996 von Präsident Jelzin davor gewarnt, den baltischen Staaten die Option für einen NATO-Beitritt zu eröffnen. Zwischen 1997 und 2007 machte die RF die Unterzeichnung von Grenzverträgen mit Lettland und Estland von der Verbesserung der Lage russischsprachiger Bevölkerung abhängig. Dies diente als Faustpfand für die Verhinderung des NATO-Beitritts der Balten. Im Jahr 1998 war die RF bemüht, die in der Minderheitenfrage nur wenig flexible lettische Regierung unter dem nationalistischen Regierungschef Karsts aus dem Amt zu drängen. Mit Nachdruck wurde das Problem internationalisiert und die Änderung des restriktiven lettischen Einbürgerungsgesetzes gefordert. Im Frühjahr 2000 übte die RF scharfe Kritik am Staatssprachengesetz und an der Minderheitenpolitik Lettlands, um die Kritik der EU und des Europarats an den massiven Menschenrechtsverletzungen im Zweiten Tschetschenienkrieg abzuwehren. Bis zum April 2004 wurde die Lage der Russischsprachigen in Lettland immer wieder neu aufgegriffen. Hintergrund waren die Verhandlungen mit der EU über die Ausweitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen EU und RF. Dadurch wollte man seitens der RF verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite in der RF durch die EU thematisiert würden.

Abschließend fasst Preissler die Ergebnisse seiner Untersuchung unter vier übergreifenden Themenkomplexen zusammen: Einmal geht es um die Politik mit der Minderheitenfrage, ferner um das Eintreten für die Zuwanderer und ihre Nachkommen und die damit verbundene innenpolitische Instrumentalisierung der Minderheitenfrage – und letztendlich um die Minderheitenfrage als außenpolitisches Mehrzweckinstrument, Anliegen und innenpolitische Ressource. Angesichts der Fülle von Daten und Fakten sowie der gedrängten Analyse und Interpretation russländischer auswärtiger Minderheitenpolitik erweist sich die Tabelle 11.1 (S. 378-379), in der ein zusammenfassender Überblick über die Form und die Ziele der Instrumentalisierung der Minderheitenfrage der RF gegenüber Lettland und Estland geliefert wird, als besonders hilfreich.

Die abschließenden drei Kapitel enthalten Tabellen zur Demographie und Einbürgerung, eine Liste der Interviewpartner (1998/99) sowie eine ausführliche Bibliographie. Sie liefern ein Minimum an unentbehrlichem statistischen Material sowie eine Aufstellung der von Preissler verwendeten weiterführenden Literatur.

Diese im Rahmen der „Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten“ veröffentlichte Arbeit von Franz Preissler zeichnet sich durch sachliche Darstellung und präzise Analyse aus. Das komplexe Thema der Instrumentalisierung der auswärtigen Minderheitenpolitik durch die RF wird fundiert und souverän abgehandelt. Dass es nichts an seiner Aktualität und Brisanz eingebüßt hat, beweisen die Geschehnisse um den sich weiterhin gefährlich zuspitzenden Konflikt um die Ukraine, der das Land vor eine Zerreißprobe stellt, die in großen Teilen durch die instrumentalisierte Minderheitenpolitik der RF verursacht wurde.

zw



Alfred Eisfeld, Konrad Maier (Hg.): Loyalität, Legitimität, Legalität. Zerfalls- Separations- und Souveränitätsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914-1921.

Harrassowitz-Verlag. Wiesbaden 2014, 257 S.

Diese als Band 17 der Veröffentlichungen des Nordost-Instituts erschienene Publikation kommt gerade zur rechten Zeit. Der aktuelle russisch-ukrainische Konflikt mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der separatistisch gerechtfertigten Okkupation ostukrainischer Territorien, sowie die Herausforderung, das Verhältnis der EU zur Russischen Föderation neu zu bestimmen, zwingen sowohl die politischen Eliten als auch die Gesellschaften Gesamteuropas sich gegenwärtig eingehend mit Fragen der Legalität, Legitimität und Loyalität auseinanderzusetzen.

Dass im vorliegenden Sammelband die Jahre 1914-1921 behandelt werden, ist dem Umstand geschuldet, dass gerade Osteuropa und Ostmitteleuropa in der Konsequenz des 1. Weltkriegs und der Oktoberrevolution territorial, bevölkerungsmäßig und gesellschaftlich geradezu umgepflügt wurden. Die sich aus den nur unzulänglich gelösten nationalen und sozialen Konflikten dieses Raums sowie aus der Friedensordnung von Versailles ergebende Neuordnung des Kontinents sollte allerdings nur von relativ kurzer Dauer sein. Sie wurde bereits Ende der 1930 Jahre von den beiden Großmächten 3. Reich und UdSSR aus den Angeln gehoben und durch eine neue – recht kurzlebige – Dominanz beider expansionistischer Diktaturen abgelöst. Die Epochenjahre 1945 und 1989 markieren wiederum eine klare Spaltung des Kontinents sowie dessen (zumindest vorübergehende und unvollständige) Einigung im Rahmen der EU. Zerfalls- Separations- und Souveränitätsprozesse stehen zumindest seit der Wende des Jahres 1989, die den Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion brachte, durchaus auf der europäischen Tagesordnung. Nicht nur im Osten unseres Kontinents, sondern – wie man jüngst beim schottischen Referendum erleben konnte – auch in dessen Westen.

Im vorliegenden Buch werden die Ergebnisse einer internationalen Fachtagung dokumentiert, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Nordosteuropa im Wirkungsbereich Deutschlands und Russlands im 18. – 20. Jahrhundert: Begriffe, Prozesse, Diskurse“ vom 9. bis 11. Oktober 2008 in Lüneburg durchgeführt wurde. Insgesamt handelt es sich um 18 Beiträge deutscher, polnischer, ukrainischer und russischer Historiker, die sich recht unterschiedlichen Fragestellungen und Zielgruppen widmen. Übergreifenden, allgemeinen Charakter haben dabei die Artikel von Aleksej Miller (Der Zerfall der Imperien) und Otto Luchterhand (Legalität, Legitimität und Loyalität), in denen die großen Entwicklungslinien, Triebkräfte und Konsequenzen des Zerfallsprozesses der vier Ost- und Ostmitteleuropa beherrschenden Imperien nachgezeichnet, und die sich überlappenden Begriffe Loyalität, Legitimität und Legalität voneinander abgegrenzt werden.

Im Hinblick auf die den gesamten Band durchziehende Frage der Souveränisierung der Völker Russlands nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs und der Herausbildung der UdSSR steht die Entwicklung im ukrainischen Raum im Zentrum. Ihr alleine sind 9 der 18 Beiträge gewidmet. Dabei reicht das thematische Spektrum von den Bauernaufständen und Bauernrepubliken in der Südukraine (1917-1920), über die Vorstellung unterschiedlicher Staatsbildungskonzepte (Ukrainische Volkrepublik, Westukrainische Volksrepublik) bis hin zur Darstellung des komplexen Verhältnisses des Russischen Reiches zur UNR in den Jahren 1914-1918 (Rudolf Mark).

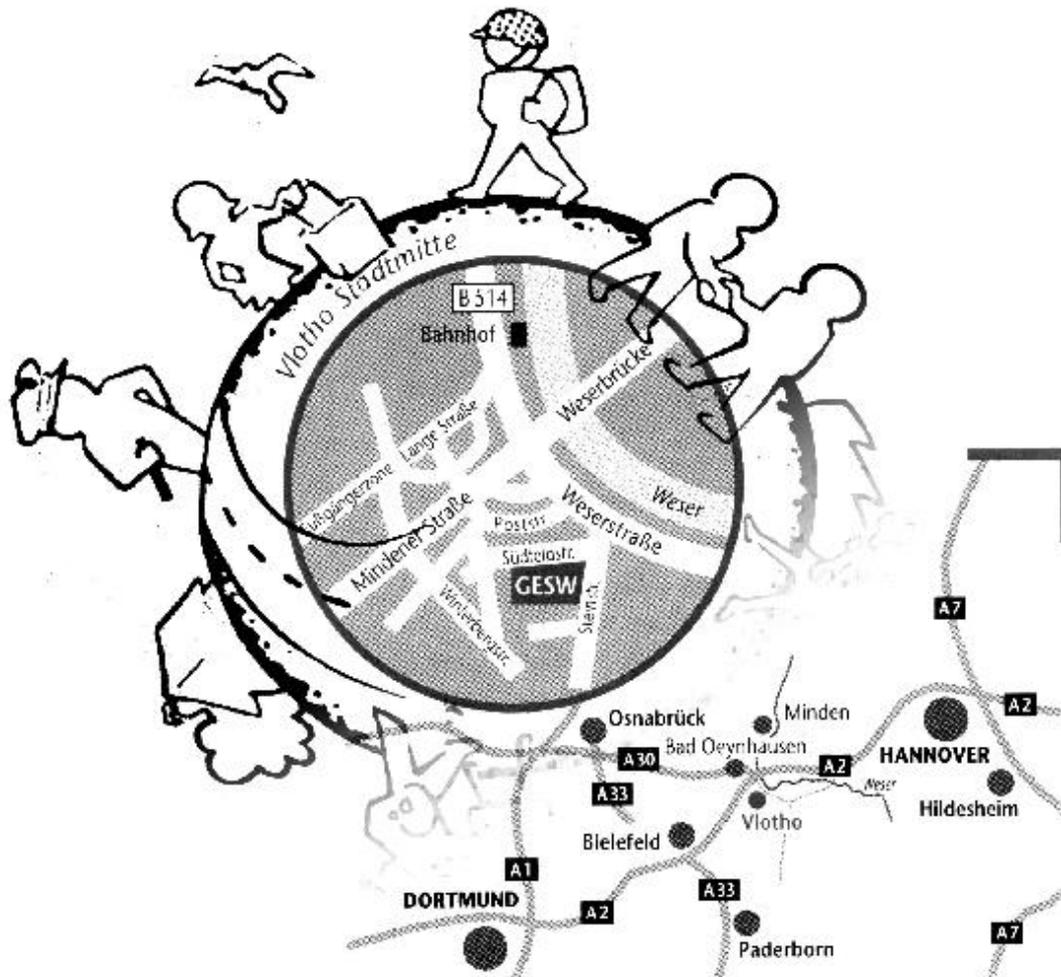
Einen weiteren Schwerpunkt bilden die komplizierten, zum Teil sehr stark divergierenden ethnischen, kirchlichen und politischen Loyalitäten in dem nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen multinationalen polnischen Staat und die Diskussion der grundlegenden außen- und innenpolitischen Konzeptionen, die dieses vor allem von seinen großen Nachbarn immer wieder in Frage gestellte Staatswesen festigen sollten. Im Mittelpunkt steht hierbei die Föderalismuskonzeption Piłsudskis (Marek Kornat) sowie die Problematik multipler Loyalitäten in der polnischen Armee nach dem Ersten Weltkrieg (Pascal Trees).

Weitere Artikel sind dem Selbstschutz deutscher Kolonisten in der Ukraine (1918-1921), Problemen des deutschsprachigen Bildungswesens in Russland während des Ersten Weltkriegs sowie der Situation der Bessarbiendeutschen gewidmet. Hinzu kommen Einzelstudien zur orthodoxen Kirche in Estland und zur Situation der nationalen Minderheiten in der litauischen Taryba zwischen 1916 und 1918.

Angesichts der Vielzahl der an diesem Projekt beteiligten Autoren und der von ihnen vorgestellten Themen und Ansätze ist eine eingehende Darstellung und Diskussion der vorgestellten Inhalte und Thesen nicht zu leisten. Als Fazit bleibt lediglich festzustellen, dass nach den langen Jahrzehnten des kalten Krieges, als Fragen und Konflikte der Souveränisierung von Nationen und nationalen Minderheiten im einstigen Ostblock massiv unterdrückt wurden, diese Diskussion und Auseinandersetzung nach 1989 mit aller Macht neu entbrannt ist. Und dies trotz oder gerade wegen neuer, lange umstritten bleibender Grenzziehungen und der damit verbundenen und mit großer Konsequenz durchgeführten, zuweilen sehr gewaltsamen ethnischen „Säuberungen“ während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Einhaltung der Menschenrechte, fundamentale Prinzipien der westlichen Rechts- und Staatsordnung, bleiben deshalb auch heute unabdingbares Desiderat, um ein freiheitliches und friedliches Gesamteuropa der Vielfalt zu gewährleisten. Diese Prinzipien bilden auch die Voraussetzung dafür, dass das komplexe, labile und häufig in Frage gestellte Verhältnis von Loyalität, Legitimität und Legalität relativ ausgewogen bleiben kann. Die vorliegende Publikation liefert hierfür zahlreiche Fallbeispiele und ist nicht nur aus aktuellem Anlass all jenen zu empfehlen, die nicht nur an der Vergangenheit, sondern auch an der weiteren Entwicklung unserer östlichen Nachbarn und der Zukunft Gesamteuropas interessiert sind, sehr zu empfehlen.

zw

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de